

M. GrosPierre, rapporteur: La seconde phrase de l'art. 5 a été tout simplement incorporé à l'art. 3 de sorte qu'elle n'est plus d'aucune utilité dans cet art. 5.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 6.

Antrag der Kommission.

Der Bundesrat wird beauftragt, auf Grundlage der Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1874 betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesabschlüsse die Bekanntmachung dieses Bundesbeschlusses zu veranstalten und den Zeitpunkt seines Inkrafttretens festzusetzen; er kann den Bundesbeschluß rückwirkend auf 1. Januar 1929 in Kraft erklären.

Proposition de la commission.

Le Conseil fédéral est chargé de publier le présent arrêté en vertu de la loi fédérale du 17 juin 1874 concernant les votations populaires sur les lois et les arrêtés fédéraux. Il fixera la date de son entrée en vigueur, qu'il peut arrêter rétroactivement au 1^{er} janvier 1929.

Angenommen. — *Adopté.*

Abstimmung. — Vote.

Für Annahme des Beschlüßentwurfes
Dagegen

Mehrheit
Minderheit

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Vormittagssitzung vom 18. Dezember 1928.
Séance du matin du 18 décembre 1928.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Walther.

**2264. Branntweinverbot. Bericht über das
Volksbegehren.**

Interdiction des boissons distillées. Rapport sur l'initiative populaire.

Bericht des Bundesrates vom 5. Dezember 1927 (Bundesblatt II, 591). — Rapport du Conseil fédéral du 5 décembre 1927 (Feuille fédérale II, 607).

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Zustimmung zum Antrag des Bundesrates (Verwerfung des Volksbegehrens).

Minderheit:

(Graber, Höppli, Opprecht, Welte-Rheinfelden.)

Die Bundesversammlung nimmt das Initiativbegehren an und empfiehlt es Volk und Stände zur Annahme.

Proposition de la commission.

Majorité:

Adhérer à la proposition du Conseil fédéral (rejet de l'initiative populaire).

Minorité:

(Graber, Höppli, Opprecht, Welte-Rheinfelden.)

L'assemblée fédérale accepte la demande d'initiative et en recommande l'acceptation au peuple et aux cantons.

Zimmerli, Berichterstatter der Mehrheit: Wir sind uns alle klar darüber in diesem Saale, daß der Alkoholmißbrauch die materielle und moralische Wohlfahrt unseres Volkes neuerdings ernstlich gefährdet und daß seine Bekämpfung zu den wichtigsten und dringendsten Gegenwartsaufgaben der schweizerischen Gesetzgebung gehört.

Der Passivposten, den der Schnapsverbrauch in der Bilanz unserer materiellen und moralischen Volkskräfte darstellt, ist erschreckend groß; unter den Ursachen der Armut, der physischen und moralischen Entartung und der Volkskrankheiten nimmt der Alkoholismus die erste Stelle ein.

Zur Bekämpfung des Uebels haben wir seiner Zeit das Alkoholmonopol eingeführt. Wir sind im Begriffe, es auszudehnen auf die Wein- und Obstdestillate, in der Absicht und zu dem Zwecke, auf dem Wege der Erfassung aller Trinkbranntweine den Schnaps zu versteuern und dadurch den Schnapsverbrauch einzudämmen.

Die Initiative betreffend das Kantons- und Gemeindebestimmungsrecht für gebrannte Wasser, die sogenannte Lokaloption, die wir heute zuhanden des Volkes und der Stände zu begutachten haben, hat das gleiche hohe Ziel im Auge.

Die Erreichung des Zieles sucht sie in einer radikalern Lösung des Alkoholproblems. Sie weist uns auf einen Weg, der rascher und sicherer zur Eindämmung und Beseitigung des Uebels führen soll. Es ist der Weg des direkten Verbotes. Kantone und Gemeinden sollen das Recht erhalten, durch Volksabstimmung das Verbot der Produktion und des Verkaufes gebrannter Wasser zum kantonalen oder kommunalen Gesetz zu erheben.

Es wird niemand die guten Absichten der Initianten und den ersten ethischen Kern ihres Begehrens verkennen. Noch wird man sich wundern dürfen, wenn auch nicht auf die Abstinenz eingeschworene Bürger der frisch dem Ziele zudrängenden Initiative mit ihrer scheinbar einfachen Lösung ihre Zustimmung geben möchten.

Was die Initianten vorschlagen, mag gefühlsmäßig als einfach und wünschbar empfunden werden. Einer nüchternen, mit den entscheidenden Realitäten rechnenden Prüfung vermag die Initiative leider nicht Stand zu halten. Die Prüfung führt zu dem Schluß, daß der von den Initianten gewiesene Weg für uns nicht gangbar ist; daß die Lokaloption den von ihr erhofften Erfolg nicht haben, sondern der guten Sache eher schaden als nützen würde, und daß im Lichte der in andern Ländern gemachten Erfahrungen die Tauglichkeit der Verbotsgesetzgebung als Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus überhaupt in Frage gestellt werden muß.

Die Einführung der Lokaloption ist in der Schweiz zuerst im Jahre 1899 anlässlich der Revision des Alkoholgesetzes von Professor Hilty durch ein Postulat im Nationalrat angeregt worden. Professor Hilty wollte in Art. 31 der Bundesverfassung eine Bestimmung aufnehmen, die es den Kantonen und Gemeinden gestattet hätte, auf ihrem Gebiete Maßregeln gegen den Alkoholismus zu treffen, ohne durch den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit daran gehindert zu werden. Das Postulat hat im Nationalrat, wo Theodor Curti, und nachher im Ständerat, wo von Arx dazu Stellung nahm, eine wenig günstige Aufnahme gefunden. Es ist vom Antragsteller nicht urgiert und von den Räten nie formell in Beratung gezogen worden.

Im Jahre 1919, als die Botschaft betreffend die Revision der Art. 31 und 31bis der Bundesverfassung in Beratung stand, wurde die Sache wiederum aufgegriffen, indem die Alkoholgegner mit dem Ansuchen an die nationalrätliche Kommission gelangten, es möchte das Gemeindebestimmungsrecht in den neuen Verfassungsartikel aufgenommen werden. Die Kommission kam zum Schlusse, daß es besser sei, das schwierige Revisionswerk nicht mit der umstrittenen Lokaloption zu belasten. Sie gab der Anregung keine Folge. Darauf haben die Alkoholgegner den Weg der Volksinitiative beschritten. Am 10. November 1921 ist das mit 145,760 gültigen Unterschriften versehene Initiativbegehren eingereicht worden.

Zufolge des Begehrens sollen Kantone und Gemeinden das Recht erhalten, die Fabrikation und den Verbrauch von Trinkbranntwein auf ihrem Gebiete zu verbieten.

Das Verbot kann durch die nach kantonalem Recht zuständige kantonale oder kommunale Behörde oder auf Grund einer von mindestens einem Zehntel der Stimmberechtigten verlangten Volksabstimmung erlassen werden.

Auf gleichem Wege können Kantone und Gemeinden das Verbot wieder aufheben.

Nach den von der Schweizerischen Geschäftsstelle für die Branntweinitiative publizierten « Erläuterungen » zur Initiative erwarten die Initianten vom Branntweinverbot die Befreiung der Gemeinden von den durch den Schnapsmißbrauch verursachten Armenlasten. Sie erhoffen als Folge derselben eine Hebung des Wohlstandes und der Sittlichkeit im Verbotgebiete und eine demonstratio ad oculos, wie sie schon Prof. Hilty in Aussicht gestellt hatte, die mehr als jede andere Aufklärung das Volk vom Wert alkoholgegenerischer Maßnahmen überzeugen und immer weitere Kreise zur Nachahmung anspornen würde. Die Initianten erblicken schließlich in der Lokaloption einen wertvollen Ausbau der demokratischen Volksrechte.

Die erhofften segensreichen Wirkungen der Lokaloption beruhen auf der Annahme, daß das Verbot in der vorgeschlagenen Form und unter den durch die konkreten Verhältnisse von Land und Volk bedingten Modalitäten der Durchführung sich als wirksame Waffe im Kampfe gegen den Alkoholismus erweisen werde.

Diese Annahme muß als trügerisch bezeichnet werden.

Eine Hauptschwäche des Systems besteht, wie Pfarrer Rudolf, der Sekretär des Nationalen Verbandes gegen die Schnapsgefahr, hervorgehoben hat, darin, daß man vom Verbot nur da Gebrauch machen wird, wo der Wille dazu vorhanden und daß es gerade da, wo die Schnapsnot am größten ist, am wenigsten benützt werden wird.

Dann ist zu beachten, daß nur die Fabrikation und der Verkauf, nicht aber auch der Genuß und die Einfuhr dem Verbot unterstellt sind. Der Besitz, der Bezug von auswärts und der Genuß sollen gestattet sein. Jeder Haushalt könnte von außen beziehen, soviel er wollte. Die Verbotsgemeinden würden von Schnapsreisenden überlaufen werden und die Gefahr liegt nahe, daß durch das Verbot der Schnaps aus den Wirtschaften vertrieben und ins Bauernhaus und Arbeiterhaus gedrängt würde.

Nicht zu Unrecht ist in der Kommission geltend gemacht worden, daß die Schnapsnot nicht im Wirtshaus, sondern im Bauernhaus und im Arbeiterhaus am brennendsten ist.

Abgesehen hiervon wird es dem Schnapstrinker in der Regel nicht schwer fallen, dem Verbot ein Schnippchen zu schlagen. Unsere Siedlungsverhältnisse sind von denen der nordischen Verbotsländer und auch von denen der amerikanischen Agrarstaaten wesentlich verschieden. Norwegen hat 322,909 Quadratkilometer Bodenfläche mit 740 Gemeinden, Schweden 447,864 Quadratkilometer mit 2525, die Schweiz 41,298 Quadratkilometer mit 3136 Gemeinden. Es trifft somit in Norwegen auf 436, in Schweden auf 177, in der Schweiz aber auf 13 Quadratkilometer 1 Gemeinde. Unser Land ist verhältnismäßig sehr dicht bevölkert. Die Gemeindeterritorien sind klein.

Der Trunksüchtige wird sich in einer Nachbargemeinde den begehrten Schnaps verschaffen können.

Der Führer der neuern schwedischen Temperenzbewegung, Dr. Bratt, hat in einer im Jahre 1909 erschienenen Broschüre «Kann die Mäßigkeitsfrage ohne gänzliches Verbot gelöst werden?» diese Kehrseite des Verbotes folgendermaßen gezeichnet: «Unter sonst gleichen Umständen wird der Trinker selbstverständlich sich viel mehr Mühe geben, als der Mäßige, das Getränk zu bekommen, nach welchem er Verlangen hat. Er wird eher einen weiten Weg machen, um zu einer Schankstelle zu gelangen; er wird es eher zu ermöglichen suchen, trotz des Wirtschaftsschlusses noch sein Gläschen zu bekommen; kurz, man erreicht mit solchen Maßnahmen — gemeint sind das Gemeindebestimmungsrecht und allgemein prohibitive Maßnahmen — in der Regel nur eine Bestrafung des mäßigen Genusses und eine allgemeine Verärgerung der Leute.»

Wie soll das Verbot in einer Gemeinde durchgeführt werden, wenn die maßgebenden kantonalen Instanzen vom Verbote nichts wissen wollen; wenn sie es ablehnen, die Gemeinde mit den zur Durchführung nötigen Strafkompetenzen auszustatten und sie in der Ueberwachung des Vollzuges zu unterstützen?

Mit dem Bundesrat sind wir zur Ueberzeugung gekommen, daß die Bekämpfung des Alkoholismus durch das Gemeindeverbot unter den gegebenen Verhältnissen an sich nur wenig Aussicht auf Erfolg haben, und daß von einer wirksamen praktischen Durchführung des Verbotes ohne die Unterstützung des Kantons überhaupt nicht die Rede sein könnte.

Daß das Gemeindebestimmungsrecht als Erziehungsmittel sich bewähren würde, muß ernstlich bezweifelt werden. Es ist zu befürchten, daß es einer sachlichen, wirksamen Aufklärung des Volkes über die Gefahren des Alkoholismus und den Wert alkoholgegnerischer Maßnahmen eher hinderlich wäre. Wohl dürfte seine Einführung eine Belebung des allgemeinen Interesses an der Alkoholfrage zur Folge haben, aber nicht in dem von den Initianten erhofften Sinne. Das Gemeindeverbot würde als Teilprohibition denunziert und statt einer ruhigen stetigen Aufklärung hätten wir einen leidenschaftlichen Streit um den Grundsatz der Prohibition und eine Versteifung der Widerstände gegen alkoholgegnerische Maßnahmen überhaupt.

Die Initianten berufen sich in den «Erläuterungen zur Branntweininitiative» auf die Erprobung der Verbotsgesetzgebung in Norwegen und Finnland und einer Anzahl angelsächsischer Staaten. Diese Berufung vermag vor einer eingehenden Prüfung der in diesen Ländern gemachten Erfahrungen nicht Stand zu halten.

Beim Vergleich mit den Verhältnissen im Ausland drängt sich vorab die Beobachtung auf, daß in keinem Lande mit starker Wein- und Obstproduktion, wie wir sie haben, die Bekämpfung des Alkoholismus auf dem Wege der Verbotsgesetzgebung Fuß gefaßt hat oder auch nur ernstlich in Erwägung gezogen worden ist. Diese Tatsache wird durch die Prohibitionsmaßnahmen der Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht in Frage gestellt. In Amerika waren die Städte von jeher im allgemeinen prohibitionsfeindlich und sind es heute noch. Die Farmerstaaten aber sind in der Hauptsache Getreideproduktions-

länder. Kalifornien mit seinem starken Wein- und Obstbau nimmt eine Sonderstellung ein, indem es als Tafelobst- und Traubenlieferant des großen übrigen Wirtschaftsgebietes der Vereinigten Staaten durch die Prohibition gewaltig gewonnen hat und überdies keine Tresterfrage kennt.

Die Vereinigten Staaten, das Ursprungsland der Lokaloption, sind im Jahre 1920 zur Totalprohibition übergegangen, nachdem jahrzehntelang das System der Gemeindeabstimmungen und einzelstaatliche Prohibitions Gesetze nebeneinander bestanden hatten. Die Prohibition hat mit dem Saloon, dieser spezifisch amerikanischen, widerlichen Spielart des Wirtshauses aufgeräumt und das wird ihr jederzeit zum besondern Verdienst anzurechnen sein. Fraglich dürfte freilich sein, ob sie sich in ihrer gegenwärtigen radikalen Form dauernd wird behaupten können.

So oder anders ist nicht zu übersehen, daß in Amerika Faktoren den Gang der Antialkoholbewegung entscheidend beeinflußt haben, die bei uns nicht gegeben sind. Die Vereinigten Staaten sind auch heute noch wesentlich ein Agrarstaat. Mehr als 50 % der Bevölkerung der Union leben weit zerstreut auf den Farmen. In der sozialen Aechtung des Saloons, vor allem aber in der von der unserigen grundverschiedenen Siedelungsgewohnheit der amerikanischen Bauern liegt der Schlüssel zum Verständnis der amerikanischen Prohibitionsbewegung.

Pfarrer Rudolf hat in der Internationalen Zeitschrift gegen den Alkoholismus auf Grund der Beobachtungen, die er in den Jahren 1909 und 1910 auf einer Studienreise in Amerika gemacht hat, von der Einstellung des Farmers, dieses dominierenden politischen Machtfaktors der Vereinigten Staaten, zur Alkoholfrage folgende eindruckliche Darstellung gegeben:

«In Amerika ist das Dorf als gemeinsame Siedlung der ackerbautreibenden Bevölkerung so gut wie unbekannt. Jeder Bauer lebt für sich auf seiner Farm; das hat ihn aus dem Wirtshaus genommen, unsern Trinksitten entfremdet. In den Farmerstaaten trinkt man nicht oder nur sehr wenig; aber nicht, weil es dort Verbotsgesetze gibt, sondern die Verbotsgesetze sind da, weil dort eine nicht trinkende Bevölkerung lebt, die durch die örtlichen Verhältnisse dem Wirtshaus und dem Trinken entwöhnt worden ist. Die Verbotsgesetze sind nicht Ursache der Nüchternheit, sondern der öffentlich-rechtliche Ausdruck einer schon lange im Volke bestehenden Nüchternheit. Sie bedeuten mehr oder weniger nur die Anerkennung eines bereits vorhandenen nüchternen Zustandes. Je mehr an einem Orte solche Gewohnheiten vorherrschen, desto sicherer «wirkt» das Gesetz; je weniger das gilt, desto größer ist die Farce und desto weniger spürt man vom Gesetz.»

Im Anschluß hieran sei daran erinnert, daß die Siedelungsverhältnisse der weiten Landdistrikte der europäischen Nordstaaten Norwegen, Schweden und Finnland denen der amerikanischen Agrarstaaten sehr ähnlich sind und es mag vorweg gesagt sein, daß sie naturgemäß die Trinksitten in jenen Distrikten in ähnlicher Weise beeinflußt haben.

In Amerika waren die traditionell abstinenten Farmer in der Vergangenheit die Pioniere und sie sind heute noch die starken Träger der Verbotsgesetzgebung. Die Tatsache, daß dieses Element uns fehlt, müßte es allein schon als gewagt erscheinen lassen,

unsern Kampf gegen den Alkoholismus nach amerikanischen Methoden und Erfahrungen zu orientieren.

Wie steht es mit den in Norwegen und Finnland gemachten Erfahrungen?

Auf Grund einwandfreier amtlicher Quellen und prohibitionsfreundlicher Zeugen muß festgestellt werden, daß die in diesen Ländern mit der Verbots-gesetzgebung gemachten Erfahrungen nicht befriedigend sind.

In Norwegen erhielten die Gemeinden im Jahre 1894 das Recht, durch eine alle sechs Jahre stattfindende Abstimmung der über 25 Jahre alten Männer und Frauen darüber zu entscheiden, ob der Branntweinhandel in der Gemeinde zugelassen werden solle. Im Jahre 1919 ging das Land auf Grund einer Volksabstimmung zum allgemeinen staatlichen Branntweinverbot über. 486,017 Stimmen sprachen sich für, 304,673 Stimmen gegen das Verbot aus.

Günter Schmolders kommt in seiner im Jahre 1926 veröffentlichten, auf amtlichen Quellen beruhenden und auch von den Führern der Abstinenzbewegung als objektiv und zuverlässig anerkannten Darstellung der staatlichen Bekämpfung des Alkoholismus in den nordischen Ländern zum Schluß, daß der Konsum des Branntweins in Norwegen unter dem Verbotsregime zugenommen und daß der Mißerfolg der Verbots-gesetzgebung in der Statistik über die Trunkenheitsvergehen und den Rezeptmißbrauch, sowie in den Berichten der Amtsärzte und der psychiatrischen Kliniken deutlich zum Ausdruck komme.

Am 18. Oktober 1926 war die Frage neuerdings einer Volksabstimmung unterstellt. Dabei hat sich das norwegische Volk mit 533,587 gegen 424,350 Stimmen für die Aufhebung des Branntweinverbotes ausgesprochen.

Seither hat das norwegische Parlament ein Alkoholgesetz angenommen, das am 5. April 1927 in Kraft getreten ist und das eine Kompromißlösung darstellt, über deren Auswirkung zur Stunde noch kein abschließendes Urteil möglich ist. Soweit ich mich habe orientieren können, haben die größeren Städte Lizenzen zum Verkaufe von Branntwein nach dem Gotenburger System, während das Verbotsregime in den Landgemeinden nach wie vor Geltung hat.

In Finnland hatten die Landgemeinden seit 1873 das Recht, den Verkauf und den Ausschank von Branntwein zu verbieten, während die Städte seit 1892 die Zahl der zuzulassenden Wirtschaftskonzessionen bestimmen konnten.

Mitte 1919 ist dann Finnland zum Erlaß eines allgemeinen staatlichen Alkoholverbotes vorgeschritten.

Zur Feststellung der Wirkungen der Alkoholgesetzgebung wurde von der Regierung im Jahre 1922 eine mehrheitlich aus Verbotsfreunden zusammengesetzte Kommission bestellt, deren Bericht von Dr. Hercod und Dr. Koller in der Internationalen Zeitschrift gegen den Alkoholismus, sowie von Schmolders in seiner bereits erwähnten Schrift auszugsweise publiziert worden ist.

Das Ergebnis ist noch unerfreulicher als das für Norwegen festgestellte. Mit der zunehmenden Radikalisierung der Gesetzgebung ist eine Zunahme des Branntweinschmuggels, des Rezeptmißbrauches, der Schwarzbrennerei und des Branntweinkonsums Hand in Hand gegangen. Schmolders resumiert das Ergeb-

nis der von der Kommission durchgeführten Enquête dahin, daß der Nüchternheitszustand sich nicht verbessert, sondern verschlechtert habe und daß auch in den ländlichen Bezirken eine wesentliche Steigerung des Alkoholverbrauches beobachtet worden sei. Eine ähnliche Feststellung macht Dr. Koller in der Internationalen Zeitschrift gegen den Alkoholismus, indem er schreibt: «Eine Uebersicht des ganzen Landes auf Grund der Mittelwerte der Berichterstatter deutet darauf hin, daß die Volksnüchternheit eher geringer geworden ist, als sie früher war.»

Zusammenfassend spricht sich Schmolders über die Ergebnisse der gesetzgeberischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholismus in Norwegen und Finnland folgendermaßen aus: «Die Resultate der prohibitiven Maßnahmen gegen den Alkoholismus in diesen beiden Ländern sind gering gewesen. Konnte schon die während des Krieges nicht nur in den nordischen, sondern in allen Ländern eingetretene Verminderung des Alkoholismus nicht auf die Verbote allein, vielmehr zum großen Teil auf andere wirtschaftliche (Rohstoffknappheit!) oder außerwirtschaftliche Faktoren verschiedenster Art zurückgeführt werden, so ist nach dem Kriege gerade in den Verbotsländern ein Alkoholmißbrauch von erschreckendem Ausmaß zutage getreten. Abschließend ist daher über die Prohibitionsexperimente zu sagen, daß sie im Hinblick auf ihren Zweck, die Unterdrückung des Alkoholmißbrauches, im großen Ganzen als verfehlt, im Hinblick auf ihre mannigfachen Nebenwirkungen auf die allgemeine Gesetzesmoral, den Jugendlischenalkoholismus, sowie die Volkswirtschaft und die Staatsfinanzen, als dem sozialen Leben im höchsten Grade schädlich angesehen werden müssen.»

Wie sich die Initianten zur Unterstützung ihres Begehrens auf die norwegische und finnländische Verbotsgesetzgebung berufen können, ist angesichts der unerfreulichen Ergebnisse dieser Gesetzgebung schwer verständlich.

In der den Räten zugestellten gedruckten «Antwort der Initianten auf die Botschaft des Bundesrates» findet sich keine Bezugnahme auf Norwegen und Finnland, dagegen wird darin das besondere Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Bundesrat über die in Dänemark und Schottland mit dem Gemeindebestimmungsrecht gemachten Erfahrungen sich nicht ausführlicher geäußert habe. «Man wird ja einwenden», heißt es dann allerdings in der Antwort, «daß die Erfahrungen des Auslandes, die ja ohne Zweifel sehr gute waren, für die Schweiz nicht entscheidend sein können, denn anderen Sitten und anderen Lebensbedingungen entsprechen auch andere Gesetze. Was für Schottland und Dänemark gut ist, braucht nicht auch für die Schweiz gut zu sein.» - Die Ueberlegung ist vernünftig und es will uns scheinen, daß sie von den Initianten nicht so, wie sie es verdient, beherzigt worden sei. Sie wird uns nicht davon abhalten dürfen, über die ausländischen Methoden der Alkoholbekämpfung uns zu orientieren und sie nach Möglichkeit zu Rate zu ziehen.

Es ist richtig, daß die Botschaft die Alkoholgesetzgebung von Dänemark und Schottland nur summarisch berührt hat. Der Sache der Initianten hat sie aber damit keinen Eintrag getan, nicht sowohl, weil die Verschiedenheit der Sitten und Lebensbedingungen zur Vorsicht mahnen muß, sondern wesentlich deshalb, weil die Verbotsgesetzgebung auch in

diesen beiden Ländern einen sehr zweifelhaften Erfolg gehabt hat.

Dänemark, das wie die andern Nordstaaten wenig Obst und keinen Wein produziert und daher die durch eine starke Obst- und Weinproduktion verursachte Komplikation des Alkoholproblems nicht kennt, hat auf den 1. Januar 1925 eine Art Gemeindebestimmungsrecht eingeführt. Die Gemeindeabstimmung findet statt, wenn entweder ein Drittel des Gemeinderates oder 35 % der Wähler einer Gemeinde sie verlangen. Mit bezug auf den Inhalt des Rechtes sind Landgemeinden und -städte verschieden gehalten. Weder hier noch dort wird über Einführung oder Nichteinführung eines generellen Fabrikations- oder Verkaufsverbots entschieden. In den Landgemeinden geht es lediglich von Fall zu Fall um die Frage, ob eine bestehende Wirtschaftskonzession erneuert oder eine neue Konzession bewilligt werden soll. Nach einem eingehenden Bericht, den mir das Schweizerische Generalkonsulat in Kopenhagen auf meinen Wunsch in verdankenswerter Weise über den Stand der dänischen Antialkoholgesetzgebung hat zukommen lassen, haben bis Mai 1928 115 Abstimmungen stattgefunden und es sind 55 Konzessionen erteilt und 60 Konzessionen verweigert worden.

In den Städten kann eine Gemeindeabstimmung nicht über die einzelnen Wirtschaftskonzessionen, sondern nur über die Zahl der überhaupt zuzulassenden Konzessionen entscheiden. Die bezüglichen Gesetzbestimmungen haben dazu geführt, daß 84 Städte eine obere Grenze für die Anzahl der Wirtschaften festgesetzt haben, und zwar ist in der großen Mehrzahl der Fälle das vom Gesetz selbst vorgesehene Normalverhältnis von je einer Wirtschaft auf 450 Einwohner aufgenommen worden.

Was wir in der dänischen Lokaloption vor uns haben, ist im Grunde nichts anderes als eine nach ländlichen und städtischen Verhältnissen differenzierte Anwendung der Bedürfnisklausel.

Nach einer andern Richtung allerdings ist das dänische Alkoholregime grundverschieden vom unserigen: mit bezug auf die Besteuerung des Branntweins.

Die fiskalische Belastung des Branntweins ist mit 15 Kronen 60 Oere per Liter 100 % Alkohol größer als in irgend einem andern Lande von Europa, abgesehen von Großbritannien. Hier, in der Besteuerung, und nicht in der Lokaloption, liegt das Schwergewicht der dänischen Alkoholbekämpfung. Der Ertrag der Brennereisteuer schwankte im Zeitraum von 1871—1916 zwischen 3,5 und 6,6 Millionen Kronen per Jahr, bei einer Jahresproduktion von 14—16 Millionen Liter 100 % Alkohol. Im Jahre 1917 schnellte er infolge der Erhöhung der fiskalischen Belastung bei ungefähr gleicher Produktion von 6,6 auf 16,3 Millionen Kronen hinauf und seither ist sie infolge immer stärkeren Anziehens der Steuerschraube auf 35 Millionen Kronen angestiegen, während die Produktion von etwa 16 Millionen Liter auf 5—6 Millionen Liter zurückgegangen ist. Mit der stark ansteigenden fiskalischen Belastung ist ein starker Rückgang der Produktion und eine entsprechende Abnahme des Konsums Hand in Hand gegangen. Der Branntweinverbrauch pro Kopf der Bevölkerung betrug zu Anfang der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts 9,24 Liter 100 % Alkohol per Jahr, im Jahre 1924, also schon vor Einführung des im wesentlichen

mit unserer Bedürfnisklausel identischen Gemeindebestimmungsrechts, war er auf 2,88 Liter zurückgegangen.

Das Generalkonsulat in Kopenhagen hat in dem erwähnten Bericht das Fazit der dänischen Alkoholpolitik folgendermaßen zusammengefaßt: « Wenn Dänemarks Alkoholkonsum, verglichen mit den Jahren vor 1914, auf ungefähr ein Drittel zurückging, nämlich von 7,40 Liter 100 % Alkohol per Einwohner in den Jahren 1906—1910 auf 2,60 Liter im Jahre 1926, und die Mäßigkeit entsprechend gewachsen ist, so muß dieses Resultat in erster Linie unbezweifelbar der Erhöhung der Alkoholbesteuerung zugeschrieben werden. Trinkbranntwein und alle übrigen Destillate sind heute ungefähr 26 mal höher besteuert als vor dem Kriege, nämlich mit 15 Kr. 60 gegen 61 Oere per Liter 100 % Alkohol. Die Besteuerung führte aber auch eine ausgesprochene Verschiebung innerhalb des Alkoholverbrauchs mit sich und zwar auf Kosten des Branntweins zugunsten des Biers. Dänemark hat, verteilt auf den Kopf der Bevölkerung, einen Bierverbrauch von zwei Drittel des gesamten Alkoholverbrauchs aufzuweisen, während umgekehrt der Branntweinkonsum gegenüber 1913 auf zirka ein Achtel zurückgegangen ist.»

« Im großen und ganzen ist es recht zweifelhaft », schreibt das Generalkonsulat, « ob den Gemeindeabstimmungen eine größere Bedeutung für die Förderung der Mäßigkeit in Dänemark zugesprochen werden kann. Der Rückgang des Alkoholverbrauchs ist, ohne der Abstinenzbewegung nahe zu treten, vielmehr ein Produkt der Alkoholbesteuerung und der allgemeinen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung.»

Nun ein Blick auf die Verhältnisse in Schottland. Schottland besitzt ein Gemeindebestimmungsrecht, das die kommunalen Behörden verpflichtet, auf Verlangen von einem Zehntel der Stimmberechtigten durch Abstimmung die Frage entscheiden zu lassen, ob keine Aenderung im Bestand der Wirtschaften eintreten, ob die Zahl der Wirtschaften um einen Viertel vermindert oder ob die Aufhebung sämtlicher Wirtschaften stattfinden soll.

Die erste Abstimmung fand im Jahre 1920 in 584 Gemeinden statt. 508 Gemeinden stimmten für den status quo, 37 für eine Einschränkung der Zahl und 36 für Aufhebung der Wirtschaften. Im Jahre 1923 fanden, zum Teil in denselben Gemeinden, wiederum 257 Abstimmungen statt, wobei 208 Gemeinden jede Einschränkung ablehnten, 21 für Einschränkung der Zahl und 18 für Aufhebung der Wirtschaften sich aussprachen, während 10 Gemeinden den Aufhebungs- oder Einschränkungsbeschluß von 1920 widerriefen. Ein Bericht der Internationalen Zeitschrift gegen den Alkoholismus bemerkt zu den Ergebnissen von 1923: « Alle Bezirke der großen Städte Edinburg und Glasgow stimmten mit großer Mehrheit für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes (keine Reduktion der Zahl der Wirtschaften). Die Hoffnungen der Abstinenten sind enttäuscht worden.» Der Bericht erinnert auch daran, daß die Clubs, die bekanntlich in England und Schottland eine große Rolle spielen, vom Gesetz nicht betroffen werden.

Seither hat die Verbotsbewegung nicht nur keinen Fortschritt gemacht, es sind auch die wenigen in den ersten Jahren eroberten Positionen wieder zum

größten Teil verloren gegangen. Nach den vom schottischen Staatssekretariat auf den 1. Juni 1928 als Stichtag durchgeführten Erhebungen haben von den 1221 Gemeinden, die Schottland zählt, insgesamt 596 vom Gemeindebestimmungsrecht Gebrauch gemacht, eine verhältnismäßig geringe Zahl, wenn man bedenkt, daß die Frauen stimmberechtigt und daß zur Herbeiführung einer Abstimmung nur ein Zehntel der Stimmberechtigten notwendig ist. In 539 von den 596 Gemeinden, in denen Abstimmungen stattfanden, ist nichts geändert, in 28 Gemeinden ist die Zahl der Wirtschaften eingeschränkt und in 29 Gemeinden sind die Wirtschaften aufgehoben worden. Angesichts dieser Gesamtsituation kann offenbar von einem Erfolg der Lokalooption in Schottland nicht gesprochen werden.

Tatsächlich ist es in Schottland, gerade wie in Dänemark, nicht das Gemeindebestimmungsrecht, sondern die Besteuerung, die im Kampfe gegen den Alkoholismus die entscheidende Rolle spielt. Der britische Fiskus belastet den Liter Branntwein in Schottland mit Fr. 39; die Belastung ist 31 mal stärker als die Belastung des schweizerischen Alkohols. Dank der starken fiskalischen Belastung ist der Alkoholkonsum in England, Irland und Schottland, von denen die beiden ersten das Gemeindeverbotsrecht nicht kennen, in den letzten 20 Jahren auf ein Drittel zurückgegangen.

Lloyd George, der als britischer Finanzminister eine starke Erhöhung der Alkoholsteuer durchsetzte, hat sich über den Erfolg dieser fiskalischen Alkoholpolitik in England und Schottland in einer Budgetrede im Unterhaus folgendermaßen vernehmen lassen: « Ich fühle mich verpflichtet, die Wirkungen der erhöhten Alkoholsteuer von einer höhern Warte aus zu betrachten. Sie waren ein ausgesprochener Gewinn für das Gemeinwesen. Die Ergebnisse waren geradezu überwältigend. Wenn das Haus gestattet, möchte ich einen Augenblick bei den Teilen des Landes verweilen, wo der Whisky und nicht das Bier das übliche Getränk ist (bei Schottland und Irland). Von dem Augenblick an, da die Steuer auferlegt war, nahm die Trunksucht ab. Die Wirkung scheint eine unmittelbare gewesen zu sein und sie hält an.» In Ergänzung des statistischen Materials, das er zur Unterstützung dieses Urteils produzierte, verlas er unter anderm einen Brief des Gefängnis Pfarrers von Edinburg, der die Steuererhöhung als einen ungeheuren Gewinn für die Nation bezeichnete, sowie den Brief eines bekannten schottischen Bürgermeisters, der schrieb: « Ich würde in dem Nachlaß der erhöhten Spirituosensteuer geradezu ein nationales Unglück sehen. In meiner 23-jährigen kommunalen Erfahrung, in meiner langjährigen Arbeit für die Volksmassen bin ich keiner Maßnahme begegnet, die so viel für das Wohl der Gemeinschaft getan hat als diese, durch deren höchst wirksame Befreiung von den Uebeln der Trunksucht.» Zum Schlusse seiner Ausführungen über die britische Alkoholpolitik erklärte Lloyd George: «Ließe sich ein Finanzminister angesichts der vorliegenden Tatsachen durch die Beschwerden von Interessenten bestimmen, eine Steuer mit so segensreichen Ergebnissen abzuändern, so würde er sich eines Verbrechens gegen die Gesellschaft schuldig machen.»

So steht es um die Bekämpfung des Alkoholismus in den beiden Ländern, welche die Initianten in ihrer «Antwort auf die Botschaft des Bundesrates» als

Kronzeugen für die Lokalooption angerufen haben. In Dänemark wie in Schottland spielt das Gemeindeverbotsrecht gegenüber der Besteuerung eine durchaus untergeordnete Rolle. In beiden Ländern wird der Erfolg auf dem Boden gesucht und gefunden, auf dem auch wir ihn gesucht haben und weiterhin werden suchen müssen; auf dem Boden der fiskalischen Belastung.

Ich glaube dargetan zu haben, daß und warum das vorgeschlagene Gemeindebestimmungsrecht kein brauchbares Mittel zur Unterdrückung des Schnapsmißbrauches wäre. Es kann daher auch als Ergänzung der Besteuerung nicht in Frage kommen. Wir könnten die Initiative auch dann nicht zur Annahme empfehlen, wenn wir das fiskalische Moment und das damit zusammenhängende Schicksal der Sozialversicherung vollständig übersehen und wenn wir ihre Ratlosigkeit gegenüber der Frage der Verwertung der Brennstoffe ohne weiteres in Kauf nehmen wollten.

Die Initianten berichten in ihrer «Antwort auf die Botschaft des Bundesrates», sie haben die Aufstellung der Initiative erst beschlossen, nachdem sie durch Probeabstimmungen die Gewißheit erhalten hätten, daß die öffentliche Meinung ihre Auffassung teilte. Die Ergebnisse dieser Abstimmungen sind im Anhang zur Antwort veröffentlicht worden. Die von den Initianten daraus gezogene Schlußfolgerung könnte, auch wenn sie unzweifelhaft richtig wäre, den Rat der Pflicht zur selbständigen, gewissenhaften Prüfung des Initiativbegehrens nicht entheben. Die Schlußfolgerung scheint uns aber sehr gewagt zu sein. Die Abstimmungen sind im Jahre 1920 in 76 von insgesamt 3,136 Gemeinden vorgenommen worden. Nach amtlicher Feststellung zählten die 76 Gemeinden damals 49,454 Stimmberechtigte und es haben 22,180 «erwachsene Männer», also im besten Falle 45 % der Stimmberechtigten mit Ja gestimmt. Wie sich das Volk in Wirklichkeit zur Sache stellt, wird an dem Tage offenbar werden, an dem es ernst gilt. Die sozusagen ohne öffentliche Diskussion vorgenommenen Probeabstimmungen vermögen uns darüber keinen zuverlässigen Aufschluß zu geben.

Ebenso gewagt wie die optimistische Beurteilung der Probeabstimmungen ist die Berufung der Initianten auf die Geschichte der Absinthbekämpfung. Die abstimmungspolitische Lage war für das Absinthverbot zum voraus deshalb ungleich günstiger als für die heutige Initiative, weil von jenem Verbot nur vier oder fünf Kantone unmittelbar und in erheblichem Maße betroffen wurden, von denen überdies zwei, nämlich Waadt und Genf, im Zeitpunkte der Einreichung der Absinthinitiative den Kleinverkauf von Absinth bereits gesetzlich verboten hatten. Das Absinthverbot galt einem lokal beschränkten Uebel. Seine allgemeine Tragweite war gering. Ganz anders das Gemeindeverbotsrecht, das von weiten Volkskreisen mit Recht oder Unrecht als erste Etappe auf dem Weg zur Totalprohibition angesehen wird und das schon deshalb mit viel stärkeren Widerständen wird rechnen müssen. In sachlicher Beziehung mag daran erinnert werden, daß das Absinthverbot nicht nur die Fabrikation und den Verkauf, sondern auch die Einfuhr, den Transport und die Aufbewahrung des verpönten Getränkes unter Verbot stellt und daß ihm dadurch wesentliche Voraussetzungen einer erfolgreichen Durchführung gegeben waren, die beim

vorgeschlagenen Gemeindeverbot nicht vorhanden sind.

In der Botschaft des Bundesrates ist einläßlich dargetan, wie zögernd und sparsam die Kantone und Gemeinden von den Restriktiv- und Verbotsmaßnahmen Gebrauch gemacht haben, die ihnen unter der bisherigen verfassungsrechtlichen Ordnung zur Verfügung stehen. Die Botschaft zeigt aber auch, daß sehr einschneidende Maßnahmen getroffen werden können, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Im Kanton Waadt kann in einer Gemeinde, in der noch keine Wirtschaften oder Kleinverkaufsstellen bestehen, eine Konzession nur mit Einwilligung des Gemeinderates erteilt werden. Nach dem Wirtschaftsgesetz des Kantons St. Gallen kann eine Gemeinde unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Regierungsrat beschließen, daß auf ihrem Gebiete bis auf weiteres keine neuen Wirtschaftspatente erteilt werden. Noch weiter geht das freiburgische Wirtschaftsgesetz. Es sieht vor, daß auf Antrag eines Fünftels der Bevölkerung einer Gemeinde eine Abstimmung darüber stattfinden muß, ob und inwieweit die Zahl der Wirtschaften zu vermindern sei, und ob und inwieweit den vorhandenen Wirtschaften das Recht zum Ausschank von Branntwein entzogen werden soll. Die Botschaft hätte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen können, daß das Bundesgericht in einem denkwürdigen Entscheide vom 25. April 1912 in Sachen Broquet gegen Bern (Bundes-Entscheid 38, Seite 55), sich dahin ausgesprochen hat, daß eine kantonale Regierung gestützt auf Art. 31, litt. e, der Bundes-Verfassung, den Ausschank gebrannter Wasser in einer Gemeinde verbieten kann, wenn die allgemeine Wohlfahrt der Gemeinde durch den Branntweinmißbrauch, besonders gefährdet erscheint. Es kann nach Maßgabe dieses Urteils durch Administrativverfügung gerade da eingegriffen werden, wo es wirklich schlimm steht und wo das Gemeindeverbotsrecht in der Regel versagen würde. Von dieser Befugnis hat meines Wissens einzig die Regierung des Kantons Bern, und auch diese nur in einem einzigen Falle, Gebrauch gemacht. Die Tatsache, daß die Kantone und Gemeinden im allgemeinen die ihnen auf Grund von Art. 31, litt. c und e, der Bundesverfassung zustehenden Verbotskompetenzen fast gar nicht ausgenützt haben, läßt uns ebenfalls erkennen, wie wenig die Einführung des Kantons- und Gemeindeverbotsrechts praktisch für die Bekämpfung des Alkoholismus bedeuten würde, selbst dann, wenn die erwähnten Schwierigkeiten der Durchführung nicht vorhanden wären.

Es wäre müßig, sich in Spekulationen und Erörterungen darüber zu ergehen, was das Gemeindeverbotsrecht unter bestimmten psychologischen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen sein könnte. Gesetzgebungspolitisch entscheidend ist die Tatsache, daß es uns in der vorliegenden Form und unter den gegebenen Verhältnissen nicht vorwärts bringen kann. Es läßt das Alkoholproblem in seiner ganzen Schwere bestehen. Wir sind und bleiben für seine Lösung darauf angewiesen, das Revisionswerk von 1885, das sich in seiner Zeit glänzend bewährt hat, durch einen kräftigen Ausbau den Verhältnissen und Bedürfnissen unserer Tage anzupassen.

Im Namen der Kommissionmehrheit beantrage ich Ihnen, die Initiative sei mit dem Antrage auf Verwerfung dem Volk und den Ständen zu unterbreiten.

M. Fazan, rapporteur de la majorité: Il y a un peu plus de sept ans qu'une demande d'initiative contre-signée par 145.761 citoyens suisses était déposée à la Chancellerie fédérale pour obtenir l'introduction dans la Constitution de dispositions permettant aux cantons et aux communes, d'interdire sur leur territoire la fabrication et la vente des boissons distillées.

Le mouvement en faveur de l'option locale, propagé par les milieux antialcooliques suisses, a pris naissance en suite de mesures de ce genre, introduites dans divers pays au cours du dernier demi-siècle. Mais l'idée n'avait guère gagné de terrain chez nous, jusqu'au moment où, ensuite des circonstances qui ont été si souvent exposées ici à l'occasion de la revision du régime des alcools, l'on constata la faillite complète de la réglementation de 1885, tout au moins au point de vue de ses effets sur les abus de la consommation du schnaps. C'est pourquoi on comprend parfaitement que tous ceux qui avaient à cœur de porter remède à une situation qui menaçait la santé physique et morale de notre peuple se soient efforcés de trouver et de proposer des mesures appropriées. C'est du reste dans le même esprit que le Conseil fédéral et les Chambres fédérales mirent sur pied le projet de revision de l'art. 32bis de la Constitution qui succomba devant le peuple le 3 juin 1923. Il n'y a donc pas de discussion sur la nécessité de lutter contre la consommation des boissons distillées et nous rendons un juste hommage à tous ceux qui s'intéressent à la solution de ce problème délicat et dont dépend dans une large mesure l'avenir de notre race. Mais, par contre, nous croyons avec le Conseil fédéral que l'option locale n'est pas le moyen que nous devons choisir. Au contraire, son adoption nuirait à la réalisation du programme que nous poursuivons dans le même but. Le nouveau projet de revision du régime des alcools ne pourrait qu'en souffrir.

Si l'on examine les différentes mesures prises depuis 50 ans dans divers pays, on constate que l'on est parti tout d'abord de l'idée de la prohibition totale des eaux de vie, pour en revenir ensuite au système des licences ou à la faculté pour les Etats et les communes de restreindre ou de supprimer les débits de boissons ou encore d'interdire la fabrication et la vente de l'alcool.

Dans d'autres Etats, et plus particulièrement dans les pays viticoles, on eut recours à la réduction du nombre des débits et à l'imposition des boissons distillées.

On en peut donc inférer que la prohibition totale n'a pas donné les résultats que l'on en attendait et que l'on a dû revenir à des mesures moins draconiennes. Mais ce qui est plus intéressant à constater, c'est qu'il a fallu partout tenir compte des conditions spéciales de production de l'alcool et qu'il ne peut être question de traiter le problème de la même façon dans les contrées où l'on ne produit que des boissons distillées et celles où la production naturelle du vin et du cidre joue un rôle important.

D'autre part, la comparaison avec la plupart des pays mentionnés dans le message du Conseil fédéral n'est pas concluante, parce que dans la plupart des cas l'option locale s'applique à des Etats ou à des communes d'une étendue considérable, alors qu'en Suisse les effets de cette mesure seraient en bonne partie annihilés par la multiplicité et l'exiguïté des

territoires soumis à une législation différente, puisque facultative.

Et c'est au contraire le fait que l'autonomie des cantons en matière législative sur l'alcool nuisait à la répression des abus, qui fut l'un des arguments avancés en faveur de l'unification du régime des alcools en 1885.

Si, en l'état de la législation actuelle les cantons et les communes ne sont pas autorisés à décréter des prohibitions, ils sont cependant armés pour réprimer efficacement certains abus; l'art. 31, lettre c, confère aux cantons le droit de soumettre par voie législative l'exercice du métier d'aubergiste et le commerce en détail des boissons spiritueuses aux restrictions exigées par le bien-être public.

Il est vrai que ni les cantons ni les communes ne peuvent interdire les auberges ou le commerce des boissons spiritueuses; mais ils peuvent réduire le nombre des auberges et les débits à l'emporter, restreindre la vente des eaux de vie, fixer à leur gré les heures d'ouverture et de fermeture des débits, interdire ou restreindre l'exploitation de ceux-ci pendant les heures qui présentent le plus de danger au point de vue de l'alcoolisme. Plusieurs cantons ont pris les dispositions restrictives dans ce sens et tous sont armés contre les abus pouvant résulter du nombre des auberges et du commerce des boissons; mais il faut reconnaître que ces attributions ne permettent pas de combattre efficacement l'abus de l'alcool. La Confédération seule, en vertu de l'art. 32bis, 1^{er} al., a le droit de légiférer sur la fabrication et la vente des boissons distillées; par conséquent, il n'est donc pas possible d'autoriser les cantons ou les communes à interdire ces boissons sans réviser la Constitution; de là, la demande d'initiative dont nous discutons aujourd'hui et dont voici la teneur:

« Il est interdit dans la Constitution fédérale, à suivre de l'art. 32ter, actuel, un article nouveau ainsi conçu:

« Les cantons et les communes sont autorisés à interdire sur leur territoire la fabrication et la vente de boissons distillées. »

« L'interdiction peut être décidée ou abrogée, soit dans les formes prévues par le droit cantonal, soit à la demande d'un dixième des électeurs, par votation populaire dans le canton ou la commune. »

L'interdiction ne s'applique donc uniquement qu'à la fabrication et à la vente de l'eau de vie, mais pas à son usage. L'importation et la circulation de l'eau de vie seraient libres tant que celle-ci ne serait pas destinée à être vendue sur le territoire du canton ou de la commune.

L'initiative permet de restreindre l'interdiction de la vente à l'intérieur du canton ou de la commune en laissant libres la fabrication et la vente au-dehors. Elle permet d'adapter la prohibition dans une assez large mesure aux conditions locales. »

Les arguments des partisans de l'initiative sont essentiellement les suivants:

Pourquoi ne donnerait-on pas aux cantons et aux communes qui souffrent plus particulièrement de l'abus du schnaps dans leurs conditions économiques et sociales et de ce fait d'une augmentation des charges de l'assistance publique, la possibilité de supprimer l'usage de l'eau de vie sans attendre que des mesures soient prises par la Confédération?

Pourquoi les obligerait-on à laisser subsister la production et la vente de l'eau de vie s'ils ne veulent plus la tolérer?

Et si l'on ne peut empêcher le trafic des eaux-de-vie et par conséquent la consommation à domicile, ne peut-on faire disparaître celle-ci par l'interdiction et la vente au café, en partant de l'idée que c'est au café que se prend l'habitude de consommer pour continuer ensuite à la maison?

Les promoteurs de l'initiative espèrent aussi que, peu à peu, la comparaison entre cantons et communes, avec ou sans interdiction, amènera rapidement le peuple à se convaincre de la nécessité et de l'excellence des mesures antialcooliques; ils affirment, en outre, s'être assurés par diverses enquêtes du secrétariat antialcoolique, qu'une bonne partie du peuple suisse est favorable à l'interdiction de l'eau de vie par la législation cantonale ou communale.

L'initiative a donc pour but principal de combattre l'abus du schnaps. Mais si l'on peut louer sans réserve toute entreprise susceptible d'encourager cette lutte dans le pays, par contre, nous sommes sceptiques sur le choix d'un tel moyen. Après le vote du 3 juin 1923, nous doutons fort que le peuple veuille autoriser la suppression totale de la fabrication et de la vente de l'alcool dans les cantons et les communes, alors qu'il s'est refusé à admettre un projet qui tendait simplement à réglementer toute la distillation. Mais ce qui nous paraît particulièrement inopportun, c'est l'agitation créée dans le pays autour de cette question, que de nombreux abstinents considèrent eux-mêmes comme accessoire, alors que tout notre effort doit se concentrer sur la révision du régime des alcools. Et nous croyons que cette nouvelle tentative a toutes chances d'aboutir, à condition que les promoteurs de l'initiative en faveur de l'option locale ne fassent pas de son acceptation une condition sine qua non de leur appui à l'œuvre qui seule pourra, à notre avis, atteindre le but que nous nous proposons tous.

Nous devons aussi nous demander si l'adoption de l'initiative modifierait sensiblement l'état actuel des choses. Nous ne le croyons pas, car il est à prévoir que l'interdiction prévue ne sera pas admise dans les communes, où l'on distille beaucoup et, par conséquent, les contrées où l'on souffre le plus de l'abus du schnaps seront privées de ce moyen de répression.

Dans son message le Conseil fédéral constate à l'appui de notre supposition, que lors de la votation du 3 juin 1923, les cantons rejetants étaient précisément ceux qui possèdent le plus grand nombre d'alambics proportionnellement à leur population.

Il est vrai, qu'au sein de la minorité de la commission, l'on nous a objecté que l'important n'était pas d'obtenir l'adhésion d'un grand nombre de cantons ou de communes, mais bien de permettre le début d'une action qui se développera d'elle-même par l'exemple. Mais encore faut-il que le système envisagé n'engendre pas des difficultés disproportionnées avec le résultat à acquérir.

Or, que se passera-t-il quand nous aurons admis le principe de l'option locale? Au sens de l'initiative, si l'on peut supprimer la fabrication et la vente d'eau de vie sur le territoire d'une commune, par contre on ne peut en interdire ni la consommation ni l'importation. Il en résultera donc que chacun pourra se procurer du schnaps hors du territoire soumis à inter-

diction, soit pour le consommer sur place, soit pour le transporter à la maison et, dans ce dernier cas, on risque bien de voir augmenter les quantités consommées à la maison, parce que les provisions se feront plus importantes pour éviter de nombreux transports.

Et le nombre des débits ne diminuera guère, car la plupart d'entre eux subsisteront pour la vente des boissons fermentées et que d'autres s'installeront à proximité des territoires soumis à interdiction, si les cantons ne prennent pas des mesures sévères pour les en empêcher.

Mais il est un obstacle beaucoup plus sérieux à l'application des dispositions prévues par l'initiative. C'est la difficulté pour les communes de faire respecter une telle interdiction et l'impossibilité pour elles de prendre des sanctions efficaces en dehors des amendes, sans avoir recours aux tribunaux, alors qu'il n'est pas du tout certain que la législation cantonale leur permette de s'y adresser par une procédure rapide et sans trop de complications. Le Conseil fédéral dit très justement dans son message: « Si pour une raison quelconque, le canton ne veut pas suivre la politique d'interdiction pratiquée par une commune, celle-ci ne pourra pas sévir sérieusement contre les contrevenants et son interdiction deviendra bientôt inopérante. De l'attitude du canton dépendra donc en grande partie l'efficacité de l'interdiction communale.»

A ces difficultés viendront encore s'ajouter l'organisation d'une surveillance délicate et plus spécialement difficile dans les petites communes rurales où n'existe aucune organisation de police, si ce n'est un agent dont les attributions ressortent beaucoup plus du concierge que du gendarme. Quant à la gendarmerie cantonale, trop peu nombreuse, elle sera impuissante à opérer une surveillance suffisante sur l'ensemble du territoire, car celle-ci sera surtout nécessaire dans les communes non soumises à l'interdiction, qui deviendront les fournisseurs d'alcool, et des particuliers et des officines qui pratiqueront pour la revente la contrebande de l'alcool distillé.

Enfin, nous voyons dans la disposition de l'initiative qui permet de soumettre l'interdiction à la votation populaire dans la commune sur la demande d'un dixième des électeurs, un foyer d'agitation et de discordes susceptible d'engendrer une véritable guerre civile dans certaines communes où les querelles locales ne font déjà que trop de mal. Il suffirait de périodiquement et du fait de circonstances imprévisibles, la question soit remise sur le tapis, pour ranimer de vieilles dissensions et provoquer des divisions plus préjudiciables à l'intérêt général que le mal auquel on voudrait remédier.

Les promoteurs de l'initiative nous ont adressé un mémoire en réponse au message du Conseil fédéral; ce mémoire contient nombre de réflexions fort justes et témoigne de la part de ses auteurs d'une bonne foi indiscutable et d'une volonté très louable de lutter par tous les moyens contre le fléau de l'alcool. Mais on paraît y oublier, parfois, le sens des réalités. Nous y relevons en particulier cette phrase:

« Puisque nous parlons de la fabrication, relevons que le message du Conseil fédéral accuse à tort les initiants de faire un sort très dur aux paysans distillateurs des communes à interdiction. Sans doute, ils ne pourront pas distiller eux-mêmes, mais il leur sera possible de vendre à une distillerie du voisinage leurs

matières premières distillables. Si les charrois supplémentaires qui en résulteront les engagent à remplacer peu à peu les arbres à cidres par les variétés produisant des fruits de table, l'hygiène y gagnera et le paysan aussi, qui écoulera facilement sa récolte, notre pays étant actuellement tributaire de l'étranger pour une grande partie de ses fruits de table. Ajoutons que l'utilisation non alcoolique des déchets de fruits fait des progrès constants et que le jour n'est pas éloigné où la question sera pratiquement résolue.»

Or, Messieurs, que dites-vous de cette situation faite aux agriculteurs producteurs de fruits et dont le produit de la distillation constitue un revenu appréciable, majorisés dans leur commune par ceux que cette récolte n'intéresse pas, mais qui auront cependant la possibilité de conduire et de vendre leurs matières distillables dans le village voisin, à condition que l'on veuille bien les y acheter? Si ce n'est pas le cas, ils auront toujours la possibilité de faire distiller leurs fruits et de ramener le schnaps à la maison et là, n'ayant plus la permission de le vendre, il faudra le consommer.

Nous ne demanderions pas mieux que les difficultés créées à ces agriculteurs par ce moyen ne les engagent à abandonner la production des fruits à cidre pour les remplacer par celle des fruits de table, mais cette révolution dans les vergers ne s'opère pas aussi facilement qu'ont l'air de se l'imaginer ces messieurs, et surtout sans provoquer des frais considérables.

Nous croyons donc que de telles mesures seraient le plus sûr moyen d'indisposer les agriculteurs et de provoquer chez eux une opposition irréductible à toute modification au régime des alcools. Après les discussions si épineuses dont nous venons de sortir pour mettre sur pied le projet de révision de l'art. 32bis, nous sommes payés pour savoir avec quelle circonspection il faut traiter de telles questions et ménager certains intérêts pour obtenir un résultat. Or, l'important n'est pas de présenter au peuple un projet idéal au point de vue de la lutte contre l'alcoolisme, mais quelque chose qui tienne debout, qui réalise un progrès sérieux et surtout qui soit accepté par le peuple et les cantons.

Quant à la valeur démocratique de l'option locale, dont on fait largement état dans le mémoire sus-rappelé, nous pensons qu'il est inutile de vous y arrêter, car c'est une simple question d'appréciation suivant le point de vue auquel on se place, et suivant les besoins de la cause. Mais il n'en reste pas moins que ce mode de procéder constitue une atteinte profonde à la liberté individuelle et que le principe qui constitue à faire le bonheur des gens malgré eux n'a pas toujours donné de brillants résultats.

A ce propos, l'on a voulu, aussi bien chez les adversaires que chez les partisans de l'initiative, établir une comparaison entre l'interdiction de l'absinthe et celle du schnaps. Nous ne pensons pas que ce rapprochement puisse nous fournir des indications bien concluantes.

La nocivité de l'absinthe est certainement beaucoup plus grande que celle de l'eau de vie; sa fabrication n'intéressait qu'un nombre très limité d'intéressés que l'on a du reste indemnisés au lieu de les envoyer distiller chez le voisin comme le propose le projet. Il était donc beaucoup plus facile d'obtenir une interdiction, alors surtout que le mouvement

partait de la partie du pays (la Suisse romande) seule intéressée en somme, soit par la fabrication, soit par l'abus de la consommation; par conséquent, l'adhésion de la Suisse allemande, tout en constituant un beau geste de solidarité, ne se heurtait à aucun intérêt particulier.

Mais si nous nous joignons sans réserve à ceux qui se réjouissent des résultats obtenus par l'interdiction de l'absinthe, rien ne nous prouve que nous ayons choisi le meilleur chemin pour y arriver et que l'imposition de la fée verte n'eût pas amené plus sûrement encore à une consommation si modérée que tout danger eût été écarté. L'on eût ainsi évité cette opposition sournoise à l'application de la loi qui s'est manifestée et se manifeste encore, quoique de moins en moins caractérisée, dans certaines parties du pays. Enfin, l'on aurait évité la fabrication de tous ces apéritifs plus ou moins suspects qui ont remplacé l'absinthe, et le commerce illicite de celle qui se fabrique et se consomme encore, malgré tout.

D'autre part, la Caisse fédérale aurait probablement amassé un nombre fort respectable de millions qui ne feraient point mauvaise figure en passant dans le tonneau presque vide des assurances sociales.

Mais ne versons pas des pleurs sur ce qui est passé; tâchons de faire mieux à l'avenir. C'est ce que recherche le projet de révision de l'art. 32bis, concernant le régime des alcools, et si vous me permettez cette expression: « Ne chargeons pas trop le bateau si nous ne voulons le voir sombrer tout à fait. »

Messieurs, votre commission a aussi discuté de l'opportunité de soumettre l'initiative à la votation populaire avant le projet de révision du régime des alcools; une proposition de renvoi de notre collègue M. Wulliamoz n'a obtenu que la voix de son auteur. Mais, si tous les autres membres se sont déclarés d'accord avec la proposition d'entrée en matière sur l'arrêté du Conseil fédéral, par contre 11 d'entr'eux se sont prononcés pour le rejet de l'initiative et 4 en faveur de celle-ci. Ces derniers estiment que la décision populaire doit intervenir au plus tôt et demandent au Conseil national de modifier l'arrêté qui nous est proposé en recommandant au peuple la demande d'initiative.

Ils espèrent ainsi obtenir son acceptation et, par elle, un moyen efficace de lutte contre le schnaps, sans attendre la révision du régime des alcools, mesures qui subsisteraient, du reste, quel qu'en soit le résultat.

La majorité de la Commission, au contraire, et ce sont là ses conclusions, voit dans la consultation populaire immédiate le moyen de liquider la question de l'option locale par un rejet, afin de déblayer le terrain devant la révision du régime des alcools. D'accord avec les promoteurs de l'initiative, le Conseil fédéral a laissé la question en suspens une fois déjà pour ne pas compromettre le succès de la votation du 3 juin 1923; mais aujourd'hui la situation est toute différente. Nous savons que bon nombre de citoyens, en particulier les agriculteurs, les vignerons et les aubergistes, voient dans l'option locale un premier pas vers la prohibition complète des boissons alcooliques et qu'ils ont laissé entendre à plusieurs reprises que, tant que cette menace subsisterait, ils refuseraient leur appui à la réforme du régime des alcools.

Or, nous savons bien que si cette réforme est combattue d'un côté par ceux qui en subiront les effets dans leurs intérêts matériels, et de l'autre par ceux qui ne l'estiment pas assez radicale, nous resterons, pour longtemps encore, dans la situation actuelle que nous déplorons.

Nous vous invitons donc, Monsieur le président, et Messieurs, au nom de la majorité de la Commission, à entrer en matière sur l'arrêté du Conseil fédéral et à recommander au peuple et aux cantons le rejet de l'initiative.

Höppli, Berichterstatter der Minderheit: Namens der Minderheit der Kommission möchte ich Sie ersuchen, die Initiative dem Volke und den Ständen zur Annahme zu empfehlen. Ich möchte vorerst meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß die Herren Referenten der Mehrheit nicht ein Wort des Tadels für die Verschleppung der Initiative fanden. Sie wurde im Jahre 1921 eingereicht und hätte also in den Räten bis spätestens November 1922 erledigt sein sollen. Heute zählen wir 1928. Es ist festzustellen, daß diese Initiative, wie auch andere Initiativen, die nicht genehm waren, gesetzwidrig verschleppt worden ist. Man hat dafür, wenigstens soweit ich gehört habe, nur eine Entschuldigung, die nämlich, daß diese Initiative der Revision der Alkoholverordnung hinderlich sei, daß sie un bequem und unangenehm sei und daß sich aus diesen Erwägungen heraus die Verschleppung rechtfertige. Es war vielleicht auch ein Fehler, daß man die Vorberatung der Initiative der Alkoholverwaltung und dem Finanzdepartement überwiesen hat, wo sie ja schließlich mehr vom fiskalischen Interesse aus beurteilt werden mußte, während die ethische, hygienische und volkswirtschaftliche Bedeutung allzu sehr in den Hintergrund gedrängt worden ist.

Sie wissen, um was es sich bei der Initiative handelt. Die Kantone und Gemeinden sollen ermächtigt werden, auf ihrem Gebiet die Fabrikation und den Verkauf gebrannter Wasser, die zum Genuß bestimmt sind, zu verbieten. Der Erlaß oder die Aufhebung solcher Verbote können sowohl nach den Bestimmungen des kantonalen Rechtes als auch durch Volksabstimmungen in Kantonen und Gemeinden erfolgen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten eine solche Abstimmung verlangt. Warum sind wir für die Initiative? Einmal deswegen, weil wir erklären, daß alles getan werden sollte, was dazu geeignet ist, den Schnapsgenuß zu bekämpfen. Ich darf sagen, daß unsere Partei geschlossen hinter der Initiative steht, da sie die Bekämpfung des Alkoholismus auf ihrem Tätigkeitsprogramm hat. Das ist nicht nur eine vage Gefühlssache, sondern Herzenssache. Wir dürfen auch darauf hinweisen, daß gerade unsere Partei- und Gewerkschaftsbewegung in der Ernüchterung und damit auch in der Ertüchtigung der Arbeiterschaft große Erfolge erzielt hat. Hunderte und Tausende von Versammlungen bei unseren Bildungsbestrebungen werden heute alkoholfrei durchgeführt. Man trägt sich, wenn man behauptet, der Schnaps genuß sei in unserm Lande nicht mehr sehr groß. Wir haben vor einigen Tagen das Budget der Alkoholverwaltung behandelt und haben dort gesehen, daß die Alkoholverwaltung gedenkt, im nächsten Jahr für etwa 8 Millionen Trinkschnaps zu verkaufen. Das ist aber nur ein kleiner Teil des Schnapses, der im

Lande getrunken wird. In der schweizerischen Bauernzeitung hat Herr Dr. Laur 1919 festgestellt — seither habe ich keine genaueren Angaben mehr gefunden —, daß in jenem Jahre für 111 Millionen Schnaps getrunken worden sei. Wer also behaupten wollte, der Schnapsgenuß sei im Lande nicht bedeutend, der würde sich gewaltig trügen.

Welches sind die Folgen dieses großen Schnapsgenusses? Sie haben vor einigen Tagen eine kleine Statistik bekommen und daraus gesehen, daß die Schnapstrinker in der Hauptsache 24 Irrenanstalten der Schweiz bevölkern, 16 Trinkerheilanstalten der Schweiz vollständig füllen und daß ferner eine große Zahl von Trinkern in 29 Strafanstalten untergebracht sind und in etwa 85 Zwangserziehungsanstalten Aufnahme finden müssen. Das ist ein großes Elend, das in der Hauptsache dem Genuß von Schnaps zuzuschreiben ist. Dabei wissen wir auch, daß in unserem Lande für Armenzwecke Hunderte von Millionen ausgegeben werden müssen. Wir kennen die Verheerungen, die das Schnapsereleid in den Familien anrichtet. Unter diesen Umständen stellt die Bekämpfung des Schnapsgenusses für uns eine heilige Pflicht dar.

Wenn man sich nun fragt, ob die Initiative den gewollten Zweck erreiche, so behaupte ich, daß das der Fall sei. Wenn es gelingt, die Initiative in den Kantonen und Gemeinden durchzusetzen und ihnen das Recht zu geben, Verkauf und Erzeugung von Schnaps zu verbieten, so halte ich mit der Fraktion dafür, daß daraus ein großer Segen entstehen kann. Die Initiative wird nun auch mit der Begründung bekämpft, sie werde vom Volke nicht angenommen. Wer wird das in unserem Rate prophetisch behaupten? Vor wenigen Wochen haben wir über die Kursaalinitiative abgestimmt. Es gab wohl wenige Leute, die glaubten, daß die Kursaalinitiative angenommen werde. Das ist ein Beweis, daß man sich außerordentlich leicht täuschen kann. Auch die Referenten der Mehrheit haben zugegeben, daß in der Initiative ein guter Gedanke liege. Wenn im Volke einmal dieser gute Gedanke Eingang gefaßt hat, so trage ich die Hoffnung, daß die Initiative angenommen wird. Der gute Kern, der in derselben liegt, wird die Hauptsache und dem Volke maßgebend sein.

Der deutsche Referent der Kommissionsmehrheit, Herr Zimmerli, hat seine Ablehnung weit und breit mit den Erfahrungen, die im Ausland gemacht wurden, begründet. Ich bin der Frage nicht so genau nachgegangen, wie die Bekämpfung des Alkoholismus, die Prohibition, sich im Ausland bewährt hat. Die Berichte sind außerordentlich verschieden. Man hört neben schlechten Erfolgen, die vielleicht auch von gewissen Interessenten behauptet und ausgestreut werden, auch von sehr guten Erfolgen der Bekämpfung des Alkoholismus im Ausland. Ich will das nicht weiter berühren, sondern nur einige Einwendungen, die sowohl in der Botschaft des Bundesrates als auch in den Ausführungen der Herren Referenten zur Geltung gekommen sind, zu entkräften suchen.

Da ist zunächst behauptet worden, die Initiative stehe der Alkoholrevision im Wege, sie gefährde die Annahme derselben im Volke. Ich sehe das nicht ein, und es ist festzustellen, daß die Initiative nicht im Gegensatz zur Alkoholrevision steht, sondern eine Ergänzung derselben darstellt. Möglich ist, daß der Ertrag des Alkoholmonopols etwas verringert wird,

wenn einmal die Initiative angenommen ist und wenn viele Gemeinden dieselbe an ihrem Territorium durchführen. Aber schließlich wird ja immer behauptet, daß auch die Alkoholrevision nichts anderes zum Ziele habe als eine Verminderung des Schnapsgenusses. Die Initiative und die Alkoholrevision könnten sich also vorteilhaft ergänzen.

Weiter wird erklärt, die Durchführung der Initiative in den Gemeinden werde Schwierigkeiten bereiten. Ich glaube das nicht. Das wäre dann der Fall, wenn der Schnapsgenuß verboten würde. Das wäre schwierig festzustellen, ob die Leute Schnaps genießen oder nicht, aber Handel und die Erzeugung von Schnaps lassen sich gut überwachen, wenn bei den vollziehenden Organen guter Wille vorhanden ist. Die Schwierigkeiten der Kontrolle darüber, ob in der Gemeinde Schnaps produziert und ob er verkauft werde, werden nicht groß sein. Man hat erklärt, man habe mit der Absinthinitiative schlechte Erfahrungen gemacht. Das Absinthverbot habe eigentlich gar nicht viel genützt, denn es werde noch immer Absinth getrunken. Es wäre eine Verkennung der Tatsachen, wenn man bestreiten wollte, daß das Absinthverbot doch seine großartigen Wirkungen auf die betreffenden Landesteile gehabt hat und daß der Genuß von Absinth heute tatsächlich zu den Ausnahmen gehört.

Eine andere Einrede ist die, daß man erklärt, wenn Gemeinden den Verkauf von Schnaps verbieten, werde in andern Gemeinden um so mehr Schnaps getrunken und es werden an den Grenzen der Gemeinden Schnapsbuden entstehen. Auch das sind Uebertreibungen. Einmal ist ja schon gesagt worden, daß in vielen Kantonen und Gemeinden die Bedürfnisklausel für Wirtschaften vorhanden ist, daß die Eröffnung neuer Wirtschaften ohnehin in vielen Kantonen auf Schwierigkeiten stößt. Glauben Sie, daß die Schnapsereleid kilometerweit laufen, um in einem andern Dorfe, wo das Verbot nicht besteht, dem Schnapsgenuß fröhnen zu können? Das wird doch wohl nicht der Fall sein; und diese Leute würden um so eher gekennzeichnet sein.

Ein weiterer Einwand ist der, daß man erklärt, der Schnaps werde in vermehrtem Maße in die Familien hineinkommen. Ich glaube das nicht, und zwar deswegen nicht, weil nicht nur die Aufklärung seitens der Abstinenten in weite Kreise dringt, sondern auch die Mentalität unseres Volkes so eingestellt ist, daß der Schnapsgenuß in der Familie verpönt ist. Die Gefahr ist nicht sehr groß, daß nach Annahme der Initiative dann der Schnapsgenuß in den Familien stärker aufkommen würde.

Ein weiterer Einwand geht dahin, nicht ein Verbot des Alkohols, sondern Erziehung und Aufklärung solle die Hauptsache sein. Nur dann würden wir zum Ziele kommen. Nun frage ich: gibt nicht gerade das Gemeindebestimmungsrecht die Möglichkeit, im Volke draußen aufklärend zu wirken und das Volk zu erziehen? Denn vor jeder Abstimmung wird doch in den Gemeinden und Kantonen über das Schnapsverbot gesprochen, da wird man die Möglichkeit haben, zum Volk zu reden und ihm in aller Deutlichkeit die große Gefahr des Schnapskonsums vor Augen zu halten, da wird es möglich sein, das Alkoholproblem vor dem Volke wiederum in seiner ganzen Bedeutung aufzuwerfen. Es ist auch nichts Undemokratisches an diesem Vorgehen, denn wenn

10 % der Stimmberechtigten es verlangen, dann muß eine Abstimmung darüber stattfinden, ob das Schnapsverbot in Wirksamkeit gesetzt werden soll oder nicht. Man kann das Verbot auch wieder aufheben, wenn man findet, es sei unzweckmäßig oder es habe in der Wirkung versagt. Aber Sie werden wahrscheinlich keine Gemeinde finden, die das Verbot wieder aufhebt, wenn es einmal eingeführt ist.

Also, ich will mich kurz fassen und behaupte, daß die Initiative und deren Vollzug in Kantonen und Gemeinden ein wirksames Mittel darstellt, um die Schnapspest einzuschränken; und wir dürfen als Volksvertreter nicht die Totengräber einer guten Idee und eines guten Werkes sein. Von diesem Standpunkte aus möchte ich Sie bitten, der Initiative zuzustimmen und sie dem Volke zur Annahme zu empfehlen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 19. Dezember 1928. Séance du matin du 19 décembre 1928.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Walther.

2264. Branntweinverbot. Bericht über das Volksbegehren.

Interdiction des boissons distillées. Rapport sur l'initiative populaire.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 1019 hievor. — Voir page 1019 ci-devant.)

Allgemeine Beratung. — Discussion générale.

M. Wulliamoz: Dans cette salle, des voix nombreuses ont attiré l'attention du peuple suisse sur le danger de l'alcoolisme.

Si parfois ces voix n'ont pas été écoutées au dehors et comme on l'eût désiré, aujourd'hui ce sont des voix du dehors qui viennent par voie d'initiative demander l'interdiction de la vente des boissons distillées.

Sans doute, on peut diverger d'opinion sur l'opportunité de ces mesures. Pour ma part, j'estime aussi que, pour la solution du problème général de l'alcool, une révision du régime de l'alcool vaut infiniment mieux que l'initiative qui a réuni toutefois 146,000 signatures. Nous devons faire en sorte d'amener le peuple suisse à accepter ce que les conseils de la nation auront décidé. Je me demande si une votation préalable sur l'option locale, comme on l'appelle, ne risque pas d'apporter un certain trouble et si elle ne va pas nuire à la révision, à laquelle nous voulons tous travailler et collaborer. Il me semble que l'opinion des initiateurs tendant à une votation rapide sur l'initiative, n'est pas péremptoire et qu'au contraire, aujourd'hui, ils se rendent compte qu'il vaut mieux résoudre

de prime abord le grand problème et après soumettre au peuple suisse le projet d'initiative.

J'ai sous les yeux une lettre du Cartel romand d'hygiène sociale et morale qui ne représente pas moins de 112 associations de la Suisse romande et qui exprime les mêmes craintes en disant:

« Nous avons suivi avec joie l'évolution de l'opinion publique depuis 1923. D'indifférente qu'elle était alors dans les milieux désintéressés à la question, elle s'est peu à peu éveillée et maintenant elle attend avec confiance des Chambres l'élaboration d'un projet efficace.

Même des cercles dépourvus de préoccupation antialcoolique nous ont prouvé leur intérêt pour la réforme en cours. L'attitude de la presse est à cet égard symptomatique.

Mais ces signes réjouissants ne doivent pas nous illusionner. L'unité de front réalisée avec tant de peine est fragile; elle est à la merci d'un incident. Or, l'option locale nous paraît être un de ces incidents redoutables; non pas qu'elle soit une mauvaise chose; elle nous apparaît bien au contraire comme le complément fort utile de la révision et nous appuyerons fortement cette initiative; sans doute sa réussite est douteuse, mais, si elle a quelque chance de succès, c'est bien maintenant où tant de gens demandent pourquoi la révision traîne et où tant d'autres plus au courant ont grand'peine à comprendre la signification et la portée du projet adopté par le Conseil national.

D'autre part, les abstinents risquent dans l'ardeur de la campagne d'opposer le texte simple et clair de leur initiative au projet diffus de la révision de retourner contre ce projet les objections que le Conseil a faites à l'option locale. Nous comprenons donc que les auteurs de l'initiative ne redoutent pas une consultation populaire prochaine sur leurs propositions, mais nous, qui estimons la révision beaucoup plus importante et qui connaissons les grandes difficultés qu'elle a encore à surmonter, nous appréhendons cette campagne préalable pour l'option locale qui divisera profondément l'opinion, risquant fort d'anéantir les résultats péniblement acquis par la persévérance de M. le conseiller fédéral Musy.

La victoire de l'initiative indisposerait si fortement les vaincus qu'ils repousseraient la révision. Le rejet de l'initiative redonnerait aux nombreux adversaires de toutes les mesures antialcooliques le sentiment de leurs forces, tandis que les abstinents, amers, seraient tentés de boudier la révision qui ne les satisfait qu'à moitié. Croit-on donc qu'un tel champ de bataille sera favorable à l'érection d'un monument de concorde et de solidarité nationales que doit être la révision?

C'est pourquoi nous vous prions de bien vouloir examiner s'il n'est pas préférable de différer le vote de l'option locale jusqu'à ce que la révision soit sous toit. »

Il me semble, Messieurs, que l'opinion émise par le Cartel d'hygiène sociale et morale doit être prise en considération et qu'il vaudrait infiniment mieux retarder la votation sur le projet d'initiative jusqu'au moment où la révision sur le régime de l'alcool sera adopté par le peuple.

On nous dit que, du côté des aubergistes, on réclame l'enterrement de l'initiative avant de les décider à accepter ce projet de révision. Je ne sais pas si nous

Branntweinverbot. Bericht über das Volksbegehren.

Interdiction des boissons distillées. Rapport sur l'initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2264
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.12.1928
Date	
Data	
Seite	1019-1030
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 504

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

10 % der Stimmberechtigten es verlangen, dann muß eine Abstimmung darüber stattfinden, ob das Schnapsverbot in Wirksamkeit gesetzt werden soll oder nicht. Man kann das Verbot auch wieder aufheben, wenn man findet, es sei unzweckmäßig oder es habe in der Wirkung versagt. Aber Sie werden wahrscheinlich keine Gemeinde finden, die das Verbot wieder aufhebt, wenn es einmal eingeführt ist.

Also, ich will mich kurz fassen und behaupte, daß die Initiative und deren Vollzug in Kantonen und Gemeinden ein wirksames Mittel darstellt, um die Schnapspest einzuschränken; und wir dürfen als Volksvertreter nicht die Totengräber einer guten Idee und eines guten Werkes sein. Von diesem Standpunkte aus möchte ich Sie bitten, der Initiative zuzustimmen und sie dem Volke zur Annahme zu empfehlen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 19. Dezember 1928. Séance du matin du 19 décembre 1928.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Walther.

2264. Branntweinverbot. Bericht über das Volksbegehren.

Interdiction des boissons distillées. Rapport sur l'initiative populaire.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 1019 hievor. — Voir page 1019 ci-devant.)

Allgemeine Beratung. — Discussion générale.

M. Wulliamoz: Dans cette salle, des voix nombreuses ont attiré l'attention du peuple suisse sur le danger de l'alcoolisme.

Si parfois ces voix n'ont pas été écoutées au dehors et comme on l'eût désiré, aujourd'hui ce sont des voix du dehors qui viennent par voie d'initiative demander l'interdiction de la vente des boissons distillées.

Sans doute, on peut diverger d'opinion sur l'opportunité de ces mesures. Pour ma part, j'estime aussi que, pour la solution du problème général de l'alcool, une revision du régime de l'alcool vaut infiniment mieux que l'initiative qui a réuni toutefois 146,000 signatures. Nous devons faire en sorte d'amener le peuple suisse à accepter ce que les conseils de la nation auront décidé. Je me demande si une votation préalable sur l'option locale, comme on l'appelle, ne risque pas d'apporter un certain trouble et si elle ne va pas nuire à la revision, à laquelle nous voulons tous travailler et collaborer. Il me semble que l'opinion des initiateurs tendant à une votation rapide sur l'initiative, n'est pas péremptoire et qu'au contraire, aujourd'hui, ils se rendent compte qu'il vaut mieux résoudre

de prime abord le grand problème et après soumettre au peuple suisse le projet d'initiative.

J'ai sous les yeux une lettre du Cartel romand d'hygiène sociale et morale qui ne représente pas moins de 112 associations de la Suisse romande et qui exprime les mêmes craintes en disant:

« Nous avons suivi avec joie l'évolution de l'opinion publique depuis 1923. D'indifférente qu'elle était alors dans les milieux désintéressés à la question, elle s'est peu à peu éveillée et maintenant elle attend avec confiance des Chambres l'élaboration d'un projet efficace.

Même des cercles dépourvus de préoccupation antialcoolique nous ont prouvé leur intérêt pour la réforme en cours. L'attitude de la presse est à cet égard symptomatique.

Mais ces signes réjouissants ne doivent pas nous illusionner. L'unité de front réalisée avec tant de peine est fragile; elle est à la merci d'un incident. Or, l'option locale nous paraît être un de ces incidents redoutables; non pas qu'elle soit une mauvaise chose; elle nous apparaît bien au contraire comme le complément fort utile de la revision et nous appuyerons fortement cette initiative; sans doute sa réussite est douteuse, mais, si elle a quelque chance de succès, c'est bien maintenant où tant de gens demandent pourquoi la revision traîne et où tant d'autres plus au courant ont grand'peine à comprendre la signification et la portée du projet adopté par le Conseil national.

D'autre part, les abstinents risquent dans l'ardeur de la campagne d'opposer le texte simple et clair de leur initiative au projet diffus de la revision de retourner contre ce projet les objections que le Conseil a faites à l'option locale. Nous comprenons donc que les auteurs de l'initiative ne redoutent pas une consultation populaire prochaine sur leurs propositions, mais nous, qui estimons la revision beaucoup plus importante et qui connaissons les grandes difficultés qu'elle a encore à surmonter, nous appréhendons cette campagne préalable pour l'option locale qui divisera profondément l'opinion, risquant fort d'anéantir les résultats péniblement acquis par la persévérance de M. le conseiller fédéral Musy.

La victoire de l'initiative indisposerait si fortement les vaincus qu'ils repousseraient la revision. Le rejet de l'initiative redonnerait aux nombreux adversaires de toutes les mesures antialcooliques le sentiment de leurs forces, tandis que les abstinents, amers, seraient tentés de boudier la revision qui ne les satisfait qu'à moitié. Croit-on donc qu'un tel champ de bataille sera favorable à l'érection d'un monument de concorde et de solidarité nationales que doit être la revision?

C'est pourquoi nous vous prions de bien vouloir examiner s'il n'est pas préférable de différer le vote de l'option locale jusqu'à ce que la revision soit sous toit. »

Il me semble, Messieurs, que l'opinion émise par le Cartel d'hygiène sociale et morale doit être prise en considération et qu'il vaudrait infiniment mieux retarder la votation sur le projet d'initiative jusqu'au moment où la revision sur le régime de l'alcool sera adopté par le peuple.

On nous dit que, du côté des aubergistes, on réclame l'enterrement de l'initiative avant de les décider à accepter ce projet de revision. Je ne sais pas si nous

pouvons compter sur ces promesses. Nous souhaitons qu'elles ne soient pas un vain mot comme en 1923; mais ne vous semble-t-il pas qu'il faut maintenir cette petite menace, suspendue sur leurs têtes comme une épée de Damoclès, en disant: «Souscrivez avec nous au projet du régime de l'alcool, car si la campagne n'aboutit pas au succès que nous désirons, en présence d'un nouveau rejet du peuple suisse, nous sommes certains que la lutte sera entreprise sur le terrain communal.»

C'est pourquoi j'exprime le vœu que le Conseil fédéral veuille bien tenir compte des opinions des associations du groupe de 112 sociétés romandes et qu'il examine la possibilité de reculer le moment de la votation sur l'initiative jusqu'à l'heure, que nous voulons souhaiter pas trop éloignée, où le peuple suisse aura accepté le projet de revision du régime de l'alcool.

Präsident: Wenn ich Herrn Wulliamoz richtig verstanden habe, stellt er keinen formellen Ordnungsantrag, sondern macht nur eine Anregung betreffend die Reihenfolge der Volksabstimmung.

M. Wulliamoz: Oui, Monsieur le président.

Oprecht: Ich möchte im Rate wiederholen, was ich in der Kommission schon getan habe: ich möchte, wie mein Kollege Höppli, in aller Form Verwahrung gegen die verfassungswidrige Verschleppung der Initiative durch den Bundesrat einlegen. Das Bundesgesetz über das Verfahren bei Volksbegehren und Abstimmungen betreffend Revision der Bundesverfassung sagt in Art. 8 ausdrücklich, daß binnen Jahresfrist solch eine Initiative dem Volke zur Behandlung vorzulegen sei. Die Initiative ist acht Jahre lang vom Bundesrat verschleppt worden. Ich habe 1925 in der Dezembersession nach dem Schicksal der Initiative gefragt. Der Bundesrat hat mich damals überhaupt keiner Antwort gewürdigt. In der Kommission zur Beratung des Art. 32bis der Bundesverfassung betreffend das Alkoholmonopol des Bundes habe ich ebenfalls wiederholt reklamiert. Die Erklärungen, die Herr Bundesrat Musy auf meine Reklamationen hin gab, waren mehr als seltsam. Die Verschleppung, die Nichtbehandlung der Initiative durch den Bundesrat soll im Einverständnis mit den Initianten geschehen sein. Wenn die Initianten tatsächlich mit der Nichtbehandlung der Initiative durch den Bundesrat einverstanden gewesen sind, so besteht gesetzmäßig keine Grundlage für ein derartiges Vorgehen. Wer gab den Initianten das Recht zu solch einer Erklärung auf Zustimmung zur Verschiebung? Woher hatten sie Vollmacht, etwa von den 145,000 Bürgern, die die Initiative unterschrieben haben? Die Verschiebung der Behandlung der Initiative ist gesetzwidrig erfolgt. Es gelten entweder für den Bundesrat Gesetz und Verfassung ebenfalls, oder dann gelten sie für ihn nicht, und damit hat der Bundesrat jedes Recht verloren, besonders auch uns Sozialdemokraten gegenüber als Hüter der Verfassung aufzutreten.

Warum wurde nun vom Bundesrat die Initiative verschleppt? Die Initiative soll nach den Erklärungen des Herrn Bundesrat Musy die Revision des Alkoholmonopols gefährden. Diese sollte nach seiner Auffassung zuerst behandelt werden. Ich glaube, daß hier

ein verhängnisvoller Irrtum des Bundesrates vorliegt. Man kann die Initiative beurteilen, wie man will; fest steht, daß, wer die Revision fördern will, auch die Initiative fördern muß, oder wer die Initiative bekämpft, damit bewußt oder unbewußt auch die Revision bekämpft. Der Beweis dafür fällt meines Erachtens nicht schwer demjenigen, der ein wenig psychologisch denkt. War der Bundesrat Gegner der Initiative, dann mußte er sie nach dem Debacle des 3. Juni 1923 ebenfalls so rasch als möglich in der Volksabstimmung verwerfen lassen. Als Gegner der Initiative hätte er ein Interesse daran gehabt, die Initiative sofort dem Volk vorzulegen, damit sie verschwinde. Das ist aber nicht geschehen. Dafür hat der Bundesrat die Revision und die Initiative, beide zur selben Zeit, in den Räten zur Behandlung bringen lassen. In der Volksabstimmung soll die Initiative der Revisionsvorlage vorangehen, die Revisionsvorlage soll bald darauf folgen. Wir werden einen ganz bösen Kampf seitens des Alkoholkapitals gegen die Initiative erleben. Es wird Geld in Hülle und Fülle zur Bekämpfung der Initiative zur Verfügung stehen. Mit allen Mitteln wird gegen die Initiative losgezogen werden. Der Erfolg wird der sein, daß nicht nur die Initiative, sondern einige Monate später auch die Revision vom Volke bachab geschickt werden wird. Es wird doch niemand daran glauben, nachdem eine derartige Verhetzung des Volkes bei der Abstimmung über die Initiative erfolgt sein wird, daß dieses Volk nachher nicht auch beeinflußt sein werde in seiner Stellungnahme zur Revisionsvorlage. Die Revisionsvorlage und die Initiative wollen doch ein und dasselbe, den Schnapsmißbrauch bekämpfen. Nur die Mittel, die zur Anwendung gelangen sollen, sind verschieden. Das Volk wird aber die Entscheidung beidemale gleich fällen: entweder gegen die Initiative, und damit auch gegen die Revision, oder, was wir als Minderheitsvertreter wünschen: für die Initiative und damit auch für die Revision. Denn tatsächlich ist es so: die Initiative bildet eine wertvolle Ergänzung der Revision des Alkoholmonopols des Bundes. Durch die Stellungnahme des Bundesrates gegen die Initiative und für die Revision gefährdet er beide Vorlagen. Die Gefährdung der Revision erscheint um so größer, wenn wir die Form der Bekämpfung der Initiative durch den Bundesrat betrachten. Was der Bundesrat in seiner Botschaft zur Initiative sagt, gilt grundsätzlich auch gegenüber der Revisionsvorlage. Die Gegner der Revisionsvorlage werden sich die Botschaft des Bundesrates zur Initiative bei der Bekämpfung der Revision mit Vorteil zunutze machen. Ich muß deswegen hier auch Verwahrung dagegen einlegen, wie der Bundesrat in seiner Botschaft die Abstinenzbewegung im allgemeinen und das Initiativbegehren im besondern behandelt. Wer diese Botschaft des Bundesrates liest, dem schwindet der Glaube daran, daß der Bundesrat wirklich ethisch und volkshygienisch so sehr daran interessiert sei, die in unserem Volke leider bestehende Schnapsseuche zu bekämpfen. Steuerliche und fiskalische Interessen stehen dem Bundesrat, nach der Botschaft zur Initiative zu schließen, über Volksethos und Volkshygiene.

Dafür sollen nur zwei Beispiele aus der Botschaft angeführt werden: Seite 14 der Botschaft erklärt der Bundesrat: «Das Branntweinverbot, selbst wenn es von der Mehrheit der stimmberechtigten Bürger eines

Kantons oder einer Gemeinde ausgeht, wird vom Schweizerbürger im allgemeinen als ein zu weit gehender Eingriff in seine persönliche Freiheit betrachtet.» Die Freiheit des Schweizerbürgers, wie sie hier vom Bundesrat verteidigt wird, wirkt sich geradezu «ideal» aus, wenn wir bedenken, wieviele Schweizerbürger jährlich wegen Alkoholismus im Irrenhaus, im Zuchthaus usw. enden. Prof. Hilty hat vorausahnend dem Bundesrat auf diesen Satz der Botschaft die beste Antwort gegeben in den Ausführungen zu seinem Alkoholpostulat:

«Dagegen erfolgt nun die zweite und wichtigere Einwendung, es gehe das gegen die individuelle Freiheit des Trinkens von Alkohol, die gewissermaßen ein Menschenrecht sei», wie der Bundesrat in seiner Botschaft ebenfalls verkündet. «Sicherlich haben die ehrenwerten Erfinder der Menschenrechte, von Sieyès an bis auf die neueste Zeit, an ein solches Menschenrecht noch nicht gedacht; sonst würden sie es wenigstens einer ihrer weitläufigen und pathetischen Erklärungen derselben eingereiht haben. Dort ist es aber so wenig zu finden wie in der berühmten amerikanischen Unabhängigkeitserklärung oder der englischen Erklärung der Rechte. In der Tat wäre es schon eine eigentümliche Art von Grundrechten, sich ungehindert selbst zerstören zu dürfen, und noch eigentümlicher wäre dasselbe, wenn es das Recht in sich schließt, seine nächsten Bürger- und Menschenpflichten ungehindert vernachlässigen und allein durch seinen persönlichen Widerstand es ermöglichen zu können, daß eine ganze Gemeinde sich nicht gegen die Folgen einer solchen Verirrung des individuellen Denkens schützen darf. Wenn man das bei uns wirklich als notwendige Konsequenz der Freiheit ansieht, dann nehme man doch in die eidgenössische Bundesverfassung auch dieses individuelle Recht auf, z. B. in folgender Fassung etwa: Art. 11 (der in akademischen Kreisen wohlbekannte): Es wird in der Eidgenossenschaft unbeschränkt fortgetrunken. Art. 12: Jeder Schweizer hat das Recht, sich durch den Trunk physisch, moralisch und ökonomisch zu ruinieren. Eidgenossen, sorget für sein Weib und seine Kinder.» (Heiterkeit.)

Die Botschaft des Bundesrates macht sodann Stimmung gegen eine Verfassungsbestimmung, die dem Chef des Finanzdepartements offenbar nicht behagt, nämlich gegen das in der Bundesverfassung festgelegte Absinthverbot. In der Botschaft Seite 16 heißt es: «Viel wirksamer als die Einführung der Lokaloption ist die Revision der eidgenössischen Alkoholgesetzgebung, durch welche nun sämtliche Trinkbranntweine der Besteuerung unterstellt werden sollen. Geht auch die Steuer scheinbar weniger weit als ein Verbot, so läßt sie sich doch viel sicherer durchführen und begegnet nicht so starken Widerständen in der Bevölkerung wie ein Verbot. Wir hoffen, die öffentliche Meinung, diesen wichtigen Faktor für die Wirksamkeit aller fiskalischen Maßnahmen, für das System der Besteuerung gewinnen zu können. Typisch sind in dieser Hinsicht die Erfahrungen, welche die Schweiz mit dem Absinthverbot gemacht hat. Man darf annehmen, daß eine hohe Absinthsteuer wirksamer gewesen wäre als das Absinthverbot, das leider sehr häufig übertreten wird. Die besonderen Verhältnisse unseres Landes, die Denkweise unseres Volkes, lassen den Schluß zu, daß man in der Schweiz

mit der Steuer praktisch mehr erreichen werde als mit einem Verbot.»

Einmal nehmen wir mit Genugtuung davon Kenntnis, daß der Bundesrat der Auffassung ist, daß eine Steuer sich ohne große Schwierigkeiten einführen lassen werde. Wir wollen den Herrn Finanzminister daran erinnern, wenn wir wieder einmal mit dem Vorschlag der direkten Bundessteuer kommen werden. Sodann stelle ich fest, weil dem Bundesrat das Absinthverbot offenbar nicht paßt, weil er lieber den Alkohol und damit auch das Laster besteuern will, so macht er Stimmung gegen eine Verfassungsbestimmung, die durch Volkswillen eingeführt worden ist. Solange diese Verfassungsbestimmung zu Recht besteht, dürfen wir vom Bundesrat erwarten, daß er sie loyal anwende. Wozu hätte er sonst letzte Woche seinen Schwur auf die Verfassung geleistet? Aber die Praxis, die der Bundesrat bei den Kursaalspielen zur Anwendung gebracht hat, scheint Schule machen zu wollen. Warum nimmt nun der Bundesrat diese unverständliche Haltung gegenüber der Initiative ein? Er hat selbst 1919 die Führer der Abstinenzbewegung auf den Initiativweg verwiesen. Ich besitze hier die Kopie eines Schreibens der Eidgenössischen Alkoholverwaltung vom 31. Oktober 1919 an den Verein abstinenter Lehrer und Lehrerinnen des Kantons Bern. Darin wird geschrieben:

«Die Schweizerische Bundeskanzlei übermittelt uns Ihr Schreiben ... usw. Wir bestätigen Ihnen den Empfang des Schriftstückes mit dem Bemerkten, daß wir es bei der weiteren Beschäftigung mit dem Problem gleich wie die andern zahlreichen Eingaben, die uns zugewiesen wurden, zu der Bildung unseres Urteils heranziehen werden. Unsere gegenwärtig freilich noch nicht abgeschlossene Meinung geht dahin, daß für die Austragung so weitreichender Vorschläge wie der Ihrige, wohl der Weg der Volksinitiative der richtigste Kampfboden wäre. Hochachtung: Eidgenössische Alkoholverwaltung: Milliet.»

Woher die feindselige Haltung des Bundesrates gegenüber der Initiative? Dazu erkläre ich ganz offen: Der Bundesrat ist nicht frei von ganz bestimmten Einflüssen. Er ist nicht frei vom Einfluß des Alkoholkapitals. Auch der Referent, Herr Dr. Zimmerli, hat gestern mindestens im zweiten Teil seines Votums ganz im Sinne der Wahrung der Interessen des Alkoholkapitals gesprochen. Ich will damit nicht behaupten, daß seinerseits subjektiv dieser Wille zur Vertretung der Interessen des Alkoholkapitals vorhanden gewesen wäre, aber objektiv haben seine Ausführungen durchaus so gewirkt.

Herr Bundesrat Musy hat in den Verhandlungen der Kommission wiederholt die sogenannten Prohibitionsgegner zitiert. Wir sind auch mit den Schriften dieser Prohibitionsgegner geradezu überschwemmt worden. Wer steht denn hinter der Bewegung der Prohibitionsgegner? Die Bierbrauer, die Likörfabrikanten, die Likörhändler, die Wirte usw., d. h. alle diejenigen, die stark daran interessiert sind, daß das Schweizervolk noch recht lange 600 bis 700 Millionen jährlich im Alkohol vertrinke. Der Glückwunsch der Herren Likör- und Spirituosenhändler an den Bundesrat spricht in dieser Beziehung Bände. «Die Generalversammlung des Verbandes schweizerischer Liqueur- und Spirituosenhändler in Luzern beglückwünscht den Bundesrat zu seiner Botschaft, die das Gemeindeverbot ablehnt.» Könnte jemand

einen besseren Beweis dafür beibringen als diesen Glückwunsch der Herren Spirituosenhändler, wofür der Bundesrat und seine Botschaft tatsächlich arbeiten?

Die Prohibitionsgegner besitzen in Bern ein Sekretariat, das von einem Dr. Neumann geführt wird. Ich nehme an, daß Sie alle die Zeitung des Dr. Neumann ebenfalls gratis zur Verfügung gestellt erhalten und sie dementsprechend auch gratis behandeln. Welche Weisheit dieser Dr. Neumann — er soll Naturwissenschaftler sein — vertritt, dafür nur ein Beispiel. Ich darf hier wohl auch Gegner der Initiative zitieren, nachdem Herr Dr. Zimmerli das in so reichem Maße getan hat. Dr. Neumann hat eine Broschüre « Student, Sittlichkeit und Alkohol » herausgegeben und an den Universitäten verteilen lassen. Darin schreibt er: « Der reine, absolute Alkohol ist ein Gift; aber die alkoholischen Getränke sind kein Gift. Phosphor ist ein Gift; aber die Eier sind nicht giftig, trotzdem sie Phosphor enthalten. » Das schreibt ein naturwissenschaftlich gebildet sein wollender Herr Dr. Neumann in einer Broschüre, die er wagt unter die Studenten verteilen zu lassen. Ich brauche dazu keine weiteren Bemerkungen anzubringen, das spricht für sich selbst.

Die Prohibitionsgegner machen auch in Nationalismus und Chauvinismus. Der Name ihres Verbandes lautet ja auch « Nationale Vereinigung schweizerischer Prohibitionsgegner ». « Sie will alle Schweizer » — natürlich nur die, die gerne trinken — « sammeln, die nicht in die Zwangsjacke einer Prohibition gesteckt werden wollen. Sie kämpft für die persönliche Freiheit und gegen alle Bestrebungen, die auf Einschränkung derselben zielen. Was ist Prohibition? Prohibition ist das allgemeine und totale Verbot des Genusses von Wein, Bier, Most usw. Es ist ein aus Amerika, dem Lande des religiösen und politischen Fanatismus importiertes, durch und durch unschweizerisches Kampfziel, das sich die Abstinenzführer der Schweiz unter finanzieller und moralischer Hilfe der internationalen Abstinenz gesteckt haben. »

Sie sehen, man bekämpft die Abstinenzbewegung wie die sozialdemokratische Bewegung, indem man an die nationalistischen Instinkte appelliert. Man bearbeitet dabei mehr oder weniger geschickt durch eine mehr oder weniger willfährige Presse die Öffentlichkeit dermaßen, daß man alle möglichen Schauer-mären über die Prohibition in den Vereinigten Staaten verbreitet. Man verweist sonst gerne auf die Vereinigten Staaten — auch hier im Saale ist das wiederholt geschehen: Von bürgerlicher Seite wird der Arbeiterschaft empfohlen, das gute Beispiel der amerikanischen Arbeiterschaft zu beachten. Warum will man nicht auch bei der Trockenlegung der Vereinigten Staaten das Gute anerkennen? Ich zitiere dazu nur eine kleine Notiz der « Frankfurter Zeitung », die nach der Wahl des neuen Präsidenten erschienen ist und auch für uns zutrifft: « In Amerika hat Hoover, der trockene Kandidat, mit einer alle Voraussagen übertreffenden Mehrheit über Smith gesiegt, der ein ganz klein wenig feucht ist . . . Dieser Mann wollte nicht etwa die Aufhebung des Alkoholverbotes in den Vereinigten Staaten, nur einige Milderungen des Prohibitions-gesetzes plante er. Aber das genügte, um die amerikanischen Frauen in Millionenscharen gegen ihn mobil zu machen. Es ist das Alkoholverbot, das mit Hoover gesiegt hat. In Deutschland, wo eine Lücke von

500 bis 600 Millionen Mark im Reichsetat zu decken ist, plant der Finanzminister eine Erhöhung der Biersteuer. Es besteht dagegen starker Widerstand. Regt der Unterschied zwischen der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten und der Annahme der Alkoholsteuerpläne in Deutschland nicht zum Nachdenken an? » Regt dieser Unterschied, wie man ein derart wichtiges Volksproblem in den Vereinigten Staaten und bei uns behandelt, nicht auch zum Nachdenken an?

Ich möchte schließlich noch einmal ganz entschieden Verwahrung einlegen gegen die Art und Weise der Behandlung der Initiative durch den Bundesrat. Die Initiative hat nichts mit Prohibition zu tun. Sie will den Gemeinden ein Recht gewähren, das Recht nämlich, über den Schnapshandel und die Schnapsproduktion ohne bundesstaatliche Fesseln legiferieren zu können. Prohibition ist Verbot des Genusses. Davon spricht die Initiative nicht. Alle bezüglichen Ausführungen des Herrn Dr. Zimmerli über Finnland, Norwegen, Schweden, Schottland sind damit hinfällig. Die Initiative hat mit Prohibition wirklich nichts zu tun. Man darf ihr nicht Dinge unterschieben, von denen kein Wort in der Initiative steht. Auch der Bundesrat macht solch eine Unterschiebung, wenn er in seiner Botschaft schreibt: « Offenbar liegt ja in dieser Hoffnung der stille Wunsch, daß die Lokaloption Vorarbeit für ein Landesverbot für Trinkbranntwein und schließlich auch für die übrigen alkoholischen Getränke leiste. » Es ist ungebührlich, derart gegen eine Initiative zu arbeiten. Dasselbe muß von der Schreibweise der « Schweizerischen Bauernzeitung » gesagt werden. Sie schreibt in einem kleinen Entrefilet: « Abstimmung über das Gemeindebestimmungsrecht betreffend Alkoholverbot. » Es handelt sich hier nicht um ein Alkoholverbot, sondern um ein Recht, das den Gemeinden gewährt werden soll, über die Schnapsproduktion und den Schnapshandel zu legiferieren. Die Initiative will den Gemeinden ein Recht gewähren, das sie heute noch nicht besitzen. Es ist sehr richtig, wenn in der Gegenbotschaft der Initianten gesagt wird: « Wir können nicht glauben, daß die schweizerischen Räte sich weigern sollten, dem Volke die Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes in die Bundesverfassung zu empfehlen: denn das Gemeindebestimmungsrecht entspricht unseren Sitten, es liegt im Geiste unserer föderalistischen Demokraten. » Es liegt offenbar auch ein Widerspruch im Denken vor, wenn einerseits, wie es gestern der Herr Referent getan hat, der Initiative vorgeworfen wird, sie verbiete den Genuß nicht, habe damit einen schweren Mangel und sei untauglich, und auf der andern Seite erklärt wird, sie sei der erste Schritt zur Prohibition. Weil in den Gemeinden und in den Kantonen heute ein Recht zur Selbsthilfe noch nicht besteht, so sind bisher meistens die Versuche der Gemeinden der Selbsthilfe gescheitert. Es liegen dafür eine Reihe von Beispielen vor. Ich erwähne das Beispiel der Gemeinde Provence im Waadtland und der Gemeinde Eriswil (Bern), wo ein Wirt verhindert hat, daß die Gemeinde ein solches Selbstbestimmungsrecht zur Anwendung bringen konnte. Ist es denn zuviel verlangt, wenn mit der Initiative den Gemeinden solch ein Recht zur Selbsthilfe gewährt werden soll? Herr Pfarrer Rudolf hat im Jahre 1922 anders über das Gemeindebestimmungsrecht gesprochen, als er

es heute tut. Er war damals noch sehr für die Initiative eingenommen. Wenn er heute anderer Auffassung ist, so will ich nicht untersuchen, auf welche Einflüsse hin der Sekretär des Nationalen Verbandes gegen die Schnapsgefahr seine Stellung geändert hat. Herr Dr. Zimmerli hat in der Kommission deutlich den Drohfinger erhoben.

Schließlich noch ein Wort zum volkswirtschaftlichen Nutzen der Frage. Deutschland beschäftigt sich mit ähnlichen Nöten wie wir. Die deutsche Alkoholgesetzgebung hat versagt, in der Schweiz aber will man diese selbe Alkoholgesetzgebung mit der Revisionsvorlage einführen. In Deutschland geht man daran, aus volkswirtschaftlichen Erwägungen das Alkoholproblem zu lösen. Man ist dazu wegen der schweren Reparationsleistungen gezwungen. Herr Dr. Reinhard Weber, Assistent am Forschungsinstitut der Stadt Köln, hat ein Gutachten ausgearbeitet: « Volkswirtschaft und Gemeindebestimmungsrecht ». Dieses Gutachten wird von einer Reihe von bekannten Nationalökonomern unterstützt. Ich zitiere: Brentano, Herkner, Oppenheimer, Liefmann usw. Was sagt Herr Dr. Weber über das Gemeindebestimmungsrecht? « Es gilt daher, eine wirtschaftspolitische Maßnahme zu finden, welche den wahrscheinlichen Erfolg eines alkoholfreieren Zustandes der deutschen Volkswirtschaft herbeizuführen geeignet ist, mit aller Gewähr, daß das Wirtschaftsleben dabei vor Erschütterungen bewahrt bleibe. Von allen in dieser Richtung gemachten konkreten Vorschlägen empfiehlt sich den Nationalökonomern weitaus am meisten das sogenannte Gemeindebestimmungsrecht. »

Was sagt der Herr Referent zu der volkswirtschaftlichen Empfehlung des Gemeindebestimmungsrechts der bekannten deutschen Nationalökonomern? Mir scheint, sie beweist, daß bei unvoreingenommener Prüfung jedermann die großen Vorteile des Gemeindeabstimmungsrechtes, in unserem Falle der Branntweininitiative, anerkennen muß. Aber man will nicht, darum kann man nicht. Wir verlangen, mit der Branntweininitiative das Recht zu erhalten, auf dem Gebiete der Branntweinproduktion und des Branntweinhandels in den Gemeinden und Kantonen frei von bundesstaatlichen Fesseln selber entscheiden zu können. Das Volk soll und will sich selber helfen. Wir vertrauen und glauben an die im Volk lebende Kraft zur Selbsthilfe. So ist für uns die Branntweininitiative eine Forderung lebendiger Demokratie, die dem Volke mehr Freiheit, mehr Rechte zugestehen will.

Die Branntweininitiative wird das Volk auf dem Gebiet der Alkoholpolitik zu vermehrter Anteilnahme am öffentlichen Leben zwingen. Die direkte Mitwirkung des Volkes bei der Bekämpfung des Schnapsalkoholismus bietet für uns eine der wertvollsten Möglichkeiten sozialer Demokratie. Darum treten wir mit aller Entschiedenheit für die Initiative ein.

Präsident: Wenn ich Herrn Oprecht richtig verstanden habe, hat er von einer unverschämten Haltung des Bundesrates (**Zuruf:** Nein) oder davon gesprochen, daß der Bundesrat unter dem Einfluß des Alkoholkapitals stehe? (**Oprecht:** Ja.) Ich halte diese Ausdrucksweise für parlamentarisch unzulässig. Ich bitte derartige Ausdrücke in Zukunft zu vermeiden.

Welti-Rheinfelden: Eingangs meines kurzen Votums möchte ich, um ja kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, erklären, daß ich der Ansicht bin, daß außer einer Totalprohibition, die ja für uns in der Schweiz nicht in Frage kommt, das beste Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus ein Gesetz ist, das die hochkonzentrierten alkoholischen Genußmittel erfaßt, möglichst hoch besteuert und verteuert, und das dadurch imstande ist, eine gewisse Verschiebung im Genuß der alkoholischen Genußmittel zu bewerkstelligen, in der Richtung, daß eben immer weniger stark alkoholische Getränke genossen werden.

Es ist eine alte, sozial-hygienische Tatsache, daß eine solche Gesetzgebung ihre Wirkung hat, und es ist nachgewiesen durch große Statistiken in den Ländern, die eine solche Gesetzgebung durchgeführt haben. Eine gleichmäßige Besteuerung der alkoholischen Genußmittel beispielsweise ist durchaus ein Fehler, und es ist angezeigt, die hochkonzentrierten alkoholischen Getränke in erster Linie und möglichst stark zu besteuern. Es war deswegen auch ein gewisser Fehler, daß wir in der Schweiz beispielsweise mit der Besteuerung des Biers und mit der Besteuerung der Edukte des Bieres angefangen haben. Es hat sich nur deswegen nicht ungünstig ausgewirkt, weil das Brauereikapital durch die angehäuften Reserven eine solche Belastung ertragen konnte und dadurch, daß schon seit Kriegsbeginn eine bedeutende Erhöhung des Bierpreises eingetreten war. Wäre aber durch eine solche fiskalische Belastung des Bieres das Bier verteuert und die Verteuerung auf den Konsumenten abgewälzt worden, so wäre das der größte sozialhygienische Fehler gewesen. Ich bin durchaus der Meinung, daß ein kommendes Alkoholgesetz das beste Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus ist.

Dieser Regelung durch ein kommendes Gesetz steht die Initiative nicht im Wege. Die Bekämpfung der Initiative durch Argumente, wie sie gestern zum Beispiel von den Referenten vorgetragen worden sind und wohl auch vom Bundesratstische aus heute zu hören sein werden, bedeuten meines Erachtens eine große Gefahr für die kommende Regelung. Davon, daß diese Initiative für die Bekämpfung des Alkoholismus kein taugliches Mittel sei, haben mich die Ausführungen der Herren Referenten nicht überzeugen können. Am Gesetz über die Regelung des Alkoholwesens in der Schweiz vom Jahre 1923 sind zwei Aushänge- und Reklameschilder gegangen. Auf der einen Seite die ethische, moralische, hygienische Zweckempfehlung, nämlich die Bekämpfung des Alkoholismus, die Bekämpfung der Schnapspest, und auf der andern Seite der fiskalische Zweck mit der Speisung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Mit großem Enthusiasmus ist die Vorlage mit der ethisch-hygienischen Zweckempfehlung belastet worden. Neben dem gefährdeten Brennhafen des Bauern und neben dem Gläschen des armen Mannes hat diese schwer verständliche Doppelpfehlung meines Erachtens das Gesetz zu Fall gebracht. Vielen Bürgern wollte es nicht in den Kopf, daß man aus dem Alkohol möglichst viel Geld herauswirtschaften und auf der andern Seite diesen bekämpfen will. Mancher erklärte mir im Gespräch, da müsse etwas nicht stimmen, mit der Bekämpfung des Alkohols sei es dem Bundesrat, gar nicht so ernst. Ich wiederhole das als Meinung, die ich gehört habe; ich stehe durchaus auf anderm Boden.

Heute haben wir vor uns eine Initiative, wo Bundesrat und Räte zeigen können, daß es ihnen mit der Bekämpfung des Alkoholismus ernst ist. Ich bedaure, daß Bundesrat und Kommissionsmehrheit bereits Position gegen die Initiative bezogen haben. Ich bin überzeugt, daß alle Argumente, die heute gegen die Initiative ins Feld geführt werden, seinerzeit bei der Bekämpfung der neuen Alkoholvorlage, wie ich sie wünsche, ebenfalls benützt werden. Nehmen wir nur einige der Gründe. Auf der einen Seite wird gesagt, man solle die Initiative deshalb ablehnen, weil sie kein taugliches Mittel sei. Der Alkohol werde nicht bekämpft, auch wenn eine Gemeindeabstimmung vorgenommen werde. Die Maßnahme, sei in ihrem Effekt nicht brauchbar. Wir werden bei Anlaß der Bleiweißvorlage, die uns vielleicht in der nächsten Session beschäftigen wird, die gleichen Gründe hören. Wäre die Initiative weiter gegangen, hätte sie eine Totalprohibition gemeindeweise verlangt, dann würde beantragt werden, die Initiative abzulehnen, weil sie zu weit gehe. Auf der andern Seite nun steht der Grund, die Initiative bilde den Beginn der Trockenlegung. Ein Ministerpräsident eines Nachbarlandes ist daran, den Nemisee trockenulegen, um dort große Schätze zu finden. Derjenige, der die Schweiz einmal trockenlegt, wird in einigen Hundert Jahren noch nicht geboren sein. Ich wiederhole, alle Einwendungen gegen die Prohibition werden seinerzeit auch gegen die neue Alkoholvorlage ins Feld geführt werden.

Bei dieser Angelegenheit kommt mir eine Anekdote in den Sinn, die ich selbst erlebt habe. Als junger Mediziner habe ich eine benachbarte Apotheke besucht, weil ich, selbst aus einer Apothekerfamilie stammend, solche Relationen gehabt habe. Ich war im Hinterzimmer der Apotheke Zeuge eines sehr interessanten Gespräches. Kam da ein Bauer und erzählte dem Apotheker von einer Krankheit in seiner Familie. Der Apotheker erklärte sofort, da kann ich Ihnen helfen, ich habe verschiedene Mittel, nehmen Sie einmal dieses eine. Der Mann kauft dieses Mittel, geht befriedigt von dannen, da ruft ihn der Apotheker noch einmal zurück, Nehmen Sie es ruhig, es wird Ihnen helfen, und sollte es nicht helfen, dann kommen Sie wieder zurück, ich habe noch ein besseres Mittel. Dieses bessere Mittel wird die kommende Alkoholrevision sein. Trotzdem ist das Mittel, das wir Ihnen heute empfehlen, ein gutes. Sehr oft hat man hier in diesem Saal gesagt, das Bessere sei der Feind des Guten. Das scheint hier zuzutreffen, wenigstens nach den Ausführungen der Herren Referenten.

Nach dem, was ich von Dänemark gelesen habe, bin ich überzeugt, daß bei dem guten Erfolg, dort, wo beide Systeme nebeneinander wirksam sind, auch diese Lokaloption ihren Teil daran hat. Jedenfalls dürfte es schwer sein, zu erklären, daß sie nicht dazu beitrage.

Noch einige Worte zu der Kampagne, die einsetzen wird. Mein Vorredner hat bereits etwas gesagt über das mächtige Alkoholkapital, das in dieser Kampagne sicher alles aufbieten wird, um die Initiative zu bodigen.

Ich habe Gelegenheit gehabt im letzten Sommer einmal im Speisewagen eine hochangesehene, bedeutende finnische Frau, die Gattin eines finnischen Arztes, die hauptsächlich in bezug auf das Rote Kreuz sich Verdienste erworben hat, kennenzulernen; und sie hat mir nun auch beispielsweise erklärt, warum in

Finnland eben diese Erfolge nicht erzielt worden sind. Es sind die ganz gewaltigen und ich möchte sagen geradezu gemeinen Anstrengungen, die das Alkoholkapital gemacht hat, um sich in Finnland wieder einzunisten. Was da in bezug auf Alkoholschmuggel und ähnliches geleistet wird, was da in diesem fast wehrlosen Lande geleistet wird, das ist eigentlich unglaublich; ich begreife darum ganz gut, daß Finnland eben nicht die allerbesten Resultate erzielt hat. Auf allen Schleichwegen und durch alle Mittel hat dieses Alkoholkapital es verstanden, Finnland wieder zu verseuchen. Ich habe seinerzeit bei der Beratung in der Kommission auf ein — ich glaube es wohl, sagen zu dürfen — trauriges Elaborat hingewiesen, das in dieser Beziehung auch die Schweiz vergiftet. Dieses Blättchen der Prohibitionsgegner — nehmen Sie sich einmal die Mühe und lesen Sie es, und wenn Sie nicht die Scham darüber ankommt, daß solche Dinge noch in die Welt gesetzt werden können, so bedaure ich Sie; ich bin fest überzeugt, wenn alle die Herren, die hier sind, dies Blättchen einige Monate lang gelesen hätten, so würden Sie für die Initiative einstehen.

Nun noch eine ganz kleine Bemerkung zum Schluß. Ich wohne nunmehr das siebente Jahr diesen Verhandlungen bei und habe dabei eine wenigstens für mich niederdrückende Beobachtung gemacht: einen idealen Zug für solche hochwichtigen volkshygienischen und sozialen Fragen habe ich im Rate durchaus vermißt. Wenn eine wichtige Frage an uns herangetreten ist, wo es sich etwa zeigen konnte, daß man noch einen idealen Schwung habe, da sind zwanzig oder dreißig Gründe mit — verzeihen Sie den Ausdruck — nörgelndem politischem Verstand ausgeheckt worden, um auch solch hochwichtige Vorlagen zu Boden zu bringen. Das ist nach meiner Ansicht bedauerlich. Der Geist, der seinerzeit noch das Absinth-Verbot durchgebracht hat, scheint hier verschwunden zu sein. Ich warne Sie aber davor, gegen diese Initiative aufzutreten in dem Maße, wie es bis jetzt geschehen ist; ich warne Sie, wenn es Ihnen damit ernst ist, eine definitive und gute Regelung des Alkoholwesens in der Schweiz durchzuführen. Ich betone noch einmal: Alle die Argumente, die seinerzeit gegen die Initiative vorgebracht worden sind, und besonders wenn sie mit so viel Nachdruck vorgebracht werden, alle diese Argumente werden bei der nächsten Regelung unserer Alkoholfrage gegen diese Alkoholvorlage vorgebracht werden.

Hoppeler: Heinrich Federer war Ihnen allen lieb, aber es ist gut, daß Herr Dr. Zimmerli und unser Bundesrat nicht seine Aerzte gewesen sind. Er hat am Ende seines Lebens noch eine schöne Zeit gehabt; die wäre ihm vergällt gewesen, wenn sie seine Aerzte gewesen wären. Heinrich Federer hat während der ganzen Zeit seines Lebens an schwerem Asthma gelitten; da eines Tages im letzten Jahre da er noch lebte, hörte er von einem neuen englischen Mittel; ein junger Arzt hatte es ihm angeraten, weil es andern geholfen hatte. Und siehe da, Heinrich Federer erfuhr eine große Erleichterung: er konnte wieder schreiben, er konnte wieder in die Konzerte gehen und war unendlich dankbar für die Hilfe, die ihm auf diese Art und Weise erwuchs. Er hat das Mittel probiert, weil sein Grundsatz war, kein Mittel unversucht zu

lassen. Bei einem schweren Patienten ist es die Pflicht, von uns Aerzten, kein Mittel unversucht zu lassen.

Wollen Sie nun verneinen, daß unser Schweizervolk mit bezug auf den Schnaps ein ernster Patient ist? Sie sind aber im Begriffe, ein Mittel, das vielleicht erprobt ist, dem Sie bloß entgegenhalten können, allzuviel werde es auch nicht nützen, vielleicht werde es sehr wenig nützen — Sie sind im Begriff, ein solches Mittel diesem schweren Patienten zu entziehen, Sie sind im Begriff, einer Gemeinde, wenn sie zu diesem Mittel greifen möchte, zu sagen: Halt, das darfst du nicht; wir, die Bundesversammlung, empfehlen dem Schweizervolk, dieses Mittel nicht anzuwenden. Sie sind im Begriff, wenn eine Gemeinde schwer leidet an Schnaps, sich hinzustellen und zu sagen: du darfst dir selbst nicht helfen; wenn der Kanton oder die Eidgenossenschaft etwas vorkehren, so ist es recht, aber du selbst darfst in der Sache nichts tun. Letzthin haben wir den traurigen, dem Schnapselend entsprungenen Mordfall von Wilderswil erlebt. Ist es nun nicht denkbar, daß, wie seinerzeit beim Absinth, plötzlich eine Welle der Empörung gegen den Alkohol in einem Dorfe aufflammt, wo solches geschehen ist? Ist es nicht denkbar, daß ein Dorf erklärt: das darf nicht mehr geschehen innert unserer Grenzen? Daß sie das Eisen schmieden, so lange es warm ist, und den Schnapsausschank verbieten. Es ist möglich, daß eine Gemeinde erklärt: Von jetzt an soll in unserem Wirtshaus kein Schnaps mehr ausgeschenkt werden! Man antwortet, das Schnapselend herrsche ja gar nicht in erster Linie im Wirtshaus; die Leute trinken den Schnaps doch viel mehr zu Hause. Das gilt sicherlich für manche Gemeinde; es mag solche geben, in denen das Gemeindebestimmungsrecht im Kampfe gegen den Alkohol kaum ein taugliches Mittel darstellen, es gibt aber auch solche, in denen es immerhin eine fühlbare Wirkung tun würde. Warum sollen die Gemeinden, die es wünschen, es nun nicht anwenden können? —

Taugt das Gemeindebestimmungsrecht etwas zur Bekämpfung des Alkoholismus? Selbstverständlich muß in diesem Kampfe beides sein: staatliches Eingreifen einerseits, Erziehung und Aufklärung andererseits; beide Faktoren müssen sich ergänzen, weder das eine noch das andere kann für sich allein sich als wirksam erweisen:

Aber nun ist kaum ein Mittel denkbar, welches in erfolgreicher Weise Aufklärung und staatliches Eingreifen mit einander so zweckmäßig verbindet, wie das Gemeindebestimmungsrecht; denn bevor eine solche Abstimmung vor sich geht, muß ein Dorf natürlich weitgehend aufgeklärt werden und es wird einen Kampf der Geister absetzen. Herr Dr. Zimmerli hat gesagt, dann werde an Stelle der ruhigen stetigen politischen Entwicklung der leidenschaftliche Kampf treten. Fürchterlich! Man stelle sich vor, über ein friedliches Dörflein kommt ein leidenschaftlicher Kampf für oder gegen den Schnaps! Zu Hause, in meinem Kinderheim, schicke ich meine Krankenschwester oder die Kinderfräulein in alle Zimmer, wenn ich ein Gewitter kommen sehe, und heiße sie die Kinder beruhigen und die Fenster schließen, denn die Kleinen haben Angst! Und nun haben auch Sie so schreckliche Angst vor einem reinigenden Abstimmungsgewitter in einer Gemeinde? Sind Sie so begeisterte Anhänger der großen Ruhe, die durch nichts gestört werden soll, auch wenn es tote Fried-

hofruhe wäre? Also in Sachen Alkohol: Nur keine Aufregung; § 11; es wird weiter getrunken! (Heiterkeit). Gerade das ist ja das Glück, Herr Dr. Zimmerli, daß durch eine solche Diskussion Leben in die Bude kommt. Ich will Ihnen gestehen, daß das, was die Herren Abstanten mit dieser Initiative wollten — ich bin zwar an ihrer Entstehung unschuldig wie ein neugeborenes Kindlein — eben das war: es soll wieder einmal etwas Leben in die Geschichte und ein frischer Wind in die Alkohol-Gefilde kommen. Das haben sie gewollt, und sie haben es doch einigermaßen erreicht. Vor solcher Abstimmung gibt es dann in einem Dorf ein Hin und Her der Meinungen, jeder muß sich die Sache überlegen, jeder muß zu ihr Stellung nehmen (das wird viel eher geschehen als auf kantonalem oder eidgenössischem Boden), es geht Jeden an; da interessiert sich jedes letzte Knechtlein dafür, und das ist das Gute; es muß sich jeder besinnen, und — was sehr wichtig — es muß jeder die Verantwortung auf sich nehmen! Gemeindebestimmungsrecht bedeutet also Erziehung zur Verantwortlichkeit!

Nun gut, das alles wollen Sie also nicht! Es soll Ruhe herrschen im Dorf, und der Leuenwirt soll seinen Schnaps ausschenken, bis einmal der Bund von sich aus eingreift. Aber bei uns in der Schweiz sind Landesgesetze gegen den Alkoholismus viel schwerer zu schaffen als in andern Ländern, wo die Parlamente entscheiden; denn nirgends hat das Volk solche Kompetenzen wie bei uns!

Und nun diese Angst vor dem Verbot. Ja, gibt es überhaupt ein Gesetz ohne Verbot? Bei uns in Zürich heißt es gleich, wenn man in einen Tramwagen einsteigt: es ist verboten, vom fahrenden Wagen abzuspringen. Daß sich das der Schweizer gefallen läßt? Oder wenn Sie im Auto nach Zürich oder Bern oder irgendwohin kommen, so finden Sie, daß es verboten ist, rechts vorzufahren. Muß man sich nicht auch das gefallen lassen? Letzthin, wie ich im Auto über den Bellevue-Platz fahren wollte, da habe ich im Momente nicht an den Polizisten, der dort stationiert ist, gedacht. Da hat mich aber der Mann nicht übel angehaucht und in den Wagen gerufen. Können Sie denn kein Zeichen geben? Es ist nämlich verboten, über den Bellevue-Platz zu fahren, ohne vorher dem Verkehrspolizisten ein Zeichen zu geben. Sie kommen eben ohne Verbote nicht aus, und zwar werden die eben genannten Verbote von der Gemeinde erlassen. Wenn Herr Zimmerli und der Bundesrat sagen, die Gemeinde könnte das Gemeindebestimmungsrecht nicht durchführen, weil sie zu wenig Strafkompetenzen besitze, so muß ich erklären: ich bin durch Gemeindebußen erzogen worden, im richtigen Tempo Automobil zu fahren. Ich bin ein Beispiel dafür, daß die Einwirkung von Gemeindebußen nicht nutzlos ist. — Haben wir nicht auch in unserem Ratsreglemente Verbote? Es wird nicht mehr lange gehen, so wird die Glocke ertönen, die Redezeit sei abgelaufen. Es ist bei uns nämlich verboten, länger als eine halbe Stunde zu reden. Es ist auch verboten, sich mehr als zweimal zum gleichen Thema zu melden. Alles mögliche ist bei uns verboten. Das muß so sein, sonst hätten wir eine Unordnung. Es gibt keine Ordnung ohne Verbot. Schließlich enthält übrigens jedes Gebot auch ein Verbot und umgekehrt; man kann jedem Befehl positive oder negative Form geben. Wenn es heißt: «Du sollst nicht ehebrechen», so

ist das nicht nur ein Verbot, sondern ein positives Gebot: Du sollst Deiner Frau Treue halten.

Wollen Sie nun diese Abneigung des Volkes gegen das Wort « Verbot » in demagogischer Weise benützen, um diese Initiative zu Fall zu bringen, anstatt dem Volke zu sagen, es möge nicht an der Angst vor diesem Worte hängen bleiben?

Man sagt weiter, das Gemeindebestimmungsrecht bringe eine Einschränkung der persönlichen Freiheit. Davon könnte man reden, wenn der Betreffende keinen Schnaps im Haus haben dürfte, wenn er nicht in die nächste Gemeinde gehen könnte, um Schnaps zu trinken. Die Einschränkung dieser persönlichen Freiheit geht nur so weit, daß, wenn einer in einem Wirtshaus einer solchen Gemeinde einen Kirsch verlangt, ihm geantwortet werden muß, es werde hier kein Kirsch ausgeschenkt. Das ist die Beschränkung der persönlichen Freiheit, die sich der Schweizer gefallen lassen müßte. In der Botschaft steht, man möchte fast sagen, höchst naiv: « So sehr wir es begrüßen, wenn der Schnapsverbrauch in unserm Lande eingeschränkt wird, so glauben wir nicht, daß der Weg über das Verbot der richtige ist ». Also auch hier die Angst vor dem Wort « Verbot ». Aber meine Herren, wenn diese Angst berechtigt ist, dann können Sie auch die Alkoholgesetzrevision nicht durchführen, denn es wird dem Bauer verboten sein, Schnaps frei zu verkaufen, er darf ihn nur an die Regie abgeben. Er ist also auch seiner persönlichen Freiheit beraubt, darf nicht mehr tun, was er will. Wenn einst ein Teil der Brennähfen zurückgekauft sein wird und 15 Jahre um sind, wird es verboten sein, ohne Konzession zu brennen. Sie werden also in der Alkoholgesetzrevision ohne Verbot gar nicht auskommen. Wenn Sie, Herr Bundesrat, in Ihrer Botschaft die Verbote auf diese Art und Weise diskreditieren, dann machen Sie das Opfer, das Sie später vom Volke verlangen müssen, wenn die revidierte Alkoholgesetzgebung angenommen werden soll, zum voraus unmöglich!

Die Botschaft ruht übrigens auf merkwürdig schwachen Füßen. Es steht da z. B., daß man an jedem Weg, der ins Dorf führe, Wachen und Polizei aufstellen müßte, während man doch weiß, daß jeder zu Hause Alkohol halten und trinken darf. Nun werden Sie sagen, dann nütze eben die Initiative nichts. Sie nützt aber doch, weil eben die Leute erzogen werden. Hier ergänzen sich Erziehung und Zwang in wunderbarer Weise. Das Volk wird durch die Abstimmung aufgeklärt und nun kommt vielleicht eine Gemeinde, die von dem Recht Gebrauch macht; eine andere, die das sieht, macht ihr das nach. Sie werden nicht Angst haben, daß in der Schweiz sofort 300 Gemeinden dieses Gesetz anwenden werden. Es werden ja leider im Anfang ganz sicher nur wenige Gemeindlein sein. Herr Dr. Zimmerli hat gesagt, diese Initiative greife tiefer ein und wolle radikaler vorgehen als die Alkoholgesetzrevision. Stimmt nicht; niemals; da wird man Jahre lang überhaupt kaum etwas merken. Man wird vielleicht lesen, die Gemeinde so und so in einem ganz abgelegenen Krachen habe beschlossen, in ihren Grenzen keinen Schnaps mehr ausschenken zu lassen. Nennen Sie das einen radikalen Eingriff? Und wollen Sie den Leuten jener Gemeinde verbieten?

Nun das Verhältnis zur Revision der Gesetzgebung. Ich bin nicht schuld, daß jetzt über die Initiative

abgestimmt werden muß. Die Botschaft behauptet, daß die Verwerfung der Initiative trotz ihrer guten Absichten geeignet sei, der Sache der Bekämpfung des Alkoholismus Schaden zuzufügen. « Ist es richtig », heißt es in der Botschaft, « daß Bundesrat und die Bundesversammlung nach dem Mißerfolg vom 3. Juni 1923 einen neuen Versuch machen, der zum Vorneherein zu einem vollständigen Mißerfolg führen muß? » Es gibt nun bloß zwei Dinge: entweder wird die Initiative angenommen oder verworfen. Wenn sie verworfen wird, dann besteht die große Gefahr, wie der Bundesrat hier zugibt, daß auch die Revision verworfen wird. Wenn sie aber angenommen wird, so bedeutet das einen Elan für alle guten Elemente, die für die Volkswohlfahrt eintreten. Darum sollte der Bundesrat sie nicht bekämpfen. Warum hat man jetzt übrigens gerade diese Initiative aus der Schublade geholt? Ob Sie mir 300 oder 100 Fr. stehlen, bedingt keinen Unterschied in meiner Einschätzung Ihrer Ethik. Ob der Bundesrat diese Initiative sieben Jahre oder zehn Jahre in der Bundesverfassung läßt, macht ihn, nachdem nun doch einmal infolge Verschleppung der Abstimmung die Verfassung verletzt worden ist, weder bräver noch schlimmer. Ich will aber den Bundesrat nicht groß tadeln, daß er nun die Abstimmung verlangt, ich begreife, daß der Vorsteher des Justizdepartementes darauf gedrängt hat, daß nun eben einmal dem Gesetz Nachachtung verschafft werde.

Ueber das Ausland ist viel geredet worden. Wenn das Frauenstimmrecht zur Abstimmung kommt — ich bin, wie Sie wissen, nicht dafür — wollen wir dann sehen, ob die Feinde desselben auch mit dem Ausland kommen. Da werden wir Zahlen hören von überall her. Ich meine nun aber, wir sind da bei uns daheim und was in Schottland, Dänemark und Schweden oder sonstwo geschieht, ist für uns in erster Linie gar nicht maßgebend. — Es sind nun aber doch ganz entschieden verschiedenen Ortes mit dem Gemeindebestimmungsrecht gute Erfahrungen gemacht worden, die uns interessieren.

Ich habe nicht Zeit, auf alles einzutreten, möchte aber doch noch von Dänemark reden, weil behauptet worden ist, daß dort nur die hohe Steuer das gute Resultat des Rückganges im Schnapskonsum gezeitigt hätte, das heute vorliegt, nicht etwa das Gemeindebestimmungsrecht. Dabei ist es Tatsache, daß schon seit 20 Jahren in Dänemark das Gemeindebestimmungsrecht, nicht gesetzlich, aber faktisch in einem gewissen Sinne besteht. Ich will kurz erzählen, wie das gekommen ist. Für die Eröffnung einer Schankstelle mußte der Minister des Innern um Erlaubnis gefragt werden. Dieser holte jeweilen das Gutachten des betreffenden Gemeinderates ein und entschied nach diesem Gutachten. Eines Tages kommt das Gesuch eines Herrn Sörensen aus Haverslev, der eine Schankstätte eröffnen will. Der Gemeinderat beantragt in seinem Gutachten Ablehnung; der Mann bittet aber, wenigstens eine alkoholfreie Wirtschaft eröffnen zu dürfen, was ihm bewilligt wird. Er schenkt aber nebenbei im Geheimen immer auch alkoholhaltige Getränke aus, und erneuert von Zeit zu Zeit seine Eingabe. Eines Tages macht er wieder eine Eingabe, und zwar begleitet von 30—40 Unterschriften aus seinem Dorfe. Der Minister schickt das Gesuch zur Begutachtung an den Gemeinderat zurück und der Gemeinderat sieht diese

30—40 Unterschriften. Er sagt sich, daß es vielleicht ebenso viele oder noch mehr Unterschriften gegen die Eröffnung einer Schankstätte im Dorfe geben würde, und so kommt er auf den Gedanken, er wolle einmal die Gemeinde selber anfragen. Am 16. Januar 1907 fand diese Gemeindeversammlung statt. Ich muß leider sagen, Herr Dr. Zimmerli, daß es stürmisch zugegangen ist. Aber die Leute sind trotzdem am Leben geblieben, sie haben es überhauen. In dieser stürmischen Gemeindeversammlung ist mit großem Mehr beschlossen worden, man wolle keine neue Schankstätte. Als nun in andern Dörfern diese Frage auftauchte, als von dort auch Unterschriften nach Kopenhagen geschickt wurden, fanden die Gemeinderäte, sie wollten auch abstimmen lassen. So ist diese Sache in Dänemark gekommen. Es haben in 18 Jahren über 300 Abstimmungen stattgefunden. In etwa zwei Dritteln aller Fälle sind auf Grund solcher Abstimmungen Gesuche um Wirtschaftspatente abgewiesen worden. Das wäre in der freien Schweiz nicht möglich; hier soll keine Gemeinde dieses Recht erhalten; es ist ausgeschlossen, daß man dem demokratischen Bürger einer schweizerischen Gemeinde eine solche ungeheure Befugnis einräumen könnte! Dabei handelt es sich — das möchte ich doch zur Belastung Ihres werten Gewissens, meine Herren, noch sagen — nicht etwa in jedem Falle um ein Totalverbot für Schnaps. Es kann sich auch um bloße Einschränkungen des Schnapsauschankes handeln, also z. B. darum, daß eine Gemeinde in ihrem Gebiete den Morgenschnaps verbietet. Gehen Sie nach Balstal, sehen Sie, wie dort die Arbeiter am Morgen beim Umsteigen durch die Bahnhofswirtschaft gehen und rasch ihren Schnaps trinken. Wenn die Gemeinde Balstal einmal darauf käme, das zu verbieten zu wollen, so dürfte sie das nicht tun. Eine Gemeinde darf in der Schweiz nicht einmal ein solches Verbot erlassen. Nun können Sie nicht sagen, daß solch ein beschränktes Verbot nichts nützen würde. Es ist im Waadtland und in Freiburg Gesetz, und unsere waadtländischen und freiburgischen Herren Kollegen im Saal bekunden, daß es sehr gute Wirkungen nach sich gezogen hat. Wir haben das auch im Kanton Zürich mit einem neuen Wirtschaftsgesetz einführen wollen, es ist aber vom Volke abgelehnt worden. Nehmen wir an, das Stimmenverhältnis sei 100,000 gegen 50,000 gewesen, so haben sich unter den 50,000 Ja-Sagenden sicherlich mehrere Gruppen solcher befunden, welche in ihrer Gemeinde eine Mehrheit bildeten. Die hätten nun auf dem Grund und Boden ihrer Gemeinde ein solches Verbot einführen können. Das soll aber bei uns nicht geschehen dürfen, weil wir in der demokratischen Schweiz sind, wo die Gemeinden unmündig und unfähig erklärt werden, den Morgenschnaps zu verbieten. Das sollen sie nicht machen dürfen, trotz der Alkoholnot, die wir im Lande haben.

Man sagt uns, die Durchführung solcher Einschränkungen und Verbote sei sehr schwierig. In dieser Hinsicht stellt der Bundesrat — ich gratuliere ihm dazu — den Kantonsregierungen ein rührendes Zeugnis aus. Er sagt, wenn Gemeinden das Schnapsverbot einführen würden, könnten an der Grenze der andern Gemeinden ringsum Schnapswirtschaften aufgetan werden und die Kantonsregierungen wären gar nicht verpflichtet, das zu verbieten. Meine Herren, wenn Sie den Kantonsregierungen solche Gesinnung zutrauen, so können wir mit unserer schweizerischen

Politik aufstecken. Das ist eigentlich eine größere Beleidigung, als was vorhin von Herrn Oprecht gesagt worden ist. Ich würde die Bemerkung, für die eine Rüge erteilt worden ist, nicht machen, aber ich würde beantragen, dem Bundesrat eine Rüge zu erteilen, weil er den Kantonsregierungen die Möglichkeit einer solchen Gesinnung zuschreibt, daß sie imstande wären, wenn eine Gemeinde sich vom Schnaps in dieser Weise freimachen wollte, zu dulden, daß an der Grenze derselben schnell neue Wirtschaften errichtet werden.

Man behauptet weiter, mit tüchtiger Besteuerung des Branntwein würde mehr erreicht. Aber Dänemark hat erst, nachdem es auf die erwähnte Weise vorgearbeitet hatte, seine hohe Steuer einführen können. Führen Sie die Steuer ein in der Schweiz, so bin ich sofort einverstanden. Ich gebe zu, daß ein Schnapspreis von 20 Fr. pro Liter viel besser wirkt als das Gemeindebestimmungsrecht. Aber dazu kommen wir ja leider niemals. Wenn ich einen Patienten habe, der eine längere Luftkur machen sollte, und man mir sagt, man habe an einen begüterten Onkel geschrieben, daß er eine Kur in Arosa ermögliche, aber die Antwort sei noch nicht da, soll ich dann nicht in der Zwischenzeit ein Mittel anwenden, von dem man zwar nichts Großartiges erwartet, das aber doch Erleichterung bringen kann? Soll ich gegen die Anwendung dieses Mittels sein, weil der Onkel vielleicht die größere und günstigere Kur ermöglichen wird? Der Onkel ist das Schweizervolk, die große Kur heißt Revision, das bescheidenere Mittel heißt Gemeindebestimmungsrecht. Ob die große Kur je möglich werden wird, ist absolut unsicher. Ich hoffe es allerdings!

Die bundesrätliche Botschaft ist nicht mit ganz gutem Gewissen geschrieben worden. Das geht aus verschiedenen Stellen derselben hervor. Der Bundesrat berichtet von den verschiedenen Möglichkeiten, die jetzt schon bestehen für Kantone und Gemeinden, um den Schnaps einzuschränken. Es ist Tatsache, daß den Kantonen eine Reihe von Möglichkeiten gegeben worden sind, und daß diese Möglichkeiten nicht ausgenützt worden sind. Auch in den Gemeinden sind eine Reihe von Möglichkeiten nicht in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß es andere Gemeinden gibt, die ihr Möglichstes getan haben und die auch weitere Kompetenzen ausnützen würden. Wir wollen immerhin als beschämend bezeichnen, daß eine Reihe von Kantonen und Gemeinden diejenigen Kompetenzen, die ihnen die Verfassung gibt, nicht einmal ausnützen. In bezug auf diese Kompetenzen steht nun der Satz in der Botschaft: «Immerhin soll nicht bestritten werden, daß diese Kompetenzen, die besonders bei den Gemeinden nicht sehr groß sind, in vielen Fällen nicht genügen, um den Alkoholmißbrauch wirksam zu bekämpfen.» Weiterhin aber liest man: «Wenn die bestehenden Kompetenzen voll ausgenützt werden, so kann die Bekämpfung des Alkoholmißbrauches sehr wirksam gestaltet werden.» Es ist eine hübsche Probe des unsicheren Bodens, auf dem die Botschaft steht. Auf der einen Seite so, auf der andern das Gegenteil.

Nun muß ich Ihnen noch mitteilen, daß nicht nur Herr Hilty vor 30 Jahren das Gemeindebestimmungsrecht postulierte, sondern daß sogar in der Zeit der Helvetik schon das Gemeindebestimmungsrecht ver-

langt wurde. Damals kam die Deputation einer verumpften Gemeinde — ich will nicht sagen, aus welchem Kanton — vor den Senat und bat, daß man ihr helfe und der Gemeinde überlasse, abzustimmen, ob sie neue Schankstellen wolle oder nicht und ob Schnaps ausgeschenkt werden dürfe oder nicht. Dieses Gesuch ist dann genehmigt worden. In der Zeit der Helvetik ist man solchen Gesuchen entgegengekommen, trotz gegenteiliger Bittschriften z. B. aus dem Kanton Zürich, in denen es hieß: Wir wollen frei leben oder sterben. Unsere aufgeklärte Zeit aber weist solche Gesuche ab!

Ich stelle fest: das Gemeindebestimmungsrecht ist eine nützliche Waffe für manche Gemeinde, im Kampf gegen den Alkoholismus, und zwar weniger im Sinne des Heilens von Trinkern, als des Vorbeugens.

Sie kennen alle die Macht der Gewöhnung. Stellen Sie sich doch vor, wie es manchmal zugeht, daß einer zum Schnapser wird. Nehmen wir irgend eine Wirtschaft in Zürich, die durch den Morgenschnaps ihr Geschäft macht. Wie geht es da zu? Ein junger Arbeiter, der den Schnaps noch gar nicht kennt, kommt hinein und sieht zu, wie die andern alle trinken, wie die Gläschen auf dem Tische stehen, und er hört die andern sagen, wie das Stärke und Wärme. Weil die andern trinken, trinkt er auch. Es würde ihm aber nie einfallen, eine ganze Flasche Schnaps zu kaufen und nach Hause zu nehmen. Er trinkt dann auch am zweiten, am dritten Tage mit, es wird ihm zur Gewohnheit, schließlich wird er ein Schnapser, das Trinken wird ihm zum Bedürfnis. Und er wird dann weiter trinken und andern das schlechte Beispiel geben, wenn er später vielleicht in eine andere Gemeinde kommt.

Wenn man nun sagt, daß da Brantwein-Reisende kommen und die Dörfer überlaufen werden, die das Gemeindebestimmungsrecht für sich eingeführt haben, so muß ich dem entgegenhalten, daß in einem solchen Dorfe diese Leute überhaupt nicht viel Geschäfte machen können. Und dann ist es auch nicht wahr, daß die Leute so leicht Schnaps kaufen würden, um Vorrat zu Hause zu haben. Das ist genau gleich wie auf der Straßenbahn. Ich wundere mich immer wieder, wieviele Arbeiter und Arbeiterfrauen kein grünes Abonnement lösen, wo eine Fahrt viel billiger zu stehen kommt. Sie bezahlen lieber 40 Rp. für die Hinfahrt und 40 Rp. zurück, statt ein Abonnement zu 4 Fr. zu kaufen, mit welchem die einzelne Fahrt nur 25 Rp. kostet. Sie scheuen eben die einmalige, für sie große Auslage von 4 Fr. So trinken Hunderte von Arbeitern ein Gläschen Schnaps für einen kleinen Betrag; sie würden aber niemals 5 oder 10 Fr. für eine ganze Flasche auslegen. — Es bleibt dabei, das Gemeindebestimmungsrecht ist ein Mittel, das sich nützlich erweisen kann.

In Amerika hat vor der Prohibition an vielen Orten das Gemeindebestimmungsrecht bestanden, und Smith, der Präsidentschaftskandidat, hätte nicht etwa die gesamte Alkoholgesetzgebung aufgehoben, sondern er wäre zum Gemeindebestimmungsrecht zurückgekehrt. In Kanada hatte man während der Kriege das Totalverbot. Es hat sich nicht bewährt. Ich kann hier bemerken, daß wir Blaukreuzler auch nicht für die Prohibition sind. So ist man also auch in Kanada zum Gemeindebestimmungsrecht zurückgekehrt. Auch in Norwegen hat man schlechte

Erfahrungen mit dem Gesamtbranntweinverbot gemacht. Was machte man dann? Man kehrte zum Gemeindebestimmungsrecht zurück. Wo sich das Gesamtverbot nicht bewährt, hat, da hat man nicht die sogenannte Verbotstaktik über Bord geworfen, sondern ist einfach zum Gemeindebestimmungsrecht zurückgegangen, das ein Gegensatz ist zum Verbot und das nicht mit dessen Gefahren verbunden ist, weil es nicht den Anreiz dazu bildet, das Gesetz in dem Maße zu umgehen, wie das bei einem Gesamtverbot der Fall wäre. Polen hat seit 1920 das Gemeindebestimmungsrecht. Bulgarien hat es seit 1922, 200 Gemeinden haben dort davon Gebrauch gemacht; Litauen hat es seit 1922, 20 Gemeinden haben Gebrauch gemacht. In Deutschland wogt ein großer Kampf für das Gemeindebestimmungsrecht, und wenn es nicht durchdringt, dann ist dort allerdings das Alkoholkapital schuld.

Wenn ich nun auch nicht der Meinung bin, daß es angeht, sich vor irgendeinen der das Gemeindebestimmungsrecht ablehnenden Herren hinzustellen und zu sagen: Du bist vom Alkoholkapital bestochen, so muß doch auf der andern Seite gesagt werden, daß wir eben alle unter dem Banne des Mammons stehen. Es ist doch nichts anderes als einfach die Sucht, Geld zu verdienen, warum wir hier nicht einsteigen. Das ist das einzige Hemmnis, bewußt oder unbewußt.

Ich stelle zum Schluß fest: Eine Gemeinde hat Schweres erlitten (**Präsident:** Ihre Zeit ist abgelaufen). Ich bin sofort fertig, der Schlußsatz ist immer gestattet. Sie haben mich gerade beim schönsten Schlußsatz überrascht (Heiterkeit.) jetzt muß ich ihn noch einmal anfangen. (**Präsident:** Aber nur eine Minute!) Gut. Eine Gemeinde ist in Not, es ist keine kantonale Gesetzgebung da. Die Gemeinde liegt vielleicht im Kanton Zürich, wo vor kurzem ein solches Gesetz, das unter anderem auch das Verbot des Morgenschnapses enthielt, gefallen ist, sodaß auf Jahre hinaus für uns keine Möglichkeit besteht, auf kantonalem Gebiet etwas in der Sache zu unternehmen, auch wenn das erwähnte Gesetz vielleicht nicht gefallen ist wegen des Verbotes des Morgenschnapses, sondern wegen anderer Bestimmungen; denn für die Abschaffung des Morgenschnapses wären manche Gemeinden wohl zu haben gewesen. Eine Gemeinde ist nun in Not. Wissen Sie, was das heißt? Ich als Arzt weiß es. Ich sehe die bleichen Gesichter der Kinder, ich sehe die verweinten Augen der Frauen, und ich sehe viele, die nun nach Bern schauen und nur die eine Bitte haben: Laßt einer Gemeinde die Möglichkeit, zu tun, was sie will, wenn sie sich gegen den Schnaps wehren möchte. Man kann ja, wenn 10 % der Stimmberechtigten es verlangen, das Verbot wieder abschaffen, wenn es sich nicht bewährt hat. Das ist eine ganz elastische Bestimmung, die, wie vorläufig die Mentalität bei uns ist, nur von wenig Gemeinden gebraucht werden wird. Wollen Sie nun dieser Gemeinde von Bundes wegen verbieten, von diesem Rechte Gebrauch zu machen? Wollen Sie ihr sagen: Du darfst dieses Mittel nicht probieren, du mußt weiter dulden, daß man in dem Wirtshaus, wo der und der zum Schnapser geworden ist, weiter trinken kann? Wenn Sie dieser Gemeinde die einzige Möglichkeit nehmen wollen, dann stimmen Sie gegen das Gemeindebestimmungsrecht. (Bravo.)

Präsident: Ich hoffe, daß die Ueberschreitung des Herrn Hoppeler kein Präjudiz für die kommenden Redner bilden werde.

M. Musy, conseiller fédéral: J'ai redouté cette discussion, non pas qu'elle doive démontrer que le Conseil fédéral a tort — j'ai la certitude qu'il a raison — mais parce que j'avais prévu que cette discussion, menée par certains orateurs sur un ton assez vif, pouvait avoir pour conséquence d'aggraver encore les difficultés considérables auxquelles se heurte la revision du régime de l'alcool.

Dans tous les Etats, on a voulu que l'eau de vie, ainsi que le tabac, apporte au fisc un appoint sérieux — M. le président de la commission vient de rappeler les paroles de M. Lloyd George à ce sujet.

Il est bien regrettable qu'on ait laissé passer toute cette période de la guerre, alors que chaque mois nous obligeait à consacrer plusieurs dizaines de millions à des dépenses extraordinaires qui enflaient le déficit de notre bilan sans rien demander à l'alcool ni au tabac. Je ne récrimine pas. Les regrets stériles ne servent à rien. Je veux simplement constater ce fait; il explique le mouvement d'impatience qui s'est dessiné dans les milieux où, depuis un demi siècle, on lutte avec courage, avec générosité, avec persévérance, contre l'abus des boissons distillées.

Les abstinents, incontestablement, ont le grand mérite d'avoir mené une lutte difficile dans des conditions particulièrement ingrates, sans autre préoccupation que celle d'être utiles à la collectivité. Et je dois tout de suite dire que je serais profondément navré si, dans les circonstances actuelles, alors que nous approchons du moment du vote définitif sur la revision totale, une collaboration unanime ne faisait pas triompher la réforme qui peut seule résoudre le problème dans son ensemble.

Les abstinents savent qu'ils ont dans la personne du chef du Département des finances, comme dans tout le Conseil fédéral, non point des adversaires, mais des amis. Je suis un admirateur de leur oeuvre et je les encourage à persévérer. Par conséquent, si aujourd'hui, je suis en désaccord avec eux, il n'y a sur le fond, sur le désir que nous avons les uns et les autres d'arriver à lutter contre ce grave danger de l'alcoolisme, aucune divergence entre nous.

A Zurich, il fallait concilier des intérêts extrêmement contradictoires. Il semblait à chaque instant, que cette conciliation que je cherchais à atteindre allait sombrer dans le plus complet désarroi. Si nous avons réussi à mettre les distillateurs d'accord sur un projet moyen avec les abstinents, les aubergistes avec les consommateurs, la petite distillerie à domicile avec la grande distillerie; si nous avons réussi à trouver un compromis, qui me semble être tout de même un sérieux progrès, je tiens à dire que nous le devons, dans une très grande mesure, à l'attitude clairvoyante et prudente de MM. Hercod et Oettli.

Permettez-moi de dire que si, à Zurich, M. Hercod et M. Oettli avaient tenu des discours comme un de ceux que j'ai entendus tout à l'heure ici, nous n'aurions pas abouti et, très probablement, cette oeuvre que nous voulons tous réaliser aurait été alors définitivement compromise.

Je reconnais, chez ceux avec lesquels je ne suis pas d'accord sur les modalités, un désir sincère de

lutter efficacement contre l'alcoolisme. Mais je réclame également du Conseil national et en particulier de M. Oprecht qu'ils reconnaissent que le Conseil fédéral, lui aussi, a été loyal dans cette question, et qu'il n'a rien cherché d'autre qu'une solution pratique permettant d'aboutir à une lutte efficace contre l'alcoolisme.

Qu'est-ce que l'option locale? On vous en a parlé très longuement hier, mais il me semble utile tout de même que nous relisions le texte de l'initiative:

« Les cantons et les communes sont autorisés à interdire sur leur territoire la fabrication et la vente des boissons distillées. »

On donnerait donc aux cantons la faculté d'interdire la fabrication et la vente des boissons distillées et les communes seraient mises au bénéfice de la même faculté. On a fait hier des rapprochements entre les régimes que l'on a instaurés dans les pays du nord. On a parlé du Danemark, de la Pologne, de l'Ecosse et de la Finlande. J'ai été très heureux d'entendre M. Hoppeler; au milieu d'autres déclarations qui m'ont beaucoup moins plu, il a rappelé que comparaison n'est pas raison. Il ne faut pas chercher ailleurs une institution et la transplanter intégralement chez nous. Il n'est pas du tout certain qu'elle aboutisse dans notre pays au même résultat.

Qu'a-t-on fait en Danemark? Car c'est en particulier l'exemple du Danemark et de l'Ecosse que l'on a invoqué pour demander au Conseil national de tenir compte des résultats auxquels a abouti l'option locale. En Danemark, la loi donne aux communes la faculté de réglementer la vente au détail des boissons distillées, et même de les prohiber. Quelle est notre situation en Suisse? L'art. 31 de la constitution et la loi fédérale sur l'alcool accordent aux cantons la faculté de réglementer la vente au détail des boissons distillées. Et l'on entend par vente au détail, toute vente d'une quantité inférieure à 40 litres. En ce qui concerne les auberges, le canton est souverain. Il ne peut pas aller, il est vrai, jusqu'à la prohibition complète, mais il peut limiter le nombre des débits; il peut encore dire, par exemple, que l'on ne pourra vendre du schnaps que deux ou trois jours par semaine. Dans certains cantons, on a interdit la vente du schnaps le dimanche. On l'a interdit aussi le matin. On a la faculté de dire, comme la loi fribourgeoise, qui est excellente, que l'on ne pourra pas vendre de schnaps dans des verres mesurant au delà d'un certain nombre de centimètres cubes. Si, entre l'option locale telle qu'elle est demandée par l'initiative et la loi fribourgeoise, il y a une différence: elle consiste en ce que dans le système de l'option locale qu'on nous propose, on peut aller jusqu'à l'interdiction complète, tandis que dans le canton de Fribourg on a réglementé la vente au détail des boissons distillées de telle sorte que le danger de la consommation abusive en a été très considérablement diminuée.

M. Hoppeler et avant lui, M. Oprecht, tous les deux Zurichois, devraient réfléchir à la possibilité, pour le canton qu'ils représentent ici, d'en réviser complètement, dans le cadre de la constitution, la loi cantonale réglementant la vente au détail des boissons distillées.

Vous vous plaignez de ce que la constitution n'est pas assez sévère. A tout le moins devriez-vous

veiller à ce que, dans toute la mesure des compétences laissées aux cantons, on fasse le nécessaire pour réduire la consommation abusive des boissons distillées.

Je constate que dans le canton de Zurich — je tire ces chiffres du rapport du Département des finances dudit canton pour l'année 1927 — à côté de ses 2919 auberges, on a autorisé encore 2105 petits débits à l'emporter. Pourquoi l'a-t-on fait? On avait pourtant la faculté de réduire tout cela. On aurait dû, puisque les compétences des cantons sont ainsi élargies, profiter de cette possibilité qui existe actuellement. Je ne fais pas de reproche au chef du Département cantonal zurichois des finances. Je veux même vous lire ce qu'il a écrit dans le rapport d'où je tire les chiffres que je viens de vous indiquer.

« Zu Ende des Jahres 1927 zählte man im ganzen Kanton 2105 Kleinverkaufsstellen für geistige Getränke; die Zunahme im Verlaufe des Jahres betrug 80. Leider bietet das geltende Wirtschaftsgesetz keine Handhabe, um die Zahl der Kleinverkaufsstellen einzuschränken, da die Bedürfnisklausel auf sie keine Anwendung findet. Obwohl die Patenttaxen für neu zu eröffnende Kleinverkaufsstellen eher etwas höher angesetzt werden als für die bereits bestehenden, ist mit einer weiteren Zunahme zu rechnen. »

M. Hoppeler et son collègue de Zurich auraient dû commencer par demander à leur canton d'utiliser les possibilités qui existent aujourd'hui déjà. Cela aurait donné aux hésitants plus de courage pour élargir le cadre des compétences cantonales.

C'est là une simple constatation que je fais; je sou mets cette observation à votre méditation. Une autre disposition de la loi fédérale prévoit que les fabricants, donc les distillateurs, n'ont la faculté de vendre que par quantités de 40 l et plus, à moins de demander une concession. La loi fédérale prévoit que le producteur de fruits dont la production d'eau de vie ne dépasse pas 40 l, peut vendre par quantités de 5 l à la fois.

Par conséquent, ne nous faisons pas d'illusions. Le côté psychologique du problème ne doit pas nous échapper. Rien ne sert de prévoir des dispositions légales si nous savons, par avance, que leur application sera inefficace.

Est-ce que cette option locale aurait vraiment les effets qu'on en attend; aboutirait-elle au résultat que l'on espère dans les milieux d'où est sortie l'initiative?

Je dois dire immédiatement à M. le conseiller national Hoppeler que si j'étais vraiment convaincu comme lui, que l'option locale doit aboutir à ce résultat, je la défendrais ici même avec lui. Mais c'est précisément parce que j'ai la certitude contraire que je ne le fais pas. Nos opinions ne divergent pas sur le but à atteindre, vers lequel tendent tous nos efforts. Elles divergent seulement sur le choix des moyens, sur le chemin à suivre pour y parvenir.

J'ai la certitude que l'option locale, telle que la désirent les initiants, dans le cadre de la formule dont je vous ai donné lecture, n'aboutira pas au résultat recherché.

On a déjà dit hier, dans des rapports excellents, que l'option locale avait eu des résultats intéressants dans des pays où la topographie n'était pas la même que dans le nôtre.

D'autre part, l'option locale ne peut pas être isolée des autres mesures prises en même temps qu'elle. En Danemark et en Ecosse, des mesures fiscales ont été prises en même temps que l'option locale. On ne peut donc pas savoir quelle part doit lui être attribuée dans les résultats obtenus.

En Ecosse, la taxe par litre d'alcool à 100 degrés est de 39 fr. Si vous prenez une boisson alcoolique à 40 degrés par exemple, vous devez chercher les $\frac{4}{10}$ de la taxe pour avoir celle qui est appliquée à un litre. Par exemple, un litre de cognac à 40 degrés payerait 16 fr. de taxe. Quelle serait la taxe appliquée chez nous? 50 centimes! Puis-je donc conclure que l'option locale pratiquée en Ecosse a eu pour effet d'aboutir à la diminution énorme constatée entre les chiffres d'il y a 20 ans et ceux d'aujourd'hui, alors que je sais que l'alcool est frappé de droits élevés? Une inconnue subsiste.

Nous faisons la même constatation en Danemark, où la consommation a été ramenée de 10 à 1 l. Dans ce pays, la taxe pour l'alcool à 100 degrés est de 17 fr. 50, ce qui donne 7 fr. pour un litre d'eau de vie à 40 degrés. Croyez-vous qu'une taxe de 7 fr. produise le même effet qu'une taxe de 50 centimes? En Danemark également, l'option locale a été introduite parallèlement au renchérissement de l'alcool. Dans quelle mesure faut-il attribuer à l'option locale ou au renchérissement de l'alcool la diminution de la consommation? Je ne saurais répondre.

Je dis à M. Hoppeler que nous ne croyons pas qu'en transférant chez nous l'option locale, nous aboutissions fatalement aux mêmes résultats qu'en Danemark on en Ecosse.

On a également attiré hier votre attention sur les conditions topographiques de la Suisse. Cela est clair. Dans maint pays, les communes sont en moyenne aussi grandes que nos petits cantons. Il est donc évident que dans les contrées d'une grande étendue, cette interdiction s'exerçant partout dans le même sens, peut avoir des résultats intéressants. Mais croyez-vous que chez nous, où les communes ont une superficie 30 ou 40 fois plus petite qu'ailleurs, nous aboutissions au même résultat?

En entendant, hier, l'honorable président de la commission parler de la surface moyenne en kilomètres carrés de nos communes, je me disais qu'il faudrait tout de même tenir compte du fait que le canton du Valais, l'Oberland bernois, le canton du Tessin, ajoutés au territoire des Grisons, comptent environ 500,000 habitants, bien que ces régions représentent à peu près la moitié de la superficie de notre pays. Par conséquent, la population groupée, massée, entassée coude à coude sur le reste du territoire, en particulier dans la plaine et le plateau, est très dense.

En dehors des considérations tirées de la surface en kilomètres carrés, il faudrait encore tenir compte du fait que la répartition de la population suisse se fait dans des conditions très inégales. Il faudrait déduire d'emblée la superficie de nos glaciers, de nos lacs, des terrains rocheux, des territoires alpestres inhabités, et calculer ensuite la répartition effective de la population.

Je voulais souligner par cette constatation l'importance de l'argumentation qui a été tirée des circonstances topographiques de notre pays.

A côté de la topographie nationale, il faut envisager les conditions économiques. On a dit: Oui, quand une commune aura interdit la distillation sur son territoire, ses habitants, producteurs de fruits, transporteront leurs déchets de fruits, dans la commune voisine pour les faire distiller. Je suppose cependant que la commune qui, en vertu de l'option locale, aura décrété l'interdiction de la distillation sur son territoire, n'aura pas les moyens d'empêcher la commune voisine d'en faire autant. Il n'est pas impossible qu'autour de la première commune qui aura décidé l'interdiction, les communes circonvoisines prennent la même décision. Donc, si toutes les communes édictaient cette interdiction, la conséquence inévitable serait que les paysans ne pourraient pas tirer parti de leurs fruits.

L'expérience de 1923 doit servir. Soyons sages et prudents. Je rappelle qu'en 1923, le Conseil national, unanime, moins une voix, et le Conseil des Etats, complètement unanime, s'étaient prononcés en faveur de la revision. Mais, au scrutin populaire, nous avons été battus par plus de 100,000 voix de majorité! Pourquoi? Parce que l'agriculteur, non sans quelque raison, s'est prononcé dans le sens négatif. Le projet que le Conseil fédéral a présenté, aux Chambres en 1919, n'était pas adéquat à la situation économique et agricole de la Suisse. Et j'ai déclaré, au début, au comité d'action, qui m'avait invité à assister à sa première réunion: Nous serons battus, cela ne fait pas de doute; mais la victoire finale vaut bien la peine de mener deux batailles.

En effet, à ce moment-là, j'étais sûr que les paysans voteraient contre une disposition qui ne tenait pas un compte suffisamment large de leur situation.

On a exposé, à l'occasion de la discussion sur la revision de l'article constitutionnel, que la Suisse produit 12,000 wagons de mauvais fruits, de déchets de fruits, qui, chaque année, doivent être distillés. 12,000 wagons — c'est la moyenne d'une dizaine d'années.

Est-ce que nous pouvons, au moment où nous discutons la question de l'option locale, de sa possibilité d'application en Suisse, ignorer cet état de choses, méconnaître les intérêts de ces agriculteurs, qui sont déjà dans une situation économique difficile? Ils ont besoin de tirer profit de tous les produits secondaires de leurs exploitations rurales. Devons-nous leur présenter une solution luttant contre l'alcoolisme et leur demander d'y adhérer, quand cette solution les empêche, en réalité, de tirer parti de ces déchets, qui représentent tout de même — le calcul en a été fait — un certain nombre de millions. Ce n'est pas énorme, mais lorsqu'une classe de la population souffre, lorsque au point de vue économique les autres catégories de citoyens, ceux de l'industrie, du commerce, de la banque, sont plus favorisés, pouvons-nous demander à la classe agricole, au moment où elle est plus éprouvée que toutes les autres — où peut-être, disons le mot, elle est la seule à souffrir au milieu d'un complexe économique florissant — pouvons-nous lui demander d'adhérer à une solution qui aggrave encore sa situation économique? Cela ne serait pas sage. Ce ne serait pas prudent. Ce manque de solidarité nous conduirait au devant d'un échec.

Telles sont les considérations sur lesquelles je voulais attirer votre attention. Je ne combats pas l'idée, je ne repousse pas la pensée, je ne contre-carre pas la tendance des abstinents. Je les remercie de lutter contre l'abus du schnaps. Mais je leur demande de ne pas le faire par des moyens que le peuple n'accepterait point.

Il y a d'autres considérations encore, sur lesquelles je ne veux pas insister plus longtemps.

Par l'option locale, a-t-on objecté, on n'interdit pas la consommation de l'eau de vie, on en interdit la distillation et la vente. Donc, les habitants d'une commune où serait appliqué le régime sec auraient toute faculté de recevoir par la poste, par chemin de fer, ou de se procurer directement dans la ville voisine, en dehors des limites de leur territoire communal de l'alcool pour leur consommation. Le paysan pourrait, de même, aller faire distiller ses produits dans la commune voisine qui n'aurait pas institué chez elle le régime sec et, distillation faite, en rapporter le produit chez lui, pour le consommer lui-même — et il ne le boira pas tout seul! Il n'est pas défendu, non plus, de donner du schnaps gratuitement à un voisin. Il n'y a que la vente qui soit interdite. Bref, vous voyez combien il serait difficile d'aboutir à un résultat positif à cet égard.

Il faut voir les choses comme elles sont. Je ne suis pas à la recherche d'une solution idéale au point de vue théorique, mais bien d'une solution pratique, acceptable par le peuple et réalisant quand même un progrès effectif.

Je ne voudrais pas manquer d'égards envers les cantons qui ont rejeté la solution présentée en 1923. Permettez-moi tout de même une considération qui me paraît décisive en faveur du point de vue du Conseil fédéral. Nous avons constaté qu'aucun des cantons acceptants n'avait plus de 14 alambics par 1000 habitants. Nous avons constaté également — et nous le savons — que les cantons où il y a plus de 14 alambics par 1000 habitants accusent une consommation d'alcool supérieure à celle des autres cantons où il y en a moins. Je constate également que la récolte des signatures en faveur de l'option locale a donné un minimum dans les cantons à forte proportion d'alambics. Certains d'entre eux n'ont donné que le 1 % de signataires. Par conséquent, si même le peuple suisse devait accepter le principe de l'option locale — l'argument a déjà été invoqué hier — croyez-vous que les communes qui en ont le plus grand besoin, celles, précisément, qui, dans la votation de 1923, ont repoussé la réglementation de la distillation par le 95, même le 97 %, des votants, croyez-vous que ces communes, qui n'ont pas eu le courage d'adhérer à la réglementation de la distillation, en 1923, auraient maintenant une majorité en faveur de la suppression de la distillation?

Cet argument me paraît décisif. Je crois donc que, si l'on introduisait l'option locale, ceux-là même qui en auraient le plus besoin n'en feraient aucun usage. Nous n'arriverions pas du tout au résultat vers lequel nous tendons.

Pour cette raison également, il y a lieu de croire que le Conseil fédéral a été bien inspiré en vous proposant d'écarter cette initiative, non pas par un geste de dédain à l'égard des abstinents, à l'adresse des milieux d'où a surgi l'idée de l'option locale, mais au contraire, intentionnellement, en leur mani-

festant notre sympathie sincère. Ils savent d'ailleurs qu'à répétées reprises, je les ai remerciés et que je compte sur eux, tout particulièrement sur leurs organes dirigeants, pour nous aider dans le travail qui nous reste à faire, afin d'atteindre cette fois, le résultat final: la réforme du régime des alcools. Ne nous faisons pas d'illusions au point de vue psychologique. Voyez-vous: Le peuple suisse (M. Gros-pierre: . . . aime boire.) a une passion de liberté qui, dans certains cas, est une difficulté d'ordre politique. Je crois que ceux qui essaieraient de l'arrêter commettraient un crime; je crois que ceux qui tenteraient de la diminuer commettraient une faute; mais il faut compter avec cela et je crois l'avoir déjà dit ici. En 1923, le 3 juin, lorsque la nouvelle du rejet de la revision du régime de l'alcool est parvenue dans certains villages, on a chanté le Cantique suisse, parce qu'on pensait que la liberté était sauvée une nouvelle fois.

Je vous dis cela pour que vous teniez compte de la situation psychologique; je l'ai déjà dit à l'occasion de la campagne faite. Nous n'étions pas nombreux, on n'était pas très populaires au cours des randonnées qu'on faisait et, dans certains milieux, nous recevions un accueil plutôt frais. J'ai rencontré aussi un habitant d'une vallée qui n'est pas très éloignée; je lui ai dit qu'on ne limitait pas la distillation dans son hameau, puisqu'il n'y avait pas d'alambics. Il m'a répondu: « Si, dans notre pays, nous ne pouvons plus distiller un litre de gentiane, ce n'est plus la peine d'être Suisses. »

C'est un peu extraordinaire évidemment d'entendre de telles paroles, qui ne peuvent manquer de produire une singulière impression sur un homme, tout à fait équilibré. Mais enfin, c'est comme cela; c'est avec cette psychologie que nous avons l'obligation de compter. L'option locale va jusqu'à la possibilité de l'interdiction; par conséquent c'est un commencement de prohibition.

Vous avez dit, Monsieur le président, une chose très vraie, lorsque vous déclariez qu'en Amérique, malgré les proportions que prenait parfois la fraude, la prohibition avait eu pour effet de réduire considérablement la consommation de l'alcool.

J'entends souvent dire que dans notre pays on boit actuellement autant d'absinthe que lorsqu'elle était autorisée. Evidemment, il y a beaucoup d'endroits où l'on n'observe pas la loi; mais je suis persuadé toutefois qu'on n'en consomme guère que le dixième de ce qui se buvait autrefois. Par conséquent, il y a là un résultat probant. L'interdiction américaine a pu se faire, parce que, dans ce pays, un très grand nombre de personnes n'avait pas l'habitude de boire. Il faut tenir compte de l'état de notre passion, disons-le hardiment; nous ne pouvons pas dans ce domaine proposer une solution extrême. Si les abstinents ont raison de demander à certaines personnes l'interdiction complète des boissons alcooliques, ils ne peuvent cependant pas le faire à l'égard de tout le monde. M'empêchez-vous de boire un verre de vin quand cela me fera plaisir, et, s'il plaît à M. Oprecht de circuler dans les rues de Berne sans chapeau, il ne peut pas cependant, nous demander, à vous ou à moi, d'aller nu-tête. (Rires.) Tenons compte de cette situation psychologique; elle est extrêmement importante. Je vous demande, par conséquent, tout en rendant hom-

mage à l'idée qui est à la base de ce mouvement en faveur de l'interdiction de la consommation du schnaps . . . (Präsident: Ich muß Herrn Bundesrat Musy aufmerksam machen, daß seine Redezeit abgelaufen ist. M. Musy: Noch 3 Minuten . . .) je vous demande de tenir compte de la situation topographique de notre pays, des conditions d'exploitation de nos vergers suisses, de la psychologie de notre peuple et du fait que nous sommes habitués à trop boire. Nous avons parlé du courage des Américains; l'un d'eux me disait un jour: « Chez nous, la prohibition est une conséquence de la guerre; on a dit au peuple américain: « Si tu veux remporter la victoire, il faut renoncer au schnaps! » On lui aurait demandé de renoncer au pain, qu'il l'aurait fait. » Dans un autre pays, par contre, on a voulu obtenir pendant la guerre de tous ceux qui distillaient, qu'ils remettent leurs alambics à l'administration des munitions au moment où l'on manquait de cuivre. Et bien! dans ce pays-là, on n'a pas agi comme en Amérique; les Américains ont eu le courage de le faire parce qu'ils buvaient peu, mais, dans le pays dont je parle, où l'on buvait beaucoup, comme chez nous, le paysan a donné son fils pour la guerre, mais il n'a pas voulu donner son alambic.

Il faut tenir compte de cette situation psychologique. Je voudrais, en terminant, vous demander de suivre le Conseil fédéral et d'adhérer à la proposition de rejet qu'il formule, tout en disant, encore une fois, que j'espère, malgré les sombres pronostics de M. Hoppeler, qu'après cette discussion un peu ennuyeuse et qui vous paraîtra peut-être un peu inopportune (j'aurais préféré qu'elle n'eût pas lieu), nous nous retrouverons tous ensemble autour du projet permettant à la fois d'augmenter le prix du schnaps, de diminuer la distillation et d'affecter une partie des produits de la distillation à un autre usage qu'à la consommation sous forme d'alcool. Il y aura là l'occasion de faire un très beau geste.

On dit quelquefois que notre démocratie se traîne misérablement dans les mêmes ornières, qu'elle n'a pas d'idées nouvelles, que les discussions se font à travers les colonnes d'un budget auquel, la discussion parlementaire m'en donne la preuve, presque personne ne s'intéresse plus. Eh bien, vous avez là un gros problème à résoudre. Vous avez eu bien raison de dire, Monsieur le rapporteur, que c'est un problème économique, politique et social, le plus grave peut-être qui ait été posé devant l'opinion publique. Je supplie par conséquent les abstinents, les auteurs de l'initiative, de ne pas nous tenir rigueur; vous voterez dans le sens d'une acceptation. Il ne faut pas nous en vouloir si nous proposons de rejeter l'initiative. Après cette escarmouche, nous nous retrouverons tous, dans un élan unanime, pour résoudre ce problème capital de la lutte contre l'alcoolisme, je veux dire la revision totale du régime de l'alcool.

Oldani: Als gestern Morgen der Präsident der Kommission seine Begründung begann, hätte man meinen können, er wäre für die Initiative. Die ganze Argumentation hat er in der Weise gestaltet, daß man ruhig hätte annehmen können, der Schlußeffekt wäre eine Bestätigung der Initiative. Er hat erklärt, man kenne das Schnapselend, man kenne die ruinösen Folgen dieses Schnapsgenusses auf die Volksgesundheit.

Wenn man diese Erkenntnis hat, dann ist die ganze Begründung, die er nachher gegeben hat, etwas unlogisch. Herr Dr. Hilty hat jedenfalls nicht aus prohibitionistischen Gründen seine Idee im Rate entwickelt; er hat nicht das Gemeindebestimmungsrecht gefordert, um eine Trockenlegung der Schweiz zu bezwecken, sondern seine Erkenntnis hat er aus seinem Beruf und in der Sorge um das Volk erhalten.

Wenn heute erklärt worden ist, die Kantone hätten es in der Hand, da und dort noch etwas zu tun, so kann ich Ihnen sagen, wie furchtbar schwierig das ist. Denn die gleichen Einflüsse, die gegen die Initiative sich geltend machen, haben wir auch in den Kantonen zu verspüren. Es ist die Macht des Alkoholkapitals, das jede Einschränkung von sich weist. Ich erinnere Sie daran, daß z. B. Bestrebungen für eine Einschränkung des Schnapsverkaufs über die Gasse erfolglos waren. Gerade als Sozialfürsorger habe ich die Ueberzeugung, wenn wir den Schnapsverkauf über die Gasse unterbinden könnten, dann hätten wir schon viel gewonnen.

Herr Dr. Zimmerli hat gesagt, daß man von der Sorge um den Bauer und Arbeiter geleitet sei, die da Schnaps trinken. Ich möchte das von uns weisen, daß nur Bauern und Arbeiter Schnaps trinken, und möchte Sie fragen: wer trinkt denn Senglet und Bols? Wer trinkt die ausländischen teuren Schnäpse? Wir wollen doch ruhig zugeben, daß der Alkoholismus eine Erscheinung ist, die nicht diese und nicht jene Volksklasse betrifft, sondern die durch das Volksganze hindurch geht, vom untersten bis zum obersten und umgekehrt.

In der Begründung, sowohl in der bundesrätlichen Botschaft, als durch den Mehrheitsreferenten, sind die guten Erfahrungen, die man im Ausland gemacht hat, in Zweifel gezogen worden. Aber die schlechten Erfahrungen, die hat man herangezogen und gegen die Initiative ins Feld geführt. Ich meine, da sollte man doch konsequent sein. Entweder sollte man eine solche Begründung auf der Seite lassen, oder dann sowohl das Gute als das Schlechte, das ein Gemeindebestimmungsrecht mit sich bringen kann, erwähnen. Es ist erklärt worden, daß in einem Lande, wo Obst- und Weinbau zu Hause sei, es nicht angehe, hineinzugreifen und den Schnaps derart einzuschränken. Herr Bundesrat Musy hat auch an die Volkssolidarität in diesem Zusammenhang erinnert. Unser Obst und unsere Trauben sind wahrhaftig zu etwas Besserem da, als daß man Schnaps brennt, und ich meine, unser Rat muß sich von der Mentalität befreien, daß man um diesen Preis des Schnapses unserer Landwirtschaft und unsern Weinbauern helfen wolle. Wir lehnen es ab, mit einer solchen Argumentation diesen Leuten zu helfen. Ich glaube denn doch, in einem Zeitalter, wo Bestrebungen im Gange sind für die alkoholfreie Verwertung nicht nur des Obstes, sondern auch der Trauben, kann man nicht kommen und sagen, es gehe um die Existenz dieser Leute. Wenn mit der gleichen Liebe und mit der gleichen Freude an der alkoholfreien Verwertung unserer Erzeugnisse geholfen würde, wie man hier die Interessen des Schnapses vertritt, dann wären wir schon bedeutend weiter und vielleicht mit der ganzen Alkoholgesetzrevision bereits über den Berg.

Wenn gesagt wird, die heutigen Einrichtungen

und Verhältnisse in der Schweiz in bezug auf die Grenzen, die Bevölkerungsdichtigkeit usw. ließen eine Handhabung der Initiative nicht zu, so erklären Sie damit: Weder unsere Gesetzgebung, noch die Polizei, noch die Gemeindebehörden oder die Kantonsregierungen wären in stande, dieses Verbot durchzuführen und zu handhaben. Damit stellen Sie nicht nur diesen Ordnungsorganen ein schlechtes Zeugnis aus, sondern Sie erklären rundweg: Unser Volk beugt sich nicht unter ein Verbot!

Man hat hier mit Entrüstung die Erklärung des Genossen Oprecht von der Hand gewiesen, daß das Alkoholkapital da hineinspiele. Wenn man aber die Wirkungen der Reklame kennt, wenn man weiß, wie gerade das Brauereikapital im heißen August dieses Jahres eine Broschüre ins Volk hinausgeworfen hat, so muß man sich schon fragen: Wo sind ähnliche Mittel vorhanden, die es gestatten würden, für die Initiative, für das Schnapsverbot zu wirken? Und wenn man hier in Zweifel zieht, daß das Alkoholkapital im Spiele sei, so will ich nur ein Beispiel anführen, nämlich, wie es im Kanton Basel-Stadt gegangen ist bei der Behandlung des Wirtschaftsgesetzes. Alle politischen Parteien, alle humanitären Organisationen, alle Abstinenter, sind für die Revision des baselstädtischen Wirtschaftsgesetzes eingetreten. Und doch ist das Gesetz zu Fall gekommen, nur durch die Wirkung der Mittel, die das Alkoholkapital, die das Brauerei- und Wirtkapital in den Kampf geworfen hat.

Sie ersuchen die Abstinenter in der Botschaft, am Revisionswerk mitzuhelfen. Sie erklären, wenn die Initiative abgelehnt wird, werde das um so leichter gehen usw. Ich bestreite das, und ich kann schon sagen, wenn die Bestrebungen der Abstinenter und der humanitären Organisationen in dieser Art und Weise behandelt werden wie in der Botschaft des Bundesrates und in der Begründung des Kommissionsreferenten, dann dürfen Sie nicht erwarten, daß die anderen für Ihre Bestrebungen zu haben sind.

Es wird hier immer mit der Freiheit argumentiert; es gehe um ein Stück Freiheit. Diese Freiheit ist aber in Wahrheit eine Gefangenschaft, eine Freiheit, die dem einen Profit bringt, dem andern aber Elend. Das ist keine wahre Freiheit, das ist Anarchie, das ist Unordnung.

Ich meine deshalb, daß wir mit den Ausdrücken etwas vorsichtiger umgehen sollten. Ich könnte mir in unserer Demokratie keine schönere Freiheit denken als die Freiheit, die die Initiative begehrt, nämlich, daß das Volk in seiner kleinsten Organisationsform, in der Gemeinde, sagen kann, was es für gut hält und was nicht. Deshalb empfehle ich den Räten die Annahme der Initiative.

Tschumi: Ich werde Sie nicht lange aufhalten; aber es liegt mir daran, meine Stellung zu dieser immerhin nicht unwichtigen Frage bekanntzugeben. Ich bin gegen die Initiative, nicht deshalb, weil ich nicht davon überzeugt wäre, daß die Eindämmung des Branntweingenusses ein verdienstliches Bestreben sei. Ich begrüße im Gegenteil alle Mittel, die diesem Zwecke dienen können; aber diese Initiative wird das nicht tun. Sie ist ungeschickt abgefaßt, und sie wird selbst im Falle ihrer Annahme das nicht leisten können, was sich ihre Befürworter

von ihr versprechen. An dieser unumstößlichen Tatsache wird selbst die burschikose Redegymnastik eines Kollegen Hoppeler nichts ändern. Sie werden mit Verboten nichts erreichen, namentlich nicht wenn es Halbverbote sind, wie es hier der Fall ist. Man hat in Amerika den Alkoholgenuß verboten. Ich habe hier einen Bericht, wie es in der Stadt New York zugeht. Dort liest man am Morgen die Toten zusammen, die die Nacht über auf den Straßen verschieden sind. «Neun dieser 44 Toten sind dem Alkoholteufel zum Opfer gefallen. Für den Genuß von giftigem Schnaps, den sie sich durch Alkoholschmuggler besorgen ließen und der stündlich in jeder der mehr als 100 geheimen Budiken zum Ausschank gelangt, haben sie ihr Leben dahingeben müssen.» Darin enthalten ist nur ein Teil der riesigen Menschenopfer, welche der Alkohol in Gestalt giftigen Fusels in den Vereinigten Staaten täglich fordert. Sind doch in New York allein während der letzten zwei Monate mehr als 50 Menschen an der Alkoholvergiftung gestorben.

Fahren Sie mit Verboten in der Schweiz d'rein, und Sie werden die gleichen Erfahrungen machen müssen. Ich lehne es ab, der Heuchelei Vorschub zu leisten. Wenn man etwas gegen den Schnaps vorkehren will, darf es nicht durch eine Halbheit geschehen, wie sie die Initiative darstellt, sondern es muß ein radikales Mittel, eine richtige Alkoholgesetzgebung, dafür gefunden werden. Indem die Initiative das gemeindeweise Verbot vorsieht, wird sie eben nicht leisten, wie bereits betont, was man sich von ihr verspricht. Aus diesem Grunde, und um nicht falsche Hoffnungen zu erwecken, stimme ich gegen die Initiative.

Hoppeler: Nur eine kurze Entgegnung auf die Ausführungen des Herrn Bundesrat Musy und das gewaltige Argument des Herrn Nationalrates Tschumi. Ich kann ganz kurz sein. Ich habe mir sämtliche Argumente des Herrn Bundesrates Musy notiert.

Erstes Argument: Die Kantone nützen die Möglichkeiten nicht aus, die ihnen gegeben sind! Das ist ja eben die Sache. Geradeso wie hier in diesem Saale verhält es sich auch im Kantonsratssaale von Zürich. Weil man auf dem Boden des Kantons nichts machen kann, darum kommt man eben auf den Gedanken, es auf dem Boden der Gemeinde zu probieren. Wissen Sie, daß, wenn einer an Blutvergiftung stirbt, es daher kommt, weil ein einziger Bazillus eingedrungen ist? Aber der Bazillus vermehrt sich eben und bringt das Leben zu Ende. Wenn wir eine einzige Gemeinde im Kanton Zürich hätten, und ich glaube, daß wir unter den 100 Gemeinden doch eine fänden, die das fertig bringt — ich darf das ruhig sagen, obwohl Sie das Gegenteil behaupten — dann könnte man sehen, wie sich die Maßnahme bewährt, und ihr Beispiel würde ansteckend wirken und Schule machen. Man sagt doch sonst: «Probiere geht über studiere.» Sie geben uns aber nicht einmal die Möglichkeit, einen Probelätz zu machen. Weil die Kantone so gebunden sind, darum wollen wir es eben in den Gemeinden versuchen. In Dänemark haben sie es versucht, und es ist gelungen.

Zweites Argument des Herrn Bundesrates Musy: Dänemark, Schottland usw. Herr Bundesrat Musy sagt: Wir können nicht untersuchen, welch ein

Prozentsatz derjenigen Ursachen, welche in diesen Ländern den Rückgang des Alkoholkonsums bewirkt haben, auf das Gemeindebestimmungsrecht entfällt. Einverstanden, Herr Bundesrat, das können wir nicht wissen. Aber das ist sicher, in Dänemark und Schottland steht es heute viel besser als früher. Eine Reihe Faktoren staatlicher Maßnahmen sind der Grund davon, und unter diesen Maßnahmen befindet sich das Gemeindebestimmungsrecht immerhin, ob es nun zu 10 % oder zu 90 % geholfen hat, ist gleichgültig. Ich sage ja auch nicht, daß dort die staatlichen Maßnahmen allein Wirkung gehabt haben, sondern es waren vielleicht auch, wie Herr Dr. Zimmerli gesagt hat, kulturelle Fortschritte und ähnliche Faktoren mitwirkend.

Dritter Grund des Herrn Bundesrates Musy: Der Bauer muß seine Obstabfälle verwerten können. Selbstverständlich. Aber Herr Bundesrat Musy hat gleich nachher gesagt, daß in den Gemeinden, wo auf 1000 Einwohner mehr als 14 Brennähfen fallen, im Jahre 1923 das Gesetz über die Alkoholrevision verworfen worden ist. In den Dörfern, wo der Brennähfen eine Rolle spielt, würde demnach das Gemeindebestimmungsrecht niemals angenommen. Ist es aber recht, wenn die Bauern deshalb, weil ihnen die Sache nicht sympathisch ist und bei ihnen nicht viel helfen würde, weil man in ihren Gemeinden auch ohne Wirtshaus genug Schnaps bekommt, uns im Kanton Zürich hindern, das zu tun, was einer industriellen Gemeinde eine starke Hilfe sein könnte?

Vierter Grund des Herrn Bundesrates Musy: Man darf ins Dorf Schnaps einführen und auch verschenken. Ja, Herr Bundesrat Musy, wenn Sie das nicht verhindern können, dann können Sie auch nach der Revision des Alkoholgesetzes den Schleichhandel nicht verhindern; denn auch dann sind wir auf Polizisten, auf Kontrolle angewiesen. Diese Gefahr wird nach Revision der eidgenössischen Alkoholgesetzgebung bestehen, und wenn Sie eine solche Gefahr fürchten für die Gemeinden mit Gemeindebestimmungsrecht, dann dürfen Sie auch nicht für den neuen Alkoholartikel in der Verfassung eintreten.

Endlich ist gesagt worden, die Initiative sei ein Anfang der Prohibition. Wenn dieser Grund für uns maßgebend wäre, dann müßten Sie, sofern Sie gegen das Frauenstimmrecht sind, auch verhindern, daß eine Frau zu einer Expertenkommission zugezogen wird, denn das wäre der Anfang vom Frauenstimmrecht. Dann könnten Sie auch niemals erlauben, daß bei einer Pfarrwahl Frauen tätig sind; denn das wäre der Anfang vom Frauenstimmrecht. Dann könnten wir aber in der Schweiz niemals einen Fortschritt realisieren. Wenn Herr Bundesrat Musy übrigens hingewiesen hat auf die Möglichkeit, den Morgenschnaps und den Sonntagschnaps zu verbieten, ja, dann könnten die Kantone auch kommen und sagen: Halt, das ist der Anfang der Prohibition. Zuerst verbietet man den Schnaps um 9 Uhr morgens, dann um 11 Uhr, dann den ganzen Tag, und dann ist sie da, die Prohibition. Man haut eben der Katze den Schwanz in Stücklein ab.

Nun kommt noch Herr Kollega Tschumi. Sehr verehrter Herr Kollega Tschumi, Sie haben uns erzählt, daß, wenn in New York die Straßenwischer am Morgen ihre Pflicht tun, sie die Toten nur so zusammenwischen. So hätte man wenigstens nach

Ihren Ausführungen annehmen können. Ich will aber sagen: Sogar das wäre kein Grund gegen die Prohibition; denn wenn man nachweisen könnte — ich kann es ja nicht —, daß die Zahl der vor der Prohibition jeden Tag infolge Alkoholismus Gestorbenen noch viel größer war als diejenige, die in New York jeden Morgen auf dem Boden liegt, so wäre die Prohibition halt doch eine Wohltat. Halten Sie die Amerikaner als Volk für so unglaublich wenig intelligent und so unglaublich wenig einsichtig, daß wir ein Recht hätten, über die Prohibition in dieser Art und Weise zu lachen? Das halte ich für einen überheblichen Standpunkt. Ich habe aber schon gesagt, daß ich gar nicht für die Prohibition bin. Bringen Sie eine Initiative für Prohibition und ich werde sofort mit aller Macht dagegen arbeiten. Eine Trockenlegung wird es in der Schweiz nie geben, jedenfalls nicht in der nächsten Zeit — was in 100 Jahren vielleicht einmal geschieht, wissen wir ja nicht. Ich stehe auf dem Boden der Freiheit und will nicht, daß alles und jedes verboten werde. Ich glaube, daß die Prohibition in der Schweiz niemals kommen wird. Also lassen wir das. Weil ich nicht für die Prohibition bin, bin ich eben für das Gemeindebestimmungsrecht. Weil ich nicht will, daß man für die ganze Schweiz ein Gesetz einführt, das doch nicht gehalten wird, so meine ich, man solle es in den einzelnen Gemeinden versuchen.

Nun sagt Herr Tschumi, er sei nicht für eine Halbheit, sondern nur für etwas Ganzes. Wenn man einmal etwas tun wolle, so müsse man etwas Ganzes tun. Zuerst fährt man über die Amerikaner her, weil sie etwas Radikales getan haben, und lacht sie aus. Und nachher, wenn für die Schweiz ein bescheidenes Kampfmittel vorgeschlagen wird, ist das auch nicht recht! Entweder etwas Radikales oder gar nichts. Das ist eine wunderbare Logik, der ich nicht folgen kann.

Herr Bundesrat Musy hat gesagt, unser Volk trinke zu viel. Ja gewiß, unser Volk trinkt zu viel. In diesen Debatten hat man vielleicht noch nicht genügend den Unterschied zwischen dem Konsum von Wein, Bier und Most auf der einen Seite und dem Schnapskonsum auf der andern Seite hervorgehoben. Ich wiederhole, was ich hier des öfters gesagt habe: Eine Flüssigkeit, die 50 und mehr Prozent Alkohol enthält, ist als menschliches Getränk nicht geeignet. Sie ist im höchsten Grade ungesund. Wenn wir es nicht selber dazu bringen, das persönliche Beispiel zu geben und auf dieses elende Gesüß, das der Schnaps ist, auf dieses Getränk, das uns im Schweizerland viele Menschen vergiftet, zu verzichten, so sollten wir doch wenigstens, wenn eine Gemeinde gegen den Schnaps vorgehen möchte, ihr dann nicht im Wege stehen! Warum wollen Sie einer Gemeinde im Wege stehen, wenn Sie es mit dem Schnapsverbot probieren will, und dabei die Möglichkeit hat, nach ein oder zwei Jahren wieder darüber abzustimmen, und wenn die Regelung nicht paßt, sie wieder abzuschaffen? Wir trinken zu viel in der Schweiz, und weil wir besonders zu viel Schnaps trinken, glaube ich, daß wir nichts unversucht lassen sollten, den Schnapskonsum zu verhindern. Wir dürfen ein Mittel, das sich in vielen Fällen bewährt hat, und wenn es nur zwei Gemeinden helfen würde in der ganzen Schweiz, nicht außer acht lassen. Ich

möchte es nicht verantworten, daß man diese kleine Hilfe unversucht läßt.

Sie fürchten, die Alkoholrevision könnte gefährdet sein. Nachdem die Sache zur Diskussion steht, ist es am besten, daß wir uns zu der Initiative verhalten, wie es die Initianten vorschlagen, damit wir wenigstens etwas haben, wenn die Alkoholrevision nicht kommen sollte. Ich frage Sie, was würden Sie tun, wenn die Alkoholrevision hinter uns läge? Mich würde wundernehmen, was manche von Ihnen dann für eine Einrede gegen das Gemeindebestimmungsrecht hätten. Bis jetzt ist kein einziger triftiger Grund gegen das Gemeindebestimmungsrecht vorgebracht worden, auch von bundesrätlicher Seite aus nicht. Man hat nur betont, die Initiative bringe nicht das Resultat, das wir erwarten. Aber wenn nur etwas daraus resultiert, sind wir schon zufrieden. Das ist in einer so ernsten Sache kein Grund, dagegen zu sein. In der Schweiz wird zu viel getrunken, und darum sollten wir nichts unversucht lassen, um die Situation zu bessern.

Wenn die Alkoholgesetzrevision kommt, kann Herr Bundesrat Musy sicher sein, daß wir Abstinente, wenn die Vorlage so ausfällt, daß wir sie einigermaßen mit gutem Gewissen unterstützen können, ob die Initiative steht oder fällt, mithelfen. Ich fürchte aber, daß viele Freunde der Volkswohlfahrt den Eindruck haben werden, der Bund gehe so vor, daß er für die Schnapsbekämpfung mit großem Eifer eintrete, wenn sie zugleich Geld einbringe; wenn aber eine Vorlage zur Diskussion stehe, die nicht gleichzeitig Geld einbringt, sondern die da und dort ein kleines Opfer verlangt, dann sei man dagegen. Die lieben Bauern sind am Bauerntag zu vielen Tausenden auf den Bundesplatz zur Demonstration gekommen: Bund, hilf! Wenn der Bund Geld gibt, wenn er Hypotheken bezahlt, dann, Bund, bist du mir lieb, wenn aber der Staat und die Allgemeinheit kommen und möchten ein kleines Opfer haben, und wäre es auch nur, daß Ihr nicht Nein sagt, wenn vom Schnaps bedrängte Gemeinden das Gemeindebestimmungsrecht wollen, dann heißt es: Nein, nein, der Staat soll nicht überall dreinreden, wir wollen die persönliche Freiheit. Ist das persönliche Freiheit und Gewerbefreiheit, wenn man sich vom Staate seine Schulden bezahlen läßt? Aber dieser selbe Staat, der die Schulden bezahlen muß, der in der Not helfen soll, soll nicht verlangen dürfen, daß man sich ein Opfer auferlege um andern Volksgenossen zu helfen? Hier sehen wir denselben Mammonsgeist, wie er bei der Spielbankinitiative zutage getreten ist. Wenn der hochverehrte Kollege Herr Tschumi diesen Standpunkt vertrat, so muß ich ihm schon sagen, er hat zwar wenig gesagt, aber er hätte sich das Wenige sparen können, denn jedermann hat gewußt, daß er mit ganzem Herzen gegen alle Verbote und Einschränkungen auf dem Gebiete des Genußlebens ist; ob dabei Menschen und Seelen zugrunde gehen, spielt keine Rolle. In Zürich wird wieder ein Kino eröffnet; die Mütter weinen, die Erzieher klagen, aber die Bundesversammlung hat keinen Sinn und kein Verständnis für solche Not. (Beifall.) Ihr Motto heißt: Hoch die Gewerbefreiheit; baut Kinos, trinkt Schnaps! Geld, du bist mir lieb, mögen auch Gesundheit und Seele darob zugrunde gehen!

Zimmerli, Berichterstatter der Mehrheit: Wenn ich mir noch ein paar wenige Bemerkungen gestatten möchte, so tue ich das zunächst, um die Unterstellung zurückzuweisen, die gestern von Herrn Oprecht und heute von anderer Seite gemacht worden ist, daß die Gegner der Initiative über den Ernst des Alkoholproblems, über die Schwere der Schnapsnot sich weniger klar seien als die Freunde und daß ihnen die Bekämpfung des Uebels weniger Herzenssache sei.

Wenn wir die Initiative bekämpfen, so darum, weil sie ein untaugliches Mittel ist im Kampf gegen den Alkoholismus. Herr Oprecht hat heute morgen mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, daß man bei diesem Initiativartikel nicht ein Verbot des Genusses, sondern lediglich ein Verbot der Fabrikation und des Handels vorsehe. Worauf kommt es denn an? Auf den Handel und auf die Fabrikation oder auf den Genuß? Die Regelung, die den Bezug und den Genuß gestattet, ist ein untaugliches Mittel im Kampf gegen den Alkoholismus.

Herr Hoppeler erwartet von der Einführung der Lokaloption eine Belebung des Interesses an der Alkoholfrage. Er findet, es sei recht, wenn etwas Leben in die Bude komme. Daran würde es allerdings nicht fehlen. Wir hätten den Kampf um das Prinzip der Totalprohibition, die in der Entwicklungslinie der Lokaloption liegt, in Permanenz, einen ständigen leidenschaftlichen Streit der Meinungen, der die Widerstände gegen eine wirksame Alkoholreform versteifen würde.

Die Initianten haben sich in den Erläuterungen zur Initiative, die von der Geschäftsstelle für die Branntweininitiative herausgegeben worden sind, und in der Antwort auf die Botschaft des Bundesrates mit allem Nachdruck auf die in Finnland, Norwegen, Schottland und Dänemark gemachten Erfahrungen berufen. Heute wird daraus sehr wenig mehr gemacht. Ich meine, einiges Interesse hat es doch, zu wissen, wie die Sache sich in diesen Ländern bewährte. Ich bin der Frage sehr sorgfältig und gewissenhaft nachgegangen und habe mich dabei ausschließlich auf alkoholgegnerische Literatur gestützt. Ich fand, daß in den zwei Ländern mit Lokaloption, in Dänemark und Schottland, diese Lokaloption am Erfolg im Kampfe gegen den Alkoholismus bedeutungslos ist. In Dänemark ist die Lokaloption übrigens nichts anderes als die Anwendung der Bedürfnisklausel. In Schottland wie in Dänemark ist der Alkoholismus nicht durch die Lokaloption, sondern durch die starke fiskalische Belastung zurückgedrängt worden. In den beiden andern Ländern, wo die Lokaloption zur Totalprohibition geführt hat, haben wir ein vollständiges Fiasko der Alkoholgesetzgebung, eine starke Zunahme des Alkoholmißbrauchs.

Herr Oprecht hat die Leichtfertigkeit begangen, die bereits vom Herrn Präsidenten zurückgewiesen worden ist, dem Bundesrat zu unterstellen, er habe sich bei seiner Stellungnahme von Rücksichten auf Alkoholinteressenten leiten lassen. Mir gegenüber war er etwas gnädiger. Er hat mir die « bona fides » zugebilligt, aber objektiv, hat er gemeint, hätte ich die Interessen des Alkoholkapitals vertreten. Nein, objektiv habe ich das auch nicht getan, denn nach meiner Ueberzeugung würde die Lokaloption so, wie sie vorgesehen ist, gerade die Verwirklichung alkoholgegnerischer Maßnahmen überhaupt erschwe-

ren und so schließlich und auf die Dauer den Interessen des Alkoholkapitals förderlich sein.

Nun möchte ich noch einige Worte zur Frage der persönlichen Freiheit und der demokratischen Volksrechte sagen. Im Kommentar der Initianten zur Initiative heißt es: « Es handelt sich um einen gewaltigen Fortschritt im Ausbau unserer Demokratie und eine herrliche Erweiterung unserer Volksrechte. Man vergegenwärtige sich nur die Schmach für die Schweiz, wenn die Initiative verworfen würde! » Die Initianten scheinen anzunehmen, daß jede Ausdehnung der Volkrechte an sich vernünftig und wünschbar sei. Diese Auffassung beruht meines Erachtens auf einer Ueberspannung des Begriffes der Demokratie. Neben dem Recht der Mehrheit, das in der Staatsgewalt verkörpert wird, haben wir das Recht der Persönlichkeit; und nach unserer modernen demokratischen Staatsauffassung ist das Recht der Persönlichkeit das Primäre. Diese Staatsauffassung steht im Gegensatz zur Staatsauffassung der alten griechischen Demokratie, der griechischen Stadtstaaten, in denen der Staat alles und der Einzelne nichts war. Es war eine Staatsauffassung, die zu einer richtigen Staatsknechtschaft des Individuums geführt hat. Nietzsche hat dafür das Wort « Staatsnarrentum » geprägt. An diesem Staatsnarrentum ist die griechische Demokratie zugrunde gegangen. Nach unserer Staatsauffassung rechtfertigt sich eine Einschränkung der persönlichen Freiheit nur dann, wenn das öffentliche Wohl es erfordert. Und nun stehen wir vor der entscheidenden Frage: Ist die Einführung der Lokaloption ein Gebot der öffentlichen Wohlfahrt? Ich glaube, wir haben dargetan, daß sie das nicht ist; und weil sie es nicht ist, ist die Ablehnung der Initiative keine Schmach, sondern ein Akt vernünftiger Staatspolitik, und zwar vernünftiger demokratischer Staatspolitik.

Oprecht: Der Herr Kommissionspräsident hat erklärt, daß ich leichtfertig die Behauptung aufgestellt hätte, der Bundesrat habe sich in seiner Stellungnahme von den Interessen des Alkoholkapitals leiten lassen. Ich stelle dazu lediglich fest, daß Herr Bundesrat Musy gegenüber einem meiner Fraktionskollegen erklärte, er (Bundesrat Musy) müsse in seiner Stellungnahme auch die Interessen der Herren Wirte berücksichtigen.

Höppli: Ich beantrage Vornahme der Abstimmung unter Namensaufruf.

Präsident: Herr Höppli beantragt Vornahme der Abstimmung unter Namensaufruf. Nach Reglement muß das Verlangen von 30 Mitgliedern gestellt werden.

Ich frage an, ob das Begehren von der nötigen Zahl von Mitgliedern unterstützt wird. — Es ist der Fall.

Abstimmung. — *Vote.*

Mit Ja, d. h. für Annahme des Mehrheitsantrages, stimmen die HH.:

Votent oui, c'est-à-dire acceptent la proposition de la majorité de la commission, MM.:

ab Yberg, Ast, Balmer, Baumann-Schafisheim, Baumberger, Benninger, Bertschinger, Billieux, von Blarer, Bolle, Boschung, Bossi, Brügger, Bujard, Burri, Carnat, Calame, Crittin, Dähler, Eggspühler,

Eisenhut, Escher, Favarger, Fazan, Foppa, Fricker, Gabathuler, Gafner, Germanier, Gelpke, Gnägi, Gottret, Graf, Grünenfelder, Guntli, Hadorn, Häfliger, Hardmeier, Heller, Hofstetter, Hunziker, Jeker, Jenny-Ennenda, Jenny-Worblaufen, Joß, Keller, König, Kuntschen, Logoz, Lusser, Mächler, Mäder, Maillefer, von Matt, Mayor, Meili, Mermod, Meuli, Meyer-Zug, Micheli, Miescher, Minger, Morard, Moser-Luzern, Moser-Schaffhausen, Müller-Romoos, Müller-Schmerikon, de Muralt, Nietlispach, Odermatt, Odinga, Oehninger, Olgiati, Paschoud, Perrier, Petrig, Pfister-St. Gallen, Pfister-Frauenfeld, Pitton, Polar, Rais, Rusca-Chiasso, Rusca-Locarno, Sandoz, Schär, Schirmer, Schmid-Zürich, Schüpbach, Seiler, Siegenhaller, Stähli-Bern, Stähli-Siebnen, Steiner, Sträuli-Winterthur, von Streng, Stuber, Sulzer, Tarchini, Torche, Troillet, Tschudy, Tschumi, Ullmann, Vonmoos, Waldvogel, Walter-Olten, Weber-Grasswil, von Weber, Weisflog, Winiker, Wulliamoz, Wunderli, Z'graggen, Zimmerli, Zschokke. (115.)

Mit Nein, d. h. für Ablehnung des Bundesbeschlusses, stimmen die HH.:

Votent non, c'est-à-dire rejettent l'arrêté fédéral, MM.:

Affolter, von Arx, Biroll, Bratschi, Briner, Bringolf, Canova, Dicker, Eugster, Eymann, Fenk, Frank, Gadiant, Gasser, GrosPierre, Hauser, Hoppeler, Höppli, Huber, Huggler, Ilg, Jobin, Kägi, Keel, Killer, Leuenberger, Masson, Mercier, Müller-Biel, Müller-Großhöchstetten, Müri, Nicole, Nobs, Oldani, Oprecht, Perret, Perrin, Pfister-Winterthur, Rosselet, Roth-Interlaken, Roth-Arbon, Scherrer, Schmid-Oberentfelden, Schmid-Olten, Schmidlin, Schneeberger, Schneider, Surbeck, Wagner, Weber-Kempton, Welti-Rheinfelden, Welti-Basel, Wirz. (53.)

Abwesend sind die HH.:

Sont absents MM.:

Abt, Baumann-Rüti, Borella, Cailler, Censi, Ceppi, Chamorel, Dollfus, Eigenmann, Farbstein, Golay, Graber, Grimm, Groß, Jäggi, Klöti, Lachenal, Maunoir, Meyer-Zürich, Moser-Hitzkirch, Rochaix, Roulet, Spychiger, Streuli-Horgen, Vallotton, Weibel, Widmer. (27.)

Herr Walther-Luzern, als Präsident, stimmt nicht.

M. Walther-Lucerne, président, ne prend pas part au vote. (1.)

Der Stimme enthalten sich HH.:

S'abstiennent MM.:

Duft, Schmutz. (2.)

An den Ständerat.)
(Au Conseil des Etats.)

2344. Straßenverkehr. Bericht über das Volksbegehren.

Circulation routière. Initiative populaire.

Bericht und Beschlusentwurf vom 21. August 1928 (Bundesblatt II, 420). — Rapport et projet d'arrêté du 21 août 1928 (Feuille fédérale II, 440).

Beschluß des Ständerates vom 6. Dezember 1928.

Décision du Conseil des Etats du 6 décembre 1928.

Antrag der Kommission.

Eintreten, Zustimmung zum Beschluß des Ständerates und Zustimmung zu folgender

Motion:

Der Bundesrat wird eingeladen, auf der Grundlage des Art. 37bis der Bundesverfassung einen Gesetzesentwurf vorzulegen, welcher die Verkehrsregelung auf alle Straßenbenützer erstreckt, in dem Umfange, als ein Zusammenhang mit der Straßenbenützung durch Automobile und Fahrräder besteht.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles, adhérer à la décision du Conseil des Etats et adopter la

motion

suivante:

Le Conseil fédéral est invité à présenter sur la base de l'art. 37bis de la Constitution fédérale un projet de loi étendant la réglementation de la circulation à tous les usagers de la route dans la mesure où la circulation de ces derniers est en rapport avec celle des automobiles et des cycles.

Berichterstattung. — Rapport général.

M. Calame, rapporteur: A la date du 10 février 1926, les deux Conseils de l'Assemblée fédérale ont adopté une loi fédérale sur la circulation des automobiles et des cycles, élaborée en application de l'art. 37bis de la Constitution. La loi se heurta au referendum; elle souleva l'opposition particulièrement de quelques puissantes organisations d'automobilistes et de cyclistes. Nous n'avons pas à rechercher ici et à discuter les mobiles des promoteurs du referendum; nous constatons simplement que la Ligue pour la circulation routière, qui prit la tête et la direction du mouvement, prétendit tout en même temps donner à la Confédération des compétences plus étendues que celles découlant de l'art. 37bis de la Constitution; elle jugeait la loi insuffisante et rêvait d'un code de la route réglementant sur le terrain fédéral la pleine législation sur la circulation routière en Suisse.

Rien n'autorise à soupçonner la pureté des intentions de la Ligue pour la circulation routière qui, pour affirmer son but, ne se contenta pas de mener le combat contre la loi sur la circulation des automobiles et des cycles mais proposa, par la voie de l'initiative populaire, la revision de l'art. 37bis de la Constitution, à l'effet d'étendre les limites trop étroites dans lesquelles il enferme les pouvoirs de la Confédération.

Branntweinverbot. Bericht über das Volksbegehren.

Interdiction des boissons distillées. Rapport sur l'initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2264
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.12.1928
Date	
Data	
Seite	1030-1048
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 505

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin sténographique de l'Assemblée fédérale

Frühjahrs-Session — 1929 — Session du printemps

2. Tagung der 28. Amtsdauer — 2^{me} session de la 28^e législature

Bezugspreis: In der Schweiz jährlich 12 Fr., die Postgebühr eingerechnet; im übrigen Postvereinsgebiet 16 Fr.
Bezug ausschliesslich durch die Expedition Buchdruckerei Fritz Pochon-Jent, in Bern.

Abonnements: Un an: Suisse 12 frs., port compris. Union postale 16 frs.

On s'abonne exclusivement auprès de l'office expéditeur, l'imprimerie Fritz Pochon-Jent, à Berne.

Vormittagssitzung vom 5. März 1929.
Séance du matin du 5 mars 1929.

Vorsitz — Présidence: Hr. Wettstein.

2264. Branntweinverbot. Bericht über das Volksbegehren.

Interdiction des boissons distillées. Rapport sur l'initiative populaire.

Bericht des Bundesrates vom 5. Dezember 1927 (Bundesblatt II, 591). — Rapport du Conseil fédéral du 5 décembre 1927 (Feuille fédérale II, 607).

Beschluß des Nationalrates vom 19. Dezember 1928.
Décision du Conseil national du 19 décembre 1928.

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Dind, rapporteur: A l'unanimité de ses membres votre commission, ayant pris connaissance du dossier concernant l'interdiction des boissons distillées, a l'honneur de vous présenter son rapport sur l'initiative populaire concernant cet objet. Elle vous propose de vous rallier à la décision du Conseil national, soit à l'adoption du projet d'arrêté du Conseil fédéral.

Chargé par mes collègues de motiver auprès de vous la décision que le Conseil fédéral sollicite de notre Conseil, décision hostile au point de vue des pétitionnaires, je le ferai brièvement en débutant par la remarque, bien connue, qu'il est parfois plus

difficile de savoir où est son devoir que de l'accomplir. Cette remarque ne s'applique pas à votre commission, pas plus qu'à vous-mêmes, Messieurs, elle vise ceux qui, pour des motifs infiniment respectables — auxquels nous sommes désireux de rendre hommage — ont cru bon de saisir aujourd'hui le peuple suisse et ses autorités de leurs désirs sans se rendre un compte suffisant de la portée, fâcheuse croyons-nous, quoique bien intentionnée, de leur geste.

Que les pétitionnaires aient mille fois raison de se préoccuper d'un danger créé en Suisse par l'abusives consommation de l'alcool, à cela nul d'entre nous ne contredira. Il n'est pas un bon citoyen, en dehors même des milieux abstinents d'où émane la pétition, qui ne déplore la situation actuelle et le triste privilège dont nous jouissons, ou plutôt dont nous souffrons, comme nation et comme individus, d'être à la tête des consommateurs d'alcool! Il est heureux que nous ayons, parmi nous, des hommes, des femmes surtout qui, individuellement ou collectivement, luttent contre le fléau, coûteux et délétère, qui menace notre pays, lui coûte annuellement des sommes folles directement et indirectement par les taxes physiques et morales qui sont la conséquence inévitable de l'alcoolisme chronique. En voyant que dans certains milieux on ne craint pas d'administrer, dès l'âge le plus tendre, du schnaps aux enfants on ne peut pas ne pas être effrayé des résultats désastreux que nous vaut dans l'ordre sanitaire, financier, criminel parfois, pareil mode de faire: nous devons — et nous voulons tous — réagir, apporter le remède nécessaire à la situation anormale qui, à l'aveu de tous, est la nôtre!

Que nous ayons, eo-ipso, le devoir de reconnaître le bien fondé du cri d'alarme qui est à la base de la pétition qui nous occupe, cela va de soi, et aucun de nous ne faillira à ce geste, ce qui ne veut pas dire que nous puissions suivre à la lettre ceux qui sollicitent de nous ce que l'on est convenu d'entendre sous le vocable option locale.

Actuellement — réserve faite de l'éducation populaire qui incombe à tout un chacun, mais dont les organismes religieux, scolaires, hygiéniques ont spécialement la charge — c'est aux cantons qu'il appar-

tient de veiller à la lutte contre l'alcoolisme, aidés qu'ils sont par le subside fédéral destiné directement à cette lutte, aidés qu'ils sont encore par l'interprétation heureuse, à ce point de vue, qu'a reçu l'article constitutionnel sur la liberté du commerce et de l'industrie, article qui n'exclut nullement la liberté reconnue aux cantons d'intervenir heureusement dans la limitation des auberges, leur tenue et les qualités qu'on peut ou doit requérir de ceux ou de celles qui sont à la tête de ces établissements. L'art. 31 de la Constitution prévoit l'application de mesures, hors la prohibition, dont peuvent user les cantons, sans être il est vrai autorisés à déléguer ce pouvoir aux communes, pour restreindre la quantité des auberges. Il est certain que, actuellement encore, les cantons ont fait preuve d'une énergie très relative dans ce domaine. Il est permis de remarquer que les cantons producteurs de vin — croyant à tort, pensons-nous, que l'écoulement de celui-ci serait en rapport direct avec le nombre des débits de boissons — ont fait preuve de mollesse dans cette prérogative et qu'ils n'ont pas d'emblée saisi l'importance du problème oubliant que la multiplication des débits avilissait encore, économiquement et moralement, la profession de cafetier. Multiplier les auberges, c'est non défendre les vins du pays, forcément de prix élevé, mais au contraire pousser, sans le vouloir le détenteur de ces débits à acheter des vins étrangers, de prix plus modestes, c'est les pousser encore à débiter le fameux petit verre de schnaps par la vente duquel ils réalisent de gros bénéfices en nuisant à leur clientèle dont ils favorisent l'alcoolisation.

De ce côté-là, le message du Conseil fédéral le démontre avec suffisamment de clarté pour que nous n'insistions pas davantage. Il y a encore beaucoup à faire. Les efforts des signataires de la pétition feront bonne besogne en y encourageant les organismes cantonaux. Relever le métier d'aubergiste, l'ennoblir dans une certaine mesure, c'est une façon de combattre les abus de l'alcool. Pour nous, le débit de boissons distillées et de boissons spiritueuses n'est pas, comme on l'a dit en son temps, «le salon du pauvre», mais on peut concevoir ce lieu, le café en un mot, comme n'étant pas fatalement un lieu de perdition. Il faut, à cet effet, que l'honorabilité du cafetier soit à la hauteur d'une tâche honorable d'ailleurs, bien que difficile à pratiquer. Le canton de Berne peut, à ce point de vue, fréquemment être cité comme modèle pour la bonne tenue des vieilles auberges de la campagne bernoise.

La multiplication des débits d'alcool et des débits de boissons spiritueuses est un danger par l'avilissement de la profession, qu'elle entraîne fatalement.

Cela dit, on peut se demander si la méthode indiquée par les signataires de la pétition a une valeur réelle, — c'est pourquoi son acceptation par le peuple et les cantons devait être une première condition de l'amélioration de l'état actuel — et si cette condition étant remplie, la réforme demandée aurait une valeur pratique.

Envisageons brièvement les deux questions. En 1923, le peuple et les cantons suisses ont rejeté, à la majorité importante que l'on sait, une réforme du régime des alcools, beaucoup moins draconienne que celle que l'on propose aujourd'hui. L'initiative qui a pour but de conférer aux cantons et aux com-

munes le droit d'interdire les boissons distillées, qu'on le veuille ou non, a un relent indiscutable de régime sec! Vouloir faire accepter au peuple suisse un régime de cette nature, c'est courir délibérément au devant d'un échec certain, que souligne impérieusement celui de la réforme dite de juin 1923, réforme qui visait à la réglementation de la distillation. Il est vrai que le système qu'on nous propose ne jouerait que dans les communes et les cantons qui l'auraient accepté. Cela est exact. Mais si l'on va au fond des choses et si l'on consulte les résultats donnés par la votation du 3 juin 1923; d'autre part, pour mieux se renseigner, si l'on épluche soigneusement le résultat des signatures recueillies pour la pétition, on constate que les régions dans lesquelles le nombre des alambics dépasse la moyenne de 14 pour 1000 habitants ont unanimement rejeté la formule, pourtant modeste, de 1923. Dans ces mêmes régions, la cueillette des signatures favorables à l'option locale a été faible. Si l'on consulte le rapport du Conseil fédéral, on trouve aussi que certains cantons ont fourni un nombre considérable de signatures: Zurich, par exemple, donne 20,789 signatures; Berne en donne 32,564. On en voit par contre d'autres dans lesquels, bien que la cueillette ait été poursuivie avec intensité, la proportion des signatures est très minime. Sans vouloir offenser qui que ce soit, ce dont je me garderai bien, je vois que Lucerne n'a fourni que 2400 signatures, Uri 300, Schwyz 800, Unterwald le Haut 49 et Unterwald le Bas 8. Par conséquent, on peut presque lire au travers de cette statistique que certaines régions se sont refusées à signer cette pétition. Le motif de ce refus n'a pas besoin d'être cherché bien loin. Il réside dans le désir de certains milieux de rester dans l'état actuel, ce à quoi nous nous opposons et ce à quoi les pétitionnaires bien intentionnés s'opposent avec la même énergie et avec la même justification que nous mêmes.

Il est intéressant, en regard de ce que je viens de tirer du rapport du Conseil fédéral, d'examiner une autre notion. C'est celle-ci, et ici, je crois devoir lire directement le passage ... (M. le président voudra bien me permettre de le faire), qui concerne un objet qui nous intéresse au point de vue statistique; on lit à la page 11, ce qui suit:

«Même si la majorité du peuple et du canton se prononçait en faveur de l'option locale, il nous paraît très douteux que cette réforme modifie notablement l'état de choses actuel.

En effet, seuls en profiteront les cantons et les communes qui interdiront sur leur territoire la fabrication et la vente de l'eau-de-vie. Il est aussi à prévoir que l'interdiction de la distillation ne trouvera pas de majorité dans les communes où l'on distille beaucoup. La votation du 3 juin nous a permis de constater que le projet limitant la distillation a été rejeté à une forte majorité dans toutes les contrées où se trouvent le plus d'alambics. »

Nous mentionnerons les quelques chiffres suivants, très intéressants aussi, surtout si on les met en regard des chiffres que j'ai lus tout à l'heure.

«Dans le canton de Lucerne, le nombre des non a été de 83 % et le nombre des alambics, par mille habitants, de 22,21 %. Dans le canton de Schwyz, les rejetants ont été de 79,4 % et le nombre des alambics de 18,55 %. Unterwald-le-Haut: rejetants: 76 % et 35,97 % d'alambics par mille habi-

tants. Unterwald-le-Bas a rejeté par 79 % avec 24 alambics pour mille habitants. Zoug a fourni 77 % de rejetants avec 21 % d'alambics et Bâle-Campagne a rejeté par 64 % avec un nombre d'alambics de 22 % par mille habitants.»

La conclusion que le Département des finances tire de cette recherche très intéressante est la suivante: C'est qu'aucun des cantons acceptants n'avaient plus de 14 alambics pour mille habitants et les rejetants avaient tous un nombre supérieur à 18.

Je reprends la lecture de mon rapport personnel.

De cette double constatation, on peut, sans exagération, conclure que les régions qui sont hostiles actuellement à l'option locale et qui furent hostiles au régime proposé en 1923 sont précisément celles auxquelles les notions de tempérance seraient les plus impérieusement nécessaires.

De ces considérations, nous pouvons conclure en disant que, selon toute vraisemblance, le peuple et les cantons suisses rejeteront la formule appelée « option locale » et que ceux-là qui auraient le plus à profiter d'un régime de tempérance seront les plus fermement hostiles à son acceptation.

On peut donc dire que la pétition actuelle serait probablement comparable à ce qu'on dénomme un coup d'épée dans l'eau.

Il y a plus, Messieurs, et je vais, avec les rapporteurs du Conseil national et avec le Conseil fédéral, relever le texte que (en admettant contrairement à toute probabilité que l'option locale soit adoptée) ce succès n'aurait qu'une valeur relative, peut-être nulle et, à certains égards, mauvaise pour le cas où le peuple suisse la rejeterait.

Effectivement, l'initiative demande pour les cantons et les communes « le droit d'interdire sur leur territoire la fabrication et la vente des boissons distillées ». La consommation n'est donc pas visée par cette disposition, pas plus, d'ailleurs, que l'introduction de ces boissons d'une commune voisine où l'option n'a pas force de loi, dans la commune où celle-ci est en vigueur. Cette simple constatation met à nu l'une des insuffisances du texte qui nous est proposé. Cette insuffisance apparaît aisément à la pratique dans nos petites communes séparées (il en va ainsi dans le plateau vaudois) par une distance qui ne dépasse guère, en moyenne, 2 à 2,5 kilomètres. Il sera donc facile au consommateur que gêne dans son domicile personnel l'option locale de faire quelque pas pour se rendre dans la commune voisine, non bridée par l'option, en vue d'acquérir le schnaps qu'il veut consommer. La mesure qu'on nous propose sera, en pareille occurrence, d'un effet nul. Veut-on admettre que plusieurs communes voisines, ou même un canton entier, acceptent le texte proposé, — ce qui paraît fort problématique —, cette décision devra, pour être réellement appliquée dans toute sa vigueur, faire l'objet de mesures policières à l'égard desquelles les communes sont incompétentes ou insuffisamment outillées pour agir avec efficacité? Les cantons eux-mêmes (à moins que tous marchent de front) n'y parviendront que difficilement et incomplètement. Ce qui se passe en matière d'interdiction de l'absinthe est, à ce point de vue, suffisamment démonstratif.

Si l'on veut en avoir une preuve, il n'y a qu'à invoquer la pratique actuelle, bien des années après

l'adoption de la loi sur l'absinthe. Je me souviens qu'à l'occasion d'une récente séance de commission fédérale, dans un canton de la Suisse romande, on n'hésita pas à nous offrir de l'absinthe.

J'ai dit que l'invitation que nous font les pétitionnaires pourrait être non seulement inopérante, — ce que je viens d'établir —, mais qu'elle pourrait même être nuisible, si l'on se place au point de vue de la lutte que nous voulons engager (après une première défaite, celle de 1923) contre l'alcoolisme dans notre pays.

Je m'explique: Le peuple suisse n'a, dans sa grande majorité, aucune propension à accepter le régime sec, soit qu'il se refuse à être soumis à des règles trop sévères; soit que, appartenant à un pays producteur de vin, il ne veuille pas consentir à l'abstinence et enfin, simplement, et pour beaucoup d'entre nous, parce qu'un verre de vin lui fait plaisir.

Faut-il, dès lors, s'étonner de voir le peuple « dresser l'oreille » ou même « tiquer » (pardonnez-moi ce terme vulgaire) lorsqu'on lui parle de régime sec, de contrainte dans ce domaine? C'est là pour lui une atteinte violente à sa liberté. Que ce sentiment soit erroné lorsqu'il s'agit de buveurs invétérés, pour lesquels l'abstinence complète et durable est une nécessité, nous l'admettons tous. Mais, que le régime sec soit celui auquel nous devons aboutir — et c'est la pensée de derrière la tête de nombre d'apôtres de l'abstinence — le peuple suisse, dans son immense majorité, ne l'admet pas et ne l'admettra, croyons-nous, jamais.

Nous courons donc le risque, en entrant dans les vues des initiants, de créer dans le peuple suisse un mouvement d'ores et déjà hostile à la réforme de l'alcool, réforme difficile, comme nous le savons, réforme de longue haleine, comme le sait particulièrement bien M. le chef du Département des finances. Un mouvement populaire hostile, pareil à une vague de fond, emporterait tout et empêcherait de réaliser le programme placé devant nous depuis nombre d'années et que nous voulons mettre à exécution à tout prix: la réforme de l'alcool, qui doit avoir comme conséquence une diminution considérable de la consommation de l'alcool dans notre pays.

Pour y arriver, nous avons besoin de la coopération de tous. Voilà pourquoi, renonçant à donner satisfaction aux initiants pour les motifs que je viens d'indiquer, nous escomptons leur bon vouloir pour la réalisation de l'œuvre qui nous tient à cœur, à savoir la réforme de l'alcool aboutissant à un résultat pratique, c'est-à-dire à la diminution, si possible à la disparition, du schnaps en Suisse.

Pour ces motifs, et pour d'autres encore sur lesquels nous ne sommes pas revenus, nous vous demandons de vous rallier à la manière de voir du Conseil national et de rejeter, conformément au rapport du Conseil fédéral, l'initiative concernant le droit des cantons à interdire la consommation et la distillation des boissons distillées.

Je m'excuse de ne pas être revenu sur tous les arguments invoqués devant le Conseil national, arguments qui ont été présentés dans le message du Conseil fédéral, que vous avez en mains. Il me semble que bis repetita et ter repetita ne sont pas toujours des plus agréables. Je préfère tirer de cette discussion les faits essentiels qui doivent contribuer à nous faire rejeter la proposition des initiants, avec un cer-

tain regret, parce que nous ne voudrions pas que ce geste parût hostile au but des initiants.

Mais il nous a paru qu'il valait mieux faire un sacrifice pour accomplir une œuvre qui fût complète et qui ait des chances d'être acceptée par le peuple suisse, ce qui ne serait certainement pas le cas des mesures qui nous sont proposées par les initiants.

Allgemeine Beratung. — Discussion générale.

Bertoni: Abbiamo finito da poco tempo di discutere la questione virtuista delle case di giuoco. Eccoci ora impegnati nella questione delle bevande distillate. Presto saremo alla virtuosa iniziativa contro le decorazioni straniere. Nell'uno e nell'altro caso è manifesta l'intenzione morale degli iniziatori.

In nome e per amore della virtù una prima iniziativa popolare aveva ottenuto il divieto dei petits jeux; in nome della libertà una seconda iniziativa li volle ripristinare e disciplinare; la battaglia fra i liberisti e i proibizionisti fu aspra e lasciò un cattivo strascico di recriminazioni e di scetticismo. Domani si tratterà del peccato di superbia e di vietare ai cittadini di fregiarsi di onoreficenze straniere, così contrarie a quella virtù cristiana della modestia che si addice ai montanari. Oggi il proibizionismo tende ad estendersi al consumo delle bevande alcoliche, ciò che è l'ultimo scopo degli inizianti, e per ora solo a quello delle bibite distillate. E poichè gli inizianti non avrebbero probabilità alcuna di ottenere una proibizione generale su tutto il territorio elvetico, essi hanno dato alla loro idea un'espressione meno imperativa lasciando ai Cantoni ed ai comuni la facoltà di proibirle nei limiti della loro giurisdizione.

Lascio ad altri la cura di dimostrare le conseguenze funeste di questo così detto « diritto di opzione » dal punto di vista della pace interna. Sarebbe quanto scatenare nei Cantoni e nei comuni una interminabile serie di dispute fra i partigiani della virtù obbligatoria e i praticanti della virtù facoltativa. Ogni parziale vittoria dei virtuisti sarebbe frustata dalla sconfitta sul territorio vicino. E poichè le questioni ideologiche sono sempre più difficili da risolvere di quelle pratiche, e danno luogo a tanto maggiore fanatismo quanto più inconciliabili sono le tesi astratte, quel poco o tanto di bene che gli inizianti sperano di raggiungere sarebbe pagato a prezzo di insanabili discordie e di infinite agitazioni.

Forse il solo Cantone che rimarrebbe immune da questa rognà sarebbe il mio Ticino dove la questione dello « schnaps » non esiste e dove non si troverebbe forse l'uno su cento della popolazione e dei cittadini per una legge che proibisse il bicchierino a Locarno e lasciasse libertà di sbornia a Muraltò.

Ma non è di questo ch'io voglio parlare. Per temperamento personale io tendo ad elevare la questione d'oggi, come quella di ieri, come quella di domani in un'atmosfera serena ed allargarne l'orizzonte fino ai confini della coscienza umana. Io vorrei affrontare il problema generale della virtù privata come oggetto della pubblica legislazione.

Ciò mi permetterà di essere giusto verso coloro che per il momento devo considerare come avversari. Più ancora che giusto voglio essere cavalleresco a loro riguardo, riconoscendo che sono tutti, senza eccezione alcuna, animati da intenzioni altamente

rispettabili. Ciò che essi vogliono è il bene della repubblica. Essi considerano le bevande distillate come un pericolo dell'umanità presente e sono convinti che la legge abbia in sè tanta virtù e tanta potenza da poter sradicare il vizio dell'alcoolismo, così come ogni altro vizio quali potrebbero essere la lussuria, l'ambizione delle decorazioni, e gli altri peccati capitali e veniali.

Se non hanno tutte queste generose illusioni, sono per lo meno persuasi che lo Stato deve tentare la battaglia per il trionfo della virtù anche essendo malsicuro di vincerla. In fondo all'anima però rifuggono dal considerare le tristi conseguenze di una sconfitta. La vittoria arride alla loro speranza, se non per subito, per un avvenire più o meno lontano, perchè essi sono dei mistici ed è proprio di ogni misticismo antico, presente e futuro il credere al miracolo.

Questo stato d'animo si richiama quello della repubblica di Firenze all'epoca del Savonarola e del Macchiavelli.

Narra Giuseppe Prezzolini nella biografia di quest'ultimo, come tutto il popolo di Firenze, commosso dell'impetuosa eloquenza del frate, andasse intorno pensando ai propri peccati e purtroppo anche ai peccati degli altri. La cosa finì malamente, com'è noto. Della predicazione virtuosa nulla è rimasto tranne l'insegnamento che noi possiamo raccogliere che in fatto di peccati la migliore pietà è di pensare ai proprii.

Il gusto delle iniziative virtuiste contro i peccati altrui si va da qualche tempo diffondendo in Svizzera e corrisponde nello spirito all'entusiasmo mistico del grande predicatore fiorentino che un papa fece bruciare.

Io appartengo ad un'altra forma mentis. Io credo poco al miracolo in genere e niente del tutto al miracolismo statale. Io non credo che si possa per legge guarire il popolo da alcun vizio nè imporre alcuna virtù. La virtù non è in fondo che uno stato d'animo e non vi è di realmente tangibile che la sua antitesi, il vizio, in quanto si manifesta con atti esterni; ma tutto ciò dipende in tutto e per tutto dalla coscienza individuale. Lo Stato può servire la virtù esattamente nella stessa misura in cui può agire sulla coscienza individuale. Esso può reprimere il vizio in quanto si manifesti con atti punibili, esso può eliminare le occasioni dell'atto vizioso, ma non può nè sostituirsi alla natura (o se così piace, alla divinità), nè abrogare la legge fondamentale del libero arbitrio e della responsabilità individua.

Io ammetto un'azione benefica delle leggi sui costumi in quanto le leggi possano illuminare l'opinione pubblica e costituire lo stato d'animo favorevole a quelle astensioni dal vizio che costituiscono la virtù. Per contro nessuna virtù può essere l'effetto diretto di una legge. S'io fossi un filosofo potrei forse esprimere questa tesi con argomenti dottrinali. Semplice uomo politico cercherò di spiegarmi con ragioni alla portata d'ogni cittadino.

Sono io forse un uomo virtuoso perchè non giuoco? Niente affatto. Io non ho mai rischiato un franco sul tappeto verde perchè il calcolo delle probabilità mi ha insegnato che il pubblico deve perdere contro il banco, per necessità matematica. Se lo Stato riescisse a far sapere a tutti i giuocatori che prolungando il giuoco perderanno inesorabilmente più di quanto

possano guadagnare con un colpo di fortuna, lo Stato avrebbe fatto contro il giuoco d'azzardo assai più che con le leggi proibitive.

Forse c'è un'altra ragione per cui non giuoco. Quel gruppo di dame e cavalieri equivoci che vedo affollarsi intorno al tappeto verde, quei tipi scimieschi che pendono dalle labbra del croupier ascoltando come l'oracolo delfico le mistiche parole: «Faites vos jeux, les jeux sont faits, rien ne va plus», ripetute all'infinito come un rosario dell'idiozia, tutto ciò mi ha l'aria così grottesca che preferisco vedere una gabbia di scimmie al momento della distribuzione delle banane. Macachi per macachi queste mi sembrano più interessanti.

Ma anche questo disgusto non è una prova della mia virtù. È solo la prova di una mia educazione aristocraticamente paesana, educazione che lo Stato potrebbe forse favorire senza bisogno di riformare la Costituzione.

Per la stessa ragione non mi reputo virtuoso se, potendo bere parecchio, bevo poco. Se la bevanda è mediocre non la bevo perchè la disprezzo; se è molto buona la bevo con parsimonia perchè ne ho grande rispetto e perchè costa cara. La mia educazione di paesano aristocratico non mi permette di trattare con eccessiva confidenza una bottiglia che costa cinque franchi. Mi parrebbe quasi di non poterle darle del tu e di doverla trattare col Lei.

Forse lo Stato potrebbe favorire la temperanza provvedendo, come intende fare il signor Musy, a che le bibite siano più buone e più care.

Hauser: Die Bedeutung der in Beratung stehenden Initiative und insbesondere deren indirekter Einfluß auf die Revision der Alkoholartikel der Bundesverfassung veranlaßt mich, einige Ausführungen zu machen.

Die große Zahl der für das Volksbegehren über das Kantons- und Gemeindeverbotsrecht für gebrannte Wasser eingereichten Unterschriften beweist, daß in weiten Kreisen des Schweizervolkes das Gefühl verbreitet ist, die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs sei eine Notwendigkeit. Zweifellos ist der Zweck, den die 145,000 Schweizerbürger mit ihrem Begehren verfolgen, ein guter. Leider sind aber die vorgeschlagenen Mittel, mit denen jener gute Zweck erreicht werden sollte, untauglich und unwirksam. Wohl könnten nach dem Wortlaut der Initiative die Kantone, ja sogar die Gemeinden durch Mehrheitsbeschluß das Brennen und den Verkauf von Schnaps verbieten, nicht aber den Genuß und die Einfuhr des Schnapses. Wer ein Bedürfnis nach gebranntem Wasser hat, könnte es daher mit Leichtigkeit befriedigen, auch wenn er in einer Gemeinde wohnt, die von dem ihr durch die Initiative erteilten Recht Gebrauch machen würde.

Zudem ist sicher, daß die Kantone und Gemeinden mit einem großen Schnapskonsum und zahlreichen im Betrieb stehenden Brennähfen vom Verbot keinen Gebrauch machen würden. Die Annahme der Initiative hätte somit hinsichtlich des Zweckes, für den sie durchgeführt werden will, gar keine oder nur eine geringe Wirkung. Sie ist daher nicht geeignet, die bestehenden Mißbräuche im Genuß gebrannter Wasser zu beseitigen oder wesentlich zu mildern.

Das Schweizervolk ist in seiner großen Mehrheit kein Freund von neuen polizeilichen Verboten.

Ebensowenig lassen sich unsere Bauern das Brennen ihrer Brennereirohstoffe ohne genügende Gegenleistungen verbieten. Die Annahme der Initiative hätte unzweifelhaft einen nachteiligen Einfluß auf die in Beratung stehenden Art. 31 und 32bis der Bundesverfassung über das Alkoholwesen und könnte deren Annahme gefährden. Im Gegensatz zur Initiative bieten die erwähnten Artikel ein wirksames Mittel, um den Mißbrauch des Schnapsgenusses in der Schweiz zu bekämpfen.

Nach der glänzenden Annahme der Vorlage über die Getreideversorgung des Landes haben wir alle Ursache, unsere ganze Kraft auf die Revision der Alkoholartikel der Bundesverfassung zu konzentrieren. Es darf erwartet werden, daß nach Ablehnung der Branntweininitiative auch die Bauern die Revision der Alkoholartikel unterstützen und damit Maßnahmen fördern helfen, welche nicht nur eine große ethische und hygienische Wirkung ausüben, sondern auch die Finanzierung des großen gesetzgeberischen Werkes der Alters- und Hinterbliebenenversicherung fördern werden.

Die Initianten lassen sich von rein gefühlsmäßigen, idealen Gesichtspunkten leiten, ohne sich über die praktische Seite der Frage Rechenschaft zu geben. Für uns ist die Frage der Zweckmäßigkeit und der praktischen Durchführbarkeit eines Verfassungsartikels die Hauptsache.

Angesichts dieser Sachlage weist uns die bundesrätliche Botschaft den einzig richtigen Weg. Ich beantrage deshalb ebenfalls Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zum Antrag des Bundesrates, der die Verwerfung der Initiative empfiehlt.

Brügger: Aus dem Kanton Graubünden sind 4285 Unterschriften für diese Initiative eingegangen; das sind ungefähr 15% der gesamten Stimmberechtigten von Graubünden. Die Initiative geht auch in mancher Bestimmung in der Richtung unserer ganzen Volkseinrichtungen, in der Richtung der Souveränität der Gemeinden, die bei uns vielleicht mehr entwickelt ist als in irgendeinem andern Kanton der Schweiz. Unsere kantonale Gesetzgebung gibt den Gemeinden Graubündens die Möglichkeit, auf ihrem Gebiet die Zahl der Wirtschaften zu beschränken, und es wäre kein sehr großer Schritt bis zu dem weiteren Ziele, die Wirtschaften ganz zu verbieten. Die Initiative geht also im wesentlichen in der Richtung unserer kantonalen Gesetze.

Es ist die gute Meinung der Initianten in keiner Weise anzuzweifeln, sondern im Gegenteil anzuerkennen. Es sind sehr ehrenwerte, für das Volkwohl aufrichtig besorgte Leute, die diese Unterschriften im Kanton Graubünden gesammelt und geliefert haben. Aber mit der guten Meinung allein ist es nicht getan, auch wenn man diese gute Meinung hier im Rate ausdrücklich und öffentlich anerkennen muß, wie es der Herr Kommissionsreferent bereits getan hat, ebenso wie Herr Landammann Hauser. Ich möchte mich ihnen anschließen und möchte nicht etwa bei den Initianten die Meinung aufkommen lassen, man sei über ihre Betreibungen, über ihre Ideen und über ihre Vorschläge nur so stillschweigend und achtungslos hinweggegangen. Dagegen darf man den Herren wohl sagen, daß ihre Initiative praktisch kaum akzeptabel ist, wie gut auch sie gemeint ist.

Stellen Sie sich nur einmal vor, wie es ginge, wenn man tatsächlich diese Initiative zum Gesetz machen würde und wenn infolgedessen in einzelnen Gemeinden Fabrikationsverbote existieren würden, in den andern nicht. Ich glaube zwar kaum, daß viele Gemeinden Gebrauch machten von der Möglichkeit dieses Verbotes. Und warum? Alle Gemeinden würden es doch nicht tun, und diejenigen, die das Fabrikations- und Verkaufsverbot einführen würden, wären dann wirtschaftlich benachteiligt gegenüber den andern Gemeinden, die das nicht tun würden; es käme sofort die wirtschaftliche Konkurrenz. Schon aus diesem Grunde würden wahrscheinlich sehr wenige Gemeinden ein derartiges Verbot erlassen. Bedenken Sie nur, wie es sich machen würde, wenn man z. B. in einzelnen Gemeinden den Bauern verbieten wollte, ihr Obst zu brennen, während das in der Nachbargemeinde erlaubt wäre. Wie käme das praktisch heraus? Man braucht solche Fälle nur anzuführen, um sofort einzusehen, daß die Sache unmöglich geht und daß man unser Volk unmöglich dazu bringen kann, eine derartige Initiative anzunehmen.

Die Initiative krankt auch an ihrem eigenen Wortlaut. Sie sagt: « Die Kantone und die Gemeinden sind berechtigt, auf ihrem Gebiete die Fabrikation und den Verkauf der gebrannten Wasser, die zum Genuß bestimmt sind, zu verbieten. » Warum nur die Fabrikation und den Verkauf der gebrannten Wasser? Die Hauptsache wäre doch, den Genuß verbieten zu können, das Schnapsen. Ohne dieses letztere Verbot ist die ganze Sache unwirksam. Aber das hat man nicht gewagt, weil man ganz genau wußte, daß es vom Schweizervolk absolut nicht angenommen würde. Für die amerikanische Trockenheit sind wir noch nicht reif und werden es auch später schwerlich sein. Deswegen ist die Initiative auf halbem Wege stehen geblieben, sie ist damit auch nur eine halbe Maßregel, es ist nur ein halber Vorschlag, der schon deswegen nicht akzeptabel ist: nicht akzeptabel für diejenigen, die wünschen, daß der Schnapsgenuß zurückgeht, weil es nur eine halbe Maßregel ist, und nicht akzeptabel für diejenigen, die die Freiheit nicht einschränken lassen wollen, weil sie denken, daß durch diese halbe Maßregel, wenn man sie akzeptiert, dann die andere Hälfte nachkommen werde, das gänzliche Verbot alkoholischer Getränke überhaupt, nicht bloß des Schnapses. Also kann dieser Initiative auch aus diesem Gesichtspunkt, bei aller Anerkennung der guten Meinung der Initianten, nicht zugestimmt werden.

Nun noch das letzte, was Herr Landammann Hauser sehr gut dargelegt hat, die Komplikation, die damit für die Aktion bei der Revision der Alkoholgesetzgebung eintritt. Für den Fall, daß diese Initiative angenommen wird, würde das wieder eine ganz fatale Komplikation für die Durchführung des viel wichtigeren, größeren Artikels über die Alkoholgesetzgebung herbeiführen. Es würde wieder Mißtrauen im Volke geben, man würde wieder mit dem Widerstand der Bauern zu rechnen haben, wir würden die viel wichtigere Alkoholgesetzgebung wegen dieser Initiative vielleicht oder ziemlich sicher gefährden. Das ist, wie ich glaube, der allerausschlaggebendste Punkt, der uns bestimmen muß, dem Vorschlag des Bundesrates auf Ablehnung dieser Initiative zuzustimmen.

M. Musy, conseiller fédéral: La discussion concernant cette initiative avait été pour moi un objet de souci et de crainte; toutefois l'allure qu'elle a prise et, en particulier, la manière dont le rapporteur a exposé le point de vue de la commission, ont largement contribué à dissiper mes inquiétudes.

Aujourd'hui, M. le conseiller aux Etats Dind a fait à nouveau la preuve qu'il est un habile politique et, par son souci de préserver notre population du fléau de l'alcoolisme, il s'est aussi montré à la fois excellent disciple d'Esculape et imitateur du Bon Samaritain. Je lui suis très reconnaissant d'avoir exposé, comme il l'a fait, cette délicate question de l'option locale.

L'option locale est née dans les milieux où, depuis 30 ans, on combat, avec une persévérance à laquelle il faut savoir rendre hommage, le danger de l'alcoolisme. Les milieux tempérants et abstinentes ont été profondément désillusionnés par la lenteur mise à réagir contre le danger. Peut-être ont-ils trouvé aussi que nous aurions pu prendre plus tôt des mesures énergiques contre la consommation abusive du schnaps et efficaces au point de vue fiscal. Il est certain que le résultat du vote du 3 juin a été pour eux une grande désillusion.

Avec M. Dind et avec tous ceux qui ont pris la parole après lui, je déclare qu'il faut savoir reconnaître et constater que l'initiative est née dans un milieu où l'on s'inspire de préoccupations humanitaires et sociales. Ne faisons donc aucun reproche à ceux qui ont lancé cette initiative, mais démontrons-leur, comme l'a dit tout à l'heure M. Brügger, qu'au point de vue pratique, elle n'aboutirait pas au résultat qu'ils espèrent. Ce serait, comme l'a très bien dit M. Dind, un coup d'épée dans l'eau et j'ajoute que ce ne serait pas un coup d'épée contre l'eau-de-vie.

Les abstinentes ont fait état, dans leur campagne, de la quantité d'eau-de-vie consommée en Suisse. Dans toutes les réunions, ils sont revenus sur ce point très important de leur programme: la lutte contre l'abus des eaux-de-vie concentrées. Il est incontestable, à moins de vouloir fermer les yeux à la réalité, que la consommation de ces eaux-de-vie est encore beaucoup trop considérable. Il faut cependant reconnaître que si, dans certaines contrées, le danger a augmenté, il en est d'autres où l'on peut affirmer, sans crainte de se tromper, que la consommation de l'eau-de-vie a diminué. Je connais personnellement des vallées de montagne où, certainement, depuis 20 ans, la consommation du schnaps a fortement diminué. Dans ma première jeunesse, j'avais constaté que, de certaine grande distillerie, on envoyait chaque semaine dans les auberges de la campagne 20, 30, 40, 50, 100 litres d'eau-de-vie. Chaque lundi, le tonneau revenait et il fallait le renouveler. Je ne parle pas des centres fruitiers, où le danger est encore très grand; mais il est incontestable que la distillerie industrielle jette sur le marché moins d'eau-de-vie de qualité inférieure qu'autrefois. M. Milliet, qui a fait de la lutte contre l'alcoolisme le but de sa vie, a déclaré, dans sa statistique établie il y a cinq ans, que la consommation par tête était encore supérieure à 6 litres. Avec un chiffre pareil, nous tenons largement le record du monde et j'aurais préféré qu'il ne nous échût pas, parce que, si tous les records sont un peu dangereux, celui-là l'est tout particulièrement. La consommation de l'eau-de-vie est beaucoup

trop forte. C'est le désir de lutter contre les abus de cette consommation qui est à la base de l'initiative. Comme l'a très bien dit M. Brügger, celle-ci est un mouvement sain, mais qui, malheureusement pour ceux qui l'ont lancé, n'est pas appelé à produire un résultat pratique.

Je ne pense pas qu'à l'heure actuelle le peuple suisse soit pleinement conscient du danger de l'alcoolisme. Le paysan sait exactement ce que lui rapporte le schnaps qu'il vend, mais il ne se rend pas compte de ce que lui coûte le schnaps qu'il boit. Nous n'en sommes pas encore à l'état psychologique auquel faisait allusion, tout à l'heure, l'honorable M. Bertoni, quand il rappelait que les contemporains de Savonarole sentaient le besoin de se frapper la poitrine pour avouer leurs péchés petits et grands, et surtout de frapper avec énergie la poitrine des autres, pour les obliger à faire leur confession!... Nous ne sentons pas assez le besoin de reconnaître l'abus en Suisse de la consommation du schnaps. Restons très prudents, parce que le peuple suisse n'aime pas qu'on lui rappelle qu'il boit trop d'alcool. Cependant, nous aurons le courage de dire, en particulier avec les médecins de l'armée qui s'occupent du recrutement, que dans certains centres, l'abus des boissons distillées est devenu un danger national. Nous aurons le courage de dire que la révision à laquelle je fais déjà allusion est devenue une nécessité d'ordre national et social, beaucoup plus que d'ordre fiscal. Que veulent les initiants? Ils désirent conférer aux cantons et aux communes la faculté d'interdire sur leur territoire, non la consommation, mais la vente et la fabrication des boissons distillées. Même au sens strict de cette initiative, à supposer qu'une commune fasse usage de cette faculté, on pourra toujours aller dans la commune voisine acheter du schnaps, le transporter chez soi et le consommer, car seules la vente et la fabrication seront interdites. Ce n'est pas le « Genuss », comme l'a dit M. Brügger.

Dans l'état actuel de notre législation — M. Dind a déjà attiré votre attention sur ce point — la Constitution et la loi fédérale permettent aux cantons de réglementer comme ils l'entendent la vente des boissons alcooliques par quantités inférieures à 40 litres. Seule, la vente par quantités supérieures à 40 litres est libre. Toute vente d'eau-de-vie par quantités inférieures à 40 litres est soumise à la législation cantonale, à toutes les restrictions que les cantons jugeront à propos d'y apporter, sans qu'ils puissent, toutefois, aller jusqu'à l'interdiction.

Comme l'a dit M. Dind, on ne peut pas supprimer les auberges, mais on peut en limiter le nombre et l'exploitation. J'ai entendu avec un certain intérêt d'abord, avec consternation ensuite, les deux discours qui ont été prononcés au Conseil national par M. Oprecht et M. Hoppeler. M. Oprecht est évidemment sincère, mais il fait preuve, dans cette circonstance, d'un fanatisme qui m'a inquiété. M. Hoppeler, conseiller national de Zurich, a demandé, a supplié, a exigé qu'on accorde aux cantons et aux communes la faculté d'interdire la vente du schnaps. Je me suis permis de répondre à ces deux messieurs qu'actuellement la Constitution et la loi accordent aux cantons et aux communes des facultés très larges en vue de la lutte contre l'alcoolisme. Les cantons peuvent réduire le nombre des auberges exploitées sur leur territoire; ils ont la faculté d'interdire la vente à

l'emporter par quantités inférieures à 40 litres en ce qui concerne l'eau-de-vie. J'ai attiré l'attention sur le fait — M. le président de ce Conseil, qui est lui-même zurichois, ne m'en voudra pas, quoique les deux orateurs dont je rapporte les propos soient ses combourgeois — j'ai, dis-je, attiré l'attention sur le fait que dans le canton de Zurich — je cite cet exemple, mais il y a nombre d'autres cantons qui sont dans la même situation — il existe à côté de 2900 auberges, 2100 débits. Comme M. Dind, je pense que le nombre des auberges est en fonction de la quantité des boissons alcooliques consommées. Là où il y a très peu d'auberges, on boit beaucoup moins que dans les régions où elles sont en nombre exagéré. C'est la raison pour laquelle, dans certains cantons, en particulier dans celui de Fribourg, on a, depuis quelques années, à la faveur d'une loi très utile, réagi contre l'extension excessive du nombre de ces établissements. Plusieurs d'entre eux ont été fermés, et l'on n'a pas accordé de nouvelles concessions. En diminuant le nombre des débits à l'emporter, on restreint la consommation des boissons. Cela est incontestable. Sur la base des chiffres qui nous ont été indiqués, nous constatons qu'en particulier dans le canton de Zurich il y aurait possibilité de réagir contre le danger de l'eau-de-vie en se basant sur la législation actuelle. Avant de demander à la Constitution de nouvelles compétences pour les cantons, on devrait utiliser dans une large mesure, celles que l'on a déjà. Aussi longtemps que les cantons n'auront pas usé de celles qui leur sont accordées, je n'ajoute pas une grosse importance au fait qu'il pourrait leur en être attribué de nouvelles. Je ne fais de reproches à personne. Je sais combien il est difficile de réagir contre les auberges et contre l'abus de la vente des boissons alcooliques. Je voulais simplement faire cette constatation avec vous, de façon que vous sachiez que les cantons pourraient déjà, dans le cadre de la législation actuelle, lutter beaucoup plus efficacement.

Le grand argument invoqué par les rapporteurs qui ont plaidé devant la commission la cause de l'initiative consiste à dire: Dans les pays où l'option locale a été introduite, on boit beaucoup moins que chez nous. On a, en particulier, cité l'exemple du Danemark et de l'Ecosse. J'ai immédiatement répondu que, dans ces deux pays, l'option locale pouvait avoir eu une certaine efficacité. Mais je dis qu'on est dans l'impossibilité de m'indiquer quelle est la part respective de l'option locale et celle de la majoration énorme des prix, par le jeu de l'imposition fiscale dans la réduction constatée de la consommation des boissons alcooliques. Actuellement, un litre d'eau-de-vie coûte chez nous 1 fr. 20. Comment voulez-vous comparer la consommation qui se fait en Suisse, avec celle de l'Ecosse ou du Danemark et en tirer immédiatement la conclusion, nullement probante pour moi, que l'option locale est la cause de cette grande différence?

En Danemark, la taxe perçue est d'environ 10 fr., en Ecosse et en Angleterre elle est de 39 fr. par litre d'alcool. De la sorte, l'eau-de-vie coûte 10 fois plus cher que chez nous, à cause de ce droit fiscal formidable. Si, en Danemark, on boit moins d'alcool que chez nous, il est incontestable que cela tient à deux causes. On peut admettre, dans une certaine mesure l'influence de l'option locale. Mais il faut surtout

attribuer ce fait au prix élevé de l'eau-de-vie, comparé au prix dérisoire du schnaps. chez nous. En Suisse, on peut acheter de l'alcool à 40 degrés pour 1 fr. 50 le litre. Si je compare cette donnée avec les prix de la bière et du vin, je constate que pour obtenir la même quantité d'alcool, il faudrait acheter pour 9 fr. de bière ou pour 5 à 6 fr. de vin. La même quantité d'alcool coûte donc beaucoup moins sous forme d'eau-de-vie que sous forme de vin ou de bière. Le « Rausch » est ainsi bien meilleur marché sous forme d'eau-de-vie. Cela est extrêmement dangereux, surtout pour les petites bourses de notre pays. Celui qui veut avoir la jouissance de cet état d'oubli qui est la conséquence de la consommation d'alcool se la procurera bien plus facilement avec du schnaps, puisqu'avec la bière et le vin, c'est beaucoup plus cher.

L'influence du prix sur la consommation a donc une importance telle qu'il est impossible de dire, comme on l'a fait au Conseil national, que la diminution de la consommation, en Danemark, et en Ecosse, est due à l'option locale, alors qu'elle doit être attribuée surtout au renchérissement de l'eau-de-vie dans ces deux pays.

On cherche à démontrer l'efficacité de l'option locale, par des exemples pris dans les Etats du nord. On a parlé de la Norvège et de la Suède. Mais il faut tenir compte du rôle de la topographie dans ce domaine. Il faut se souvenir que notre pays est de très petite étendue, avec un nombre très considérable de communes. Plusieurs cantons suisses n'ont pas une étendue plus grande que certaines communes de Norvège et de Suède. Que signifie donc l'interdiction de la distillation et de la vente en Norvège? Elle ne signifie rien, puisqu'il n'y a guère de fruits dans ce pays. Quant à l'interdiction de la vente, rappelons-nous qu'en Norvège il faut, pour se rendre d'une commune dans une autre faire un voyage plus long que lorsque nous voulons passer dans un canton voisin. Par conséquent, si l'on adoptait chez nous cette interdiction de la vente par communes, on n'arriverait pas du tout à la même efficacité. Si, par exemple, la commune de Schuls interdisait la vente des boissons distillées, ce ne serait pas pour ses habitants une grosse difficulté d'aller s'approvisionner jusqu'à Tarasp. Il faut envisager, aussi l'étendue de notre territoire habité. Il est des communes d'une grande superficie occupée surtout par des glaciers et des rochers, mais dont les localités habitées sont rapprochées les unes des autres. La situation topographique est telle que l'on ne pourrait obtenir en Suisse les résultats constatés ailleurs. Et surtout, quand on envisage les résultats, il faut faire la part de l'influence exercée par l'option locale et de celle qui est due à l'élévation du prix de l'alcool.

Si la distillation était interdite dans une commune où il y a beaucoup de fruits, qu'est-ce que le paysan devrait en faire, ai-je demandé à un partisan de l'option locale. Celui-ci m'a répondu: Le paysan pourra s'en aller distiller dans une commune voisine. En d'autres termes, ce que l'on interdit chez soi, on veut bien le permettre aux autres!

Il est incontestable que ni les conditions de nos vergers et les conditions économiques de notre agriculture ne permettent d'adopter une mesure de ce genre. Vous ne pouvez pas demander au paysan suisse,

à un moment où la crise agricole est intense, de faire le sacrifice de jeter ses poires et ses pommes au ruisseau.

Cela ne va pas; il faut trouver une combinaison économique qui, tout en nous préservant du danger de l'alcoolisme, permette au paysan de tirer parti de son verger. C'est ce que nous avons réussi à faire, grâce, en partie, aux améliorations apportées par votre commission et par le Conseil national au projet du Conseil fédéral.

Examinons maintenant la situation effective. Je veux admettre que le peuple suisse vote l'option locale et que certaines communes fassent usage de la faculté qui leur sera accordée. Comme l'a dit M. Dind, les communes qui ne suivront pas cet exemple seront précisément celles qui en auraient le plus besoin. Comment voulez-vous demander à des communes qui, en 1923, ont donné 95 % de rejetants — quand il s'agissait simplement de limiter la distillation — comment voulez-vous leur demander aujourd'hui de voter l'interdiction? Cela est absolument impossible. Soyons donc bien certains que si même la législation fédérale comportait la possibilité de l'option locale, les communes qui en ont le plus besoin n'en feraient pas usage. Sous ce rapport, je ne crois pas à l'efficacité de l'option locale. Il faut se rappeler ce que nous a dit M. Dind, tout à l'heure, savoir que toutes les communes où il y avait 14 alambics et plus par 1000 habitants, se sont trouvées en 1923 parmi les opposants à la réforme du régime des alcools. Or, à cette époque, on leur avait dit: L'utilisation de vos alambics sera, à l'avenir, soumise à un certain contrôle. A la votation: majorité écrasante de rejetants! Comment voulez-vous demander aujourd'hui à ces communes de remiser leurs alambics au « galetas » et de ne plus y penser. Je le répète: soyons bien certains que l'on ne fera pas usage de l'option locale et cela précisément dans les communes où elle pourrait être utile.

Je vais plus loin. Même si quelques-unes d'entre elles prenaient la décision d'interdire la vente et la fabrication des boissons distillées, comment procéderiez-vous à l'application de cette mesure? par quel moyen de contrôle l'assurerez-vous? Voulez-vous trouver dans la commune une autorité de police suffisamment forte et assez bien organisée pour empêcher pratiquement la distillation et la vente des boissons distillées? Cela est absolument impossible.

L'honorable M. Dind, tout à l'heure, très malicieusement, narrait le fait qu'une commission du Conseil des Etats était allée dans un canton confédéré — sans nommer personne il a donné tant de précisions que j'ai deviné de qui il voulait parler — où elle avait pu, malgré l'interdiction de l'absinthe, en trouver et en boire à la santé de presque toute la population. On a donné ainsi un bien mauvais exemple à cette population qui a assisté à ce « Frühschoppen », à l'apéritif de cette commission du Conseil des Etats, savourant l'absinthe défendu!

Je veux faire deux constatations: Dans certains milieux, on a dit que l'interdiction de l'absinthe n'a eu aucun résultat, parce qu'on en boit autant qu'avant. Quelle erreur profonde! Si même on enfreint l'interdiction pour continuer à boire de l'absinthe, de temps en temps, on n'en boit pas le 5 % de ce qu'on en buvait auparavant. L'interdiction a eu un effet extrêmement heureux. Cependant, personnellement, avec la direc-

tion de la régie, je continue à penser que ce qui aurait été meilleur que l'interdiction, c'eût été une forte imposition fiscale. Permettez-moi de vous rappeler que le Conseil fédéral avait présenté un contre-projet. Il avait pris position contre l'initiative tendant à l'interdiction. Le Conseil fédéral d'alors attachait une telle importance à cette question qu'il avait fait intervenir le président de la Confédération M. Ruffy. Ces messieurs ont pris position, au Conseil national, contre l'initiative tendant à l'interdiction de l'absinthe en y opposant l'idée d'une imposition fiscale sérieuse. C'eût été la bonne solution.

Cette constatation faite en passant, j'en viens à une autre. C'est celle de l'impossibilité dans laquelle se trouvent les cantons d'interdire totalement l'absinthe. Evidemment, ce n'est pas à la Confédération qu'il appartient d'assurer le contrôle des mesures de prohibition. Nous n'avons pas d'agents de police, nous n'avons pas même une police secrète. Nous sommes totalement dépourvus de tout moyen de contrôle. Ce sont les cantons et les communes qui ont l'obligation de faire respecter l'interdiction. Or, si certaines communes n'y arrivent pas, alors que le consommateur a la possibilité de choisir ses apéritifs dans toutes les autres bouteilles de l'estaminet, comment procédera-t-on lorsque toutes seraient interdites? Parmi toutes ces fioles aux multiples couleurs actuellement offertes aux clients, une seule est interdite: l'absinthe. C'est le fruit défendu. Il me semble que l'indication donnée par l'honorable M. Dind contient précisément un argument contre l'option locale.

On a dit que celle-ci était considérée par le peuple comme un commencement d'interdiction générale. J'ai beaucoup regretté, pour ma part, qu'on ait lancé cette option locale. J'ai le sentiment que ses auteurs eux-mêmes se rendent compte, maintenant, que ce fut une manœuvre malheureuse. Ils savent très bien que le peuple suisse rejettera cette initiative. J'espère que la discussion ne sera pas trop longue, et que le vote sur l'initiative ne sera pas de nature à nuire au projet de revision seul susceptible d'apporter l'amélioration que tout à l'heure M. Dind qualifiait, à juste titre, de nécessaire. Au cours de la campagne qui précédera la votation sur l'option locale, les initiants seront probablement entraînés à dire que le projet du Conseil fédéral et des Chambres concernant la revision du régime des alcools est insuffisant. Cela lui nuira. C'est pourquoi je désire que cette votation intervienne le plus tôt possible, que la question soit liquidée et qu'on n'en parle plus. Il faudra laisser passer quelques mois, peut-être même une année, ou davantage, afin d'oublier tous les heurts et de faciliter une rencontre heureuse le jour où il s'agira de faire une majorité autour du projet du Conseil fédéral. L'idée que l'option locale était un commencement de prohibition a jeté de l'inquiétude, en particulier dans le monde des aubergistes. Le 3 juin 1923, ceux-ci ont contribué avec un énorme succès à enterrer le projet de revision du régime des alcools. Ces gens ont pris position avec une énergie décisive dès le premier instant, contre l'initiative tendant à l'introduction de l'option locale. J'espère qu'ils nous aideront cette fois, dans la réforme que nous avons élaborée. J'estime donc que le Conseil des Etats serait bien inspiré en opposant un vote massif à cette initiative. Ce vote ne devra pas être invoqué,

comme l'a très bien dit M. Dind, comme un geste de dédain ou de mépris à l'adresse des auteurs de l'initiative. Ce sera un geste provoqué par la constatation de l'inefficacité pratique de cette mesure.

M. le conseiller aux Etats Bertoni nous a fait, tout à l'heure, un cours de philosophie psychologique. Je veux préciser ma pensée. Dans une démocratie, ce n'est pas la loi qui crée l'habitude. La loi ne peut que cristalliser la coutume. Dans un pays où la dictature préside aux destinées du peuple, on peut procéder à des interdictions, mais dans une démocratie, la loi qui ne répond pas à l'opinion moyenne du peuple restera toujours inefficace. On continuera à boire l'absinthe, interdite, parce que vous n'aurez jamais assez de gendarmes; il faudrait en mettre un derrière chaque citoyen pour lui rappeler les diverses restrictions: « Tu ne dois pas faire cela; cela est défendu ».

Ce n'est que par l'éducation, en réalité, que l'on pourra préparer nos populations à accepter la réforme du régime de l'alcool.

A ce point de vue, on doit être reconnaissant à l'égard des abstinents et des tempérants. Ils ont ouvert les yeux à tout le monde sur le danger de l'alcoolisme. Je partage la manière de voir de M. Dind. Je serais opposé à la prohibition même. Voulez-vous priver tout citoyen de toute boisson distillée? Evidemment, il vaudrait mieux, peut-être, les interdire, plutôt que d'avoir encore l'état d'anarchie dans lequel nous vivons; mais je serais alors opposé à l'interdiction de la consommation du vin. Est-ce parce que certaines personnes ne savent pas boire un verre de vin sans s'enivrer qu'il faut en priver tout le monde? Erreur profonde. M. Dind est mieux placé pour avoir une opinion scientifique sur cette question. Mais un bon verre de vin ne fait aucun mal à l'estomac, ni au cerveau d'un être normal et je suis contre la prohibition; je suis opposé à l'interdiction complète.

Je veux rappeler au Conseil que M. Laur s'est dernièrement déclaré opposé à la suggestion faite par l'un des représentants des abstinents, M. Rudolf, qui est peut-être un peu extrême dans ces questions. Avec une volonté très ferme, il lutte contre le danger de l'alcoolisme, mais il a suggéré certaines solutions auxquelles M. Laur a répondu: « La seule solution utile, c'est la solution double présentée par le projet de réforme du régime de l'alcool » et M. Laur, qui nous a aidé avec énergie dans la campagne de 1923, qui a succombé avec nous, nous aidera à l'occasion de la prochaine campagne. Toutefois, il est aussi de l'avis qu'il est impossible d'arriver à un résultat effectif par la voie de l'interdiction, et que nous n'aboutirons à une solution pratique que par voie de revision.

A ce moment-là nous aurons également besoin de la collaboration des tempérants et des abstinents et c'est la raison pour laquelle je me garderai bien de les heurter aujourd'hui. Je veux, encore une fois, rendre hommage avec M. Dind à leur bonne volonté, parce que s'ils sont nos adversaires aujourd'hui, ils devront être nos alliés demain. En cette circonstance, je compte également sur ceux qui, dans une certaine mesure, ont contribué de leur fait à diminuer la consommation des boissons alcooliques, je veux parler de tout le monde des sports.

A ce point de vue, si le développement des sports a peut-être éloigné notre jeunesse de l'arène politique, il a rendu un grand service dans le domaine de la

lutte antialcoolique. Un de vos collègues du Conseil national, qui avait assisté, dans une vallée alpestre, à un concours des skieurs tous recrutés parmi des fils de paysans, a entendu l'un d'eux déclarer: « Pas un d'entre nous ne boit de l'eau-de-vie; pas un de ceux qui sont ici n'a continué à boire du vin, parce que pour arriver au résultat maximum, il faut des poumons et un cœur en bon état, débarrassés des toxines qu'apporte l'alcool. »

A ce point de vue, les sports ont rendu de grands services, mais j'espère que les jeunes gens qui se désintéressent par trop de la politique se retrouveront avec nous, le jour où l'on votera la réforme du régime de l'alcool; ils ne voudront point pousser l'égoïsme jusqu'à ne vouloir la force physique et la santé que pour eux et non pour leur prochain.

En forme de conclusion, je crois devoir me rallier à ce qui a été dit par tous les préopinants; nous devons écarter cette option locale, pour des motifs d'ordre politique et d'ordre économique, tout en rendant hommage au désir de ceux qui ont lancé cette initiative.

En premier lieu, cela n'aboutirait pas au résultat qu'ils désirent, pour des motifs d'ordre économique d'abord, parce que les communes de notre Suisse démocratique ont un territoire très restreint, ensuite au point de vue politique, car même si l'on arrivait à faire passer l'option locale l'autre grande réforme serait compromise par celle-là et tout serait à recommencer. Quelques communes seulement feraient usage de l'option locale; mais la plus grande quantité continueraient à abriter des populations adonnées à la consommation abusive de l'alcool.

Je dois par conséquent désirer que l'option locale soit rejetée par une majorité importante, de façon qu'après, nous nous retrouvions tous ensemble sur le terrain de la réforme absolument nécessaire, soit pour lutter contre l'alcoolisme, soit aussi, comme le dit M. Hauser, pour créer un moyen fiscal au profit des assurances. Sur ce point, le chef du Département des finances n'a pas eu l'occasion de prendre position au Conseil fédéral puisque l'organisation des assurances n'y a pas encore été discutée; mais, comme je l'ai déclaré à votre commission, j'ai été interpellé sur ce point par votre président. J'ai déclaré ceci:

Pour moi, les assurances sociales ne sont possibles, au point de vue financier, qu'à la condition de réussir à imposer l'eau-de-vie; l'imposition du tabac ne suffit pas. Si vous voulez avoir une rente d'une réelle importance et, en même temps, une prime qui puisse être acquittée par la presque totalité de notre population (personnellement, je m'opposerai à toute combinaison financière comportant une prime très élevée que beaucoup de gens ne seraient pas en état de payer, ce qui imposerait alors aux cantons et aux communes une charge nouvelle), il faut que cette prime puisse être versée par la grande généralité des intéressés. Les communes devront sans doute se charger de la prime due par les insolubles; mais encore une fois, cette prime devra être payée par la plus grande partie des assurés eux-mêmes. A cet effet, la dite prime devra être modeste. Mais, dans ces conditions, on ne pourra assurer qu'une rente modeste. Il faudra donc que la Confédération puisse apporter par l'affectation du produit de l'impôt sur l'alcool et sur le tabac, une somme complémentaire importante. Je le répète: le tabac ne suffira pas.

Je refuserai avec la dernière énergie de me lancer dans une aventure financière. Nous avons retrouvé l'équilibre; notre peuple paie le maximum d'impôt possible; en cette matière, nous touchons au plafond; impossible d'aller plus loin! Vous ne pourrez pas prévoir au budget de prélèvements réguliers en faveur des assurances; si le compte d'un exercice boucle une fois ou l'autre par un excédent, on pourra leur en attribuer une partie; je m'en réjouirai, parce que je suis un partisan convaincu des assurances sociales. J'ai déjà fait tout mon possible et dans des conditions difficiles en 1925 pour faire triompher le principe constitutionnel des assurances. Nous continuerons dans cette direction, afin d'arriver, par des moyens financiers pratiques, à les renter. Mais, il n'y a pas d'illusion à se faire: à côté du tabac, il faut l'alcool, qui donnera 15 millions; 30 millions d'un côté, 15 millions de l'autre; nous disposerons ainsi de 50 à 60 millions, avec les intérêts. Cela, c'est une plateforme solide. Je me réjouis que la journée du 3 mars nous ait préparé le terrain; le vote sur la question de l'alcool sera cependant plus difficile.

La revision des alcools sera plus difficile à faire accepter par la majorité du peuple et des cantons que le nouveau régime du blé. Il faudra faire un effort énorme. J'espère que ceux qui nous ont combattus dans la question du blé seront à nos côtés dans la question de l'alcool. Il faut bien se souvenir que si la réforme du régime de l'alcool échoue, il ne pourra pas y avoir d'assurances sociales. Si le peuple suisse veut les assurances, il doit avoir le courage d'accepter la réforme du régime de l'alcool.

Je ne parle pas ici au nom du Conseil fédéral. Le président de la commission m'a demandé de faire une déclaration de ce genre. Je la fais, en m'engageant que le chef du Département des finances. Et je me résume en disant que je ferai l'effort maximum pour réunir la majorité du peuple et des cantons en faveur de la réforme du régime de l'alcool. J'espère que nous aurons l'appui de tout le monde de la politique. La dernière fois, nous avons été passablement lâchés, et au dernier moment, lorsque nous sommes arrivés sous les murs de la citadelle, ils n'étaient plus guère nombreux, ceux qui nous suivaient!

Après avoir rejeté l'option locale, nous donnerons aux abstinents la preuve de la sincérité de nos paroles lorsque nous avons déclaré: « Nous ne sommes pas pour l'option locale, mais nous sommes pour la lutte, sous une autre forme, contre l'abus de la consommation de l'alcool. »

Je vous demande de voter contre l'option locale, mais en exprimant cette volonté bien déterminée d'arriver à la revision du régime des alcools afin de combattre sous une forme pratique les dangers de l'alcoolisme.

M. Dind, rapporteur: M. le conseiller fédéral Musy, avec beaucoup de raison, a rappelé un fait que j'avais oublié de citer dans mon exposé: c'est la question qui, au sein de la commission, a été posée à notre ministre des finances concernant le double problème des assurances et de l'imposition de l'alcool, ces deux objets étant connexes dans leur réalisation.

A ma très grande satisfaction, M. Musy vient de déclarer, — ce qui avait été demandé par des amis personnels à moi, mon voisin de droite et M. de Cérville, dans la commission d'experts, — que les assu-

rances ne puissent vivre en quelque sorte, qu'avec la coopération contributive de l'alcool.

Il est certain pour moi que les chiffres proposés comme rente seront majorés considérablement par le Parlement lui-même, ce qui rendra plus difficile la défense de l'équilibre budgétaire auquel nous sommes parvenus, et que nous voulons absolument maintenir, parce que nous sommes nettement hostiles à l'impôt fédéral direct et permanent. Il me paraît certain que, pour donner satisfaction à ceux qui désirent réaliser des assurances satisfaisantes, la contribution de l'alcool est indispensable et que l'alcool doit être frappé en même temps. Nous ne pouvons pas, dans l'entreprise des assurances fédérales, faire un pas en avant, qui soit décisif, si les assurances ne sont pas étayées, en ce qui concerne leur couverture financière, sans quoi nous serons dans une situation dont il ne sera possible de sortir qu'avec l'impôt fédéral direct, dont nous ne voulons absolument pas.

Je remercie donc M. le conseiller fédéral Musy d'avoir fait cette déclaration. Je ne doute pas un instant que le Conseil fédéral s'y rallie. Le Conseil fédéral ne doit pas seulement être composé de sept conseillers fédéraux, mais il doit être un gouvernement où la coopération de ceux qui en font partie est une nécessité d'ordre gouvernemental, j'insiste, dans le cas particulier, pour que cette coopération, dans le problème si important, si vital pour le pays, soit assurée par le bon vouloir, par la collaboration effective, réalisée en temps utile par tous les membres du Conseil fédéral.

J'ajoute, puisqu'on a parlé de l'absinthe, que je regrette, moi aussi, qu'en son temps, on n'ait pas frappé l'absinthe sous la forme qui était alors proposée par le Conseil fédéral. Et je tiens à rappeler que cette proposition avait trouvé un défenseur dans le canton de Vaud, dans la personne du major Adrien Thélin, à qui plusieurs d'entre vous ont conservé le souvenir d'une fidèle amitié. M. Adrien Thélin avait défendu cette idée de frapper l'absinthe d'un taux assez élevé pour que la consommation en diminuât et peut-être même disparût petit à petit. Mais on a préféré la formule nouvelle que vous connaissez.

Je tiens à confirmer ce qui a été exposé tout à l'heure, sauf erreur, par M. Brügger. Ce ne sont pas les lois qui font les progrès. Elles les enregistrent. C'est pourquoi nous devons, avec les abstinents et les tempérants, faire un effort considérable pour que, dans le peuple, la notion du danger résultant de la consommation de l'alcool se développe et se réalise de plus en plus. Ce n'est pas que je sois abstinente personnellement, ni que j'aie l'intention de le devenir. Et pour ne pas le devenir, j'invoque en quelque sorte, comme l'a fait M. Bertoni, certains phénomènes historiques. Quels sont les peuples qui sont à la tête de la civilisation? Je laisse de côté l'Amérique, parce que le problème de l'abstinence dans ce pays-là est très difficile à apprécier. Ceux qui reviennent de là-bas, — j'ai vu dernièrement des amis qui y ont fait un séjour —, m'ont déclaré: Mais, nous avons bu tout ce que nous avons voulu; nous n'avons été privés de rien; c'est seulement un peu plus cher. D'autre part, nous savons, pour l'avoir constaté dans notre pays, que les Américains qui viennent en Europe faire un voyage d'agrément font en même temps un voyage d'antiabstinence. Dans l'un et l'autre

sexe, on se rattrape courageusement du temps perdu en Amérique, en consommant chez nous, vigoureusement, ce qui est interdit chez eux. Cela prouve qu'il ne faut pas vouloir forcer la nature. Personnellement, je dois dire que lorsque, entouré de bons amis, je bois un bon verre de vin, ma joie est grande.

Cela ne veut pas dire, encore une fois, que nous n'ayons pas le devoir de remercier chaleureusement et d'encourager les braves gens de l'un et l'autre sexe qui ont signalé au peuple suisse le danger où le conduisait la consommation abusive de l'alcool; nous les remercions cordialement pour leurs efforts dont le but est de nous orienter vers un chemin moins dangereux. Buvons à notre santé! Buvons à la santé du pays! Cela sans vouloir décourager les efforts de ceux qui, en apportant aujourd'hui une solution, à mon avis, malencontreuse et dangereuse, désirent lutter contre l'abus de l'alcoolisme. La formule proposée dont nous recommandons l'adoption ne doit donc pas être considérée comme un geste de dédain à l'égard de ceux-ci. Elle permet au contraire de voir poindre à l'horizon une solution générale qui donnera satisfaction non seulement aux apôtres de la tempérance, mais qui sera surtout une solution hygiénique et morale, pour le bien du peuple suisse, par un retour à des mœurs un peu moins dangereuses que celles qui sont suivies dans certains milieux.

Das Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen.

Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles.

Artikelweise Beratung. — *Discussion des articles.*

Titel und Ingress.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Titre et préambule.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 1.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

*Art. 3.***Antrag der Kommission.**

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*Gesamtabstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlußentwurfes Einstimmigkeit

An den Bundesrat.
(Au Conseil fédéral.)**Vormittagssitzung vom 6. März 1929.**
Séance du matin du 6 mars 1929.

Vorsitz — Présidence: Hr. Wettstein.

2341. Forstpolizeigesetz. Aenderung des Art. 42.
Police des forêts. Revision de l'art. 42 de la loi.

Botschaft und Beschlusentwurf vom 31. Juli 1928 (Bundesblatt II, 361). — Message et projet d'arrêté du 31-juillet 1928 (Feuille fédérale II, 381).

Beschluss des Nationalrates vom 11. Dezember 1928.
Décision du Conseil national du 11 décembre 1928.Berichterstattung. — *Rapports général.***Antrag der Kommission.**

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Laely, Berichterstatter: Das herrschende Bundesgesetz über die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei stammt aus dem Jahre 1902. Es unterstellt sämtliche Waldungen der Oberaufsicht des Bundes, es teilt sie ein in öffentliche Waldungen, d. h. Waldungen der Kantone, der Gemeinden und Korporationen, und in Privatwaldungen. Das Forstpolizeigesetz vom Jahre 1902 unterscheidet weiter Schutzwaldungen und Nichtschutzwaldungen. Schutzwaldungen sind diejenigen, welche sich im Einzugsgebiete von Wildwassern befinden, sowie solche, die vermöge ihrer Lage Schutz bieten gegen schädliche klimatische Einflüsse, gegen Lawinen, Stein- und Eisschläge, Erdabstürzungen, Verrüfungen, sowie gegen außerordentliche Wasserstände.

Die Ausscheidungen nach dem Grundsatz der Öffentlichkeit und des Privateigentums, sowie nach dem Grundsatz der Schutzwaldung und der Nichtschutzwaldung, ist Sache der Kantone. Das Bundes-

gesetz enthält über alle vier Kategorien die organisatorischen Bestimmungen und bestimmt in den Art. 40—44 die Art und die Höhe der an das Forstwesen zu leistenden Bundesbeiträge. Bundesbeiträge werden geleistet an die höheren Beamten der Kantone (25—35 %); an die höheren Beamten der Gemeinden, Korporationen usw. (5—25 %); an das untere Forstpersonal (5—20 %).

Der Bund beteiligt sich zu einem Drittel an den Kosten der Unfallversicherung des Forstpersonals.

Alle diese Beiträge, geregelt in den Art. 40 und 41 des Bundesgesetzes, kommen bei der vorgeschlagenen Revision nicht in Frage.

In Frage stehen einige Bestimmungen des Art. 42 des Bundesgesetzes, und es wird angebracht sein, den ganzen Artikel mit seinen verschiedenen Absätzen einmal im Zusammenhang zu verlesen. Er lautet:

« Art. 42: Der Bund leistet des ferneren Beiträge:

1. An die Kosten der Triangulation IV. Ordnung 25 Fr. für jeden Punkt.
2. An diejenigen der Anlage neuer Schutzwaldungen und damit in Verbindung stehende Entwässerungen und ferner an Verbaue von Lawinen und Steinschlägen zur Sicherung von Schutzwaldungen überhaupt 50—80 %, an die Kosten anderweitiger Verbaue zu forstlichen Zwecken und an notwendige Einfriedigungen bis 50 %.

Der Bund vergütet dabei dem Bodenbesitzer außerdem in bar einen drei- bis fünffachen Jahresbetrag des betreffenden Grundstückes nach Durchschnitt der letzten 10 Jahre.

Findet Zwangsenteignung oder Kauf zu öffentlichen Händen statt, so leistet der Bund bis 50 % der Entschädigungssumme.

3. An die Kosten von Aufforstungen in Schutzwaldungen bei außerordentlichen Vorkommnissen wie ausgedehntem Waldbrand, Insektenschaden, Lawinenbruch, Windwurf etc. oder wenn die Aufforstung vorausgehende Entwässerungen oder Verbaue erfordert, oder in ihrer Ausführung bedeutende Schwierigkeiten bietet, 30—50 %.
4. An die Anlage von Abfuhrwegen und sonstigen zweckmäßigen ständigen Einrichtungen für den Holztransport bis 20 %. Die Projektkosten sind in die Anlagekosten miteinzurechnen. »

Der Art. 42 des Forstpolizeigesetzes ist schon, wie überhaupt das Forstpolizeigesetz, mehrfach abgeändert worden. So wurde im Jahre 1923 eine Revision vorgenommen, die sich auf die privaten Schutzwaldungen bezieht, mit Bestimmungen über die Erhaltung der Bestockung der Weidewaldungen, über das Verbot der Ausreutung, die Verjüngung der Schlagflächen, Beiträge an die Anlage von Einrichtungen für den Holztransport, Vollstreckung bei Widersetzlichkeit usw.

Eine übersichtliche Neuordnung und Neuausgabe des Forstpolizeigesetzes, aus der auch der Laie ohne weiteres ersehen könnte was Rechtens ist, wurde seither nicht vorgenommen. Man muß suchen und fragen, es ist nicht ganz einfach, sich zurechtzufinden. So steht z. B. unter Ziff. 1 des Art. 42 noch der Satz, der Bund leiste an die Kosten der Triangulation IV. Ordnung 25 Fr. für jeden Punkt. Diese Bestimmung ist längst obsolet geworden, die Triangulationen und die zugehörigen Bestimmungen sind dem Grundbuch zugewiesen worden.

Brandweinverbot. Bericht über das Volksbegehren.

Interdiction des boissons distillées. Rapport sur l'initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1929
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2264
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.03.1929
Date	
Data	
Seite	1-12
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 550

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.